

Politische Berichte

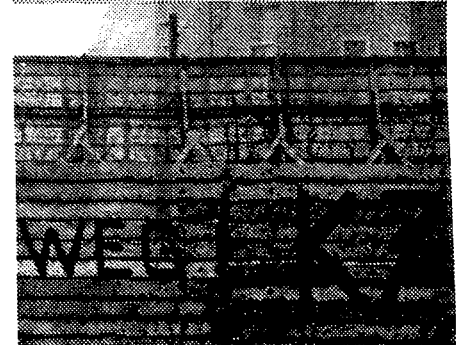


7. Mai 1983
Jg. 4 Nr. 9

G 7756 D Preis:
2,50



Öffentlicher Dienst: Zimmermann macht keine Zugeständnisse — die ÖTV ist schlecht gerüstet Seite 7



DDR-Transit: Die Reaktion organisiert die moralische Aufrüstung für die Ostexpansion Seite 8



UdSSR: Imperialistische Propaganda vom „Völkergelängnis“ soll Kriegsgründe schaffen. Auf Tatsachen beruht sie nicht Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Werftenkonzept: Ausbau zu strategischen Schiffbaukapazitäten durch brutale Angriffe auf die Werftarbeiter ..	Seite 3
Die Bundesregierung erstrebt die Vergrößerung der westdeutschen Handelsflotte	Seite 4
Arbeitsbedingungen auf den Werften am Beispiel der HDW	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Öffentlicher Dienst: Zimmermann macht keine Zugeständnisse — die ÖTV ist schlecht gerüstet	Seite 7
Strafverteidigertag: Ablehnung geplanter Strafprozeßänderungen	Seite 7
DDR-Transit: Die Reaktion organisiert die moralische Aufrüstung für die Ostexpansion	Seite 8
Sozialhilfe: Bundesbank fordert mehr Eigenleistung	Seite 9
Parteienfinanzierung: Förderung staatspolitischer Zwecke	Seite 9
1. Mai 1983: Kompromißbereitschaft des DGB-Bundesvorstands nutzt der CDU/CSU	Seite 10
Azania: Prozeß gegen neun PAC-Mitglieder	Seite 11
Namibia: EKD unterhält Siedlerkirchen	Seite 12
UdSSR: Imperialistische Propaganda vom „Völkergefängnis“ soll Kriegsgründe schaffen. Auf Tatsachen beruht sie nicht	Seite 13
USA: Vernichtung der indianischen Nationen zwecks ungehinderter Rohstoffplünderung	Seite 14
Die verfassungsmäßigen Rechte der Unionsrepubliken bei der Wirtschaftsführung wurden eingeeengt	Seite 16
Die westlichen Imperialisten wollen die baltischen Staaten in ihren Block eingliedern	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Schörling Kommunalfahrzeuge: Heftiger Kampf gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und Intensivierung	Seite 19
Opel: Neueinstellungen mit Zeitverträgen	Seite 19
Gesundheitswesen: Abbau von Gesundheitsleistungen durch „Kostentransparenz“ angestrebt	Seite 20
Niedersachsen: Regierung will zwangsweise Teilzeitarbeit	Seite 21
Sanitärhandwerk: Erfolgreiche Urabstimmung	Seite 21
Stahlindustrie: Rationalisierungsanstrengungen der westdeutschen Stahlkapitalisten	Seite 22
Stahlkapitalisten: weniger als bei Metall	Seite 23

Medizinerkongreß: Fortschritte mit vielen Beweggründen	Seite 23
Asylrecht: Asylgerichtsbarkeit entzogen	Seite 23
Hauptschule Bayern: „Aufwertung“ und kein Ende	Seite 24
Westberlin: Unterrichtslinien zum 17. Juni	Seite 24
Vertriebene: Lüneburg: Ein staatlich gefördertes Zentrum „für die Pflege hansisch-ostdeutscher Kulturtradition“	Seite 25
„Stahlhelm“-Bundestagung in Celle: verfassungstreu, in alter Tradition	Seite 26
Stichwort: Vertriebene	Seite 27

Internationale Nachrichten	Seite 28
-----------------------------------	----------

Israel: Israelische Siedlungen im Westjordanland: Faktische Annexion	Seite 29
Nicaragua: US-Imperialisten verstärken Intervention ...	Seite 29
Japan: Kapitalisten setzen Lohnraubabschlüsse durch ..	Seite 30
VR Polen: Keine Forderungen der „Solidarität“ am 1. Mai	Seite 30
Belgien: Regierung legt neues Polizeigesetz vor	Seite 31
Irland: Proteste gegen Steuerplünderung	Seite 31
Frankreich: Erheblicher Arbeiterwiderstand gegen „Politik der Strenge“	Seite 32
Stellungnahmen von CGT und CFDT: Herbe Einzelkritik, doch Zustimmung im Grundsatz	Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
------------------------------------	----------

„Abenteuer Bundesrepublik“: Staatsfernsehen nach Zimmermanns Wünschen: ob „Rechte“ oder „Linke“, alle sind „Deutsche“	Seite 34
Viel Technik für finstere Fantasy	Seite 34
Kindheit im Warschauer Getto	Seite 34
Eine sorgfältige bürgerliche Dokumentation	Seite 35
Mende-Memoiren: Die ungebrochenen Sehnsüchte nach einem Rittergut im Osten	Seite 35
Carl Schmitt: Legalität und Legitimität unter dem Begriff des Politischen	Seite 36
Bleistiftskizzen	Seite 37
Finanzen der Rentenversicherung (IV): Das Hohelied auf „private Vorsorge“	Seite 38
Steuerlast und Sozialabzüge (II): Reichsbourgeoisie führend in der Lohnbesteuerung	Seite 39

Ausbau zu strategischen Schiffbaukapazitäten durch brutale Angriffe auf die Werftarbeiter

„Die Bundesrepublik steht an zweiter Stelle im Welthandel; sie ist größter Exporteur der Europäischen Gemeinschaft. Versorgungssicherheit und Verteidigungsauftrag verlangen, daß die Bundesrepublik Deutschland am Wertschiffbau technologisch und quantitativ angemessen beteiligt bleibt. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, gemeinsam mit den Küstenländern die Produktionskapazitäten zu bestimmen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich sind ... Im Rahmen dieser Kapazitätsziele (sollen sie) Kapazitäten ... so miteinander verbinden, daß betriebswirtschaftlich eine Kostenoptimierung möglich ist.“ (Hamburger Senat, Grundsätze für eine Werftenpolitik der Bundesrepublik Deutschland) Auf der Werftenkonferenz am 21.4. 1983 haben sich die Schiffbaukapitalisten, die Reeder und die Regierungschefs der Küstenländer auf ein entsprechendes Konzept verständigt, um die Position der BRD als führende Schiffbaunation in der EG auszubauen, gegenüber Japan aufzuholen und so die strategischen Kapazitäten für den Krieg sicherzustellen.

Der Wertschiffbaumarkt schrumpft. 30% der gegenwärtigen Seeschiffstonnage ist stillgelegt. Für Handelsschiffe und Tanker gibt es kaum Bestellungen. Mit Befriedigung nehmen die BRD-Imperialisten zur Kenntnis, daß die japanischen Werften im letzten Jahr einen Auftragsrückgang von 56% verbuchen mußten, während in der BRD „– anders als im Wertschiffbau – die günstige Entwicklung seit 1979 auch im Jahre 1982 angehalten hat und die Auftragsbestände per 31.12.1982 etwa auf dem noch zufriedenstellenden Niveau von Ende 1981 liegen dürften“. „Werften, die ihre Produktion frühzeitig auf Spezialschiffbau, Marineschiffbau und schiffbauverwandte Fertigungen (insbesondere Offshore-Gerät) verlagert haben, stehen heute relativ günstig da.“ (Die Werftensituation in der Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums, Februar 83). Die niedersächsischen Werften melden z.B., daß im Jahr 82 die Produktion auf 10,4 Mio. Fertigungsstunden (plus 10,6%) gestiegen sei. Die größte niedersächsische Werft, Thyssen Nordseewerke Emden, hat mit einer Aufstockung der Belegschaft um 188 (plus 5%) auf 3872 die Gesamtleistung um 42% auf 517 Mio. DM, den Rohertrag um 12% auf 209 Mio. DM erhöht. Auch bei HDW, die das Geschäftsjahr 1981/82 zum ersten Mal mit einem „Bilanzverlust“ abge-

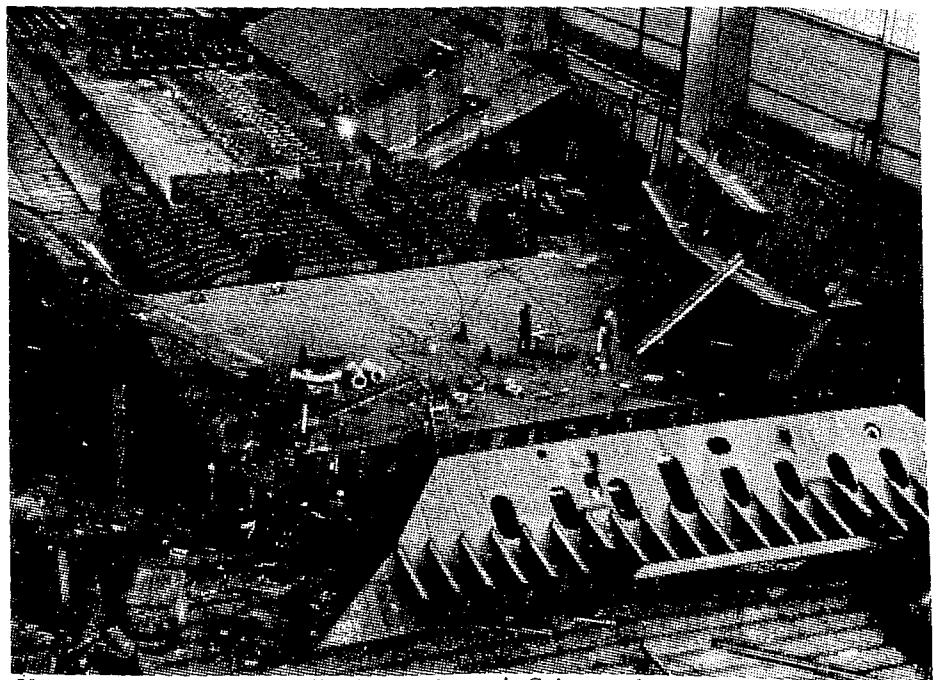
schlossen hat, sind die Auftragsbücher keineswegs leer. Zum Bilanzstichtag 30.9.82 waren Aufträge von zusammen 2,679 Mrd. DM in den Bestellbüchern; seither haben Brasilien ein U-Boot, die Türkei zwei Fregatten und Teile für zwei weitere und Wintershall/Deutsche Texaco zwei Explorations- und Förderplattformen für die Erdöllagerstätte „Schwedeneck“ ausgangs der Kieler Förde bestellt.

Die Werftkapitalisten sehen ihre Chance nicht nur bei Spezialschiffen, insbesondere Kriegsschiffen, sondern rechnen auch damit, daß sie ab etwa 1987 verstärkt ins Geschäft für die Ersatzproduktion der Handelsflotten kommen. Sie stürzen sich auf die Entwicklung neuer Schiffstypen, die mit kleinerer Mannschaft, weniger Kraftstoff, aber schneller fahren und die besser im Krieg verwendbar sind.

Die führende Position im Spezialschiffbau (mit 13,7% Weltmarktanteil an erster Stelle in der Welt) haben die westdeutschen Imperialisten hauptsächlich erreicht, weil sie die Produktivität je Arbeitsstunde, die Arbeitsintensität, auf Weltspitzenniveau treiben konnten. Sie haben mit Sektionsbauweise und Programmlohn, der besonderen Akkordform für die Werften, rationalisiert und dafür von 1975 bis 1982 20000 Werftarbeiter entlassen. Im Reparatur- und Umbaugeschäft z.B. haben im Jahr 1982 10000 Arbeiter auf westdeutschen Reparaturwerften, d.h. 12% der Beschäftigten der EG-Reparaturwerften, 25% des EG-

Auftragsvolumens bewältigt. Der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie stellt befriedigt fest: „Das Verhältnis Umsatzanteil zu Beschäftigtenanteil zeigt deutlich die hohe Produktivität der deutschen Werften.“

Damit diese Meisterschaft in der Ausbeutung auch richtig zur Geltung komme, fordert der Hamburger Senat die Bundesregierung auf, energisch dafür einzutreten, daß internationale Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere innerhalb der EG, abgebaut werden. Die westdeutschen Werften haben ihren Anteil am EG-Schiffbau bereits über 30% ausgedehnt. Der Bundeswirtschaftsminister stellt im Februar 1983 fest: „Schließlich müssen die Auswirkungen der hohen Subventionen in anderen EG-Ländern vor dem Hintergrund des Produktionsanteils dieser Länder am Wertschiffbau gesehen werden. Dieser bewegte sich 1981 für die anderen sieben EG-Schiffbauländer auf Basis gewichteter BRT zwischen 0,1% und 3,2% (BRD 6,3%). EG-Länder mit hohem Subventionsniveau spielen im internationalen Wettbewerb und damit für die Wettbewerbssituation der deutschen Werften im Regelfall keine ausschlaggebende Rolle.“ Das hindert die westdeutschen Imperialisten keineswegs daran, innerhalb der EG dafür zu sorgen, daß Werften mit „unzureichender Produktivität“ in den anderen Ländern stillgelegt und dafür strategische Kapazitäten in der BRD ausgebaut werden. Wenn Schiffbaukapazitäten weltweit stillge-



Vormontage einer Doppelbodensektion mit Seitentanks.

legt werden müssen, dann auf jeden Fall bei der Konkurrenz, ist die Devise.

Die Ausgangsposition der westdeutschen Imperialisten für diese sich verschärfende Konkurrenz im Weltschiffbau ist günstig. Gerade deshalb greifen sie mit solcher Brutalität den von den Werftarbeitern erkämpften Standard für Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheit an.

Alle Werften sind in die koordinierte Rationalisierung einbezogen. Insgesamt sind 9000 Entlassungen geplant. Das HDW-Konzept ist ein Anfang. Es sieht folgendes vor:

Senkung der Fertigungsstundenkapazität um 32% auf 7,2 Mio. Stunden, insbesondere im Handelsschiffbau; Entlassung von 34% der Beschäftigten (3545), so daß in Hamburg nur noch 1893 und in Kiel 4981 Beschäftigte arbeiten; Schiffneubau nur noch in Kiel, weil dort die Fertigungskosten um 20% niedriger liegen als in Hamburg; ein Sozialplan ist nicht vorgesehen, die Kapitalisten behaupten, die 20000 bis 25000 DM je Entlassenen nicht zahlen zu können, stattdessen soll auf Kosten der Arbeitslosenversicherung auf Möglichkeiten des sog. zweiten Arbeits-

marktes ausgewichen werden, d.h. Umschulung bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit erheblichen Lohnzuschüssen an den nachfolgenden Ausbeuter; alle außertariflichen Leistungen wie Fahrgeldzuschuß, Tonnagegeld, Schichtzulagen, Mietzuschüsse etc. werden gekündigt, was bis zu 500 DM Lohnverlust monatlich ausmacht; die 3,2%-Lohn„erhöhung“ wird angeordnet; Akkordzuschläge und Akkordzeiten werden gekürzt; die „Leistung“ je Fertigungsstunde soll um 15 DM „verbessert“ werden; die Betriebsorganisation soll gestrafft, was heißt, die Antreiberei soll verstärkt werden, bei gleichzeitiger Hebung der Arbeitsmoral, was heißt, Senkung des Krankenstandes durch Entlassung der gesundheitlich bereits Ruinierten. Besonders Druck will der HDW-Vorstand auf die Arbeiter aus dem Ausland ausüben, das spaltet die Belegschaft und bringt deutsche Arbeiter in den „Besitz“ der schlimmsten Arbeitsplätze beim Schweißen und Malen. Material- und Fremdkosten sollen um 6% gesenkt werden, da müssen bloß alle sorgfältiger arbeiten; die Unterlieferanten sollen stärker an den Verlu-

sten beteiligt werden, um bei den Angriffen auf die Arbeiter mitzuziehen.

Der HDW-Vorstand faßt zusammen: eine „umfassende Produktivitätssteigerung“ von 15% bis 18%, Teil des bereits angelaufenen Umstrukturierungsprozesses, „an dessen Ende gesunde, leistungsstarke, wettbewerbsfähige Werften stehen sollen“, die dann Bund und Küstenländer „besser als bisher fördern können“ (Verband der Deutschen Schiffbauindustrie). Sie verlangen zusätzlich zu den bis 1986 eingeplanten 942,8 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt weitere 540 Mio. DM an Steuergeldern für Rationalisierung, Forschung und Entwicklung und Verkaufsförderung, abgesehen von den Geldern, die sie aus dem Kriegshaushalt für die Entwicklung und den Bau von Kriegsschiffen erhalten.

Die Schiffbaukapitalisten können sich bestärkt fühlen durch Stellungnahmen aus dem IG Metall-Vorstand und dem Vorstand des IGM-Bezirks Nordmark. „Die IG Metall wird sich auch auf der Werftenkonferenz für weitere Werfthilfe einsetzen ... Nur expansive Konjunktur- und Wachstumspolitik kann diese Krise (der

Die Bundesregierung erstrebt die Vergrößerung der westdeutschen Handelsflotte

Im Mai letzten Jahres leitete Bundespräsident Carstens auf dem Hamburger „Überseetag“ vor den versammelten westdeutschen Reedern eine Erörterung über die Bedeutung und Größe der westdeutschen Handelsflotte ein. Er zog auch Vergleiche mit den Niederlagen zweier Weltkriege und der bisher betriebenen Flottenpolitik, die den „atlantischen Zusammenhang“ nicht beachtet habe. Carstens beklagte in diesem Zusammenhang die Ausflaggung westdeutscher Handelsschiffe und die Fahrt westdeutscher Reeder unter fremder Flagge.

Inzwischen geht die Ausflaggung und die Fahrt unter fremden Flaggen unvermindert weiter. Im letzten Jahr wurden Schiffe mit zusammen 700000 Bruttoregistertonnen (BRT) von westdeutschen Reedern ausgeflaggt. 1978 betrug die Handelschiffstonnage unter westdeutscher Flagge 9,3 Millionen BRT, heute dagegen 6,7 Millionen. Mit den Schiffen unter fremden Flaggen verfügen die westdeutschen Reeder über 10 Millionen BRT. Die neue Bundesregierung macht sich über diese Entwicklung ernsthafte Sorgen und fürchtet um die umfängliche Kriegsfähigkeit der BRD, für die sie eine starke Handelsflotte einsetzen will. Bundesminister Dollinger schaltete

sich jetzt in die Erörterung über die Größe der Handelsflotte ein und erklärte:

„So können sie („Schiffe deutscher Reeder unter fremder Flagge“, Dollinger) im Verteidigungsfall nicht in gleicher Weise zur Verfügung stehen, wie Schiffe unter eigener Flagge, und selbst bei einem vertraglich garantierten Zugriff dürfte es de facto kaum möglich sein, Schiffe mit weit überwiegend ausländischer Besatzung gegen deren zu erwartenden Widerstand einzubeziehen.“ Dollinger hat eine Studie in Auftrag gegeben, die den Transportraumbedarf unter verschiedenen Bedingungen berücksichtigt: „So liegt auf der Hand, daß das, was im Verteidigungsfall notwendig ist, in normalen Zeiten unangemessen sein könnte und vice versa.“

Auch wenn die Handelsflotte der EG mittlerweile durch den Beitritt Griechenlands auf über 100 Mio. BRT angestiegen ist, auf die die BRD zurückgreifen kann, will die BRD auch über einen ausreichenden Schiffsraum verfügen, der nur unter Einfluß der BRD steht. Dollinger erklärte, „daß der Bestand einer angemessenen Handelsflotte schon heute gefährdet sei“.

Untersuchungen des Kieler Weltwirtschaftsinstituts gehen von einem ständig unsichtbaren Tonnenüberschuß weltweit seit etwa 1973 aus. Die



Harte Arbeit auf See

Beendigung des Vietnam-Krieges hatte auf diese Entwicklung einen ganz wesentlichen Einfluß. Seitdem hat sich auch die Konkurrenz der Reeder verschärft. Selbst die verschiedenen militärischen Aggressionen der Imperialisten konnten keine Reaktion auf dem Frachtenmarkt bewirken. Der Krieg der Briten gegen Argentinien war zeitlich begrenzt und die koloniale Intervention auf den Malvinen von Waffen, Geräten und Soldaten vergleichsweise klein. Ein kurzfristiger Anstieg bei den Öltankerraten wurde immerhin verzeichnet.

Werften) überwinden ... Deswegen muß die Modernisierung der deutschen Werften ganz in den Vordergrund gerückt werden.“ (Eugen Loderer). Otto vom Steeg treibt den Chauvinismus noch weiter, wenn er die Werftkapitalisten auffordert, auf Basis des Höchststandards in der Produktivität mit noch größeren staatlichen Subventionen noch größere Weltmarktanteile zu erobern. Dann könnten doch alle Werftarbeiter einen „Arbeitsplatz“ behalten.

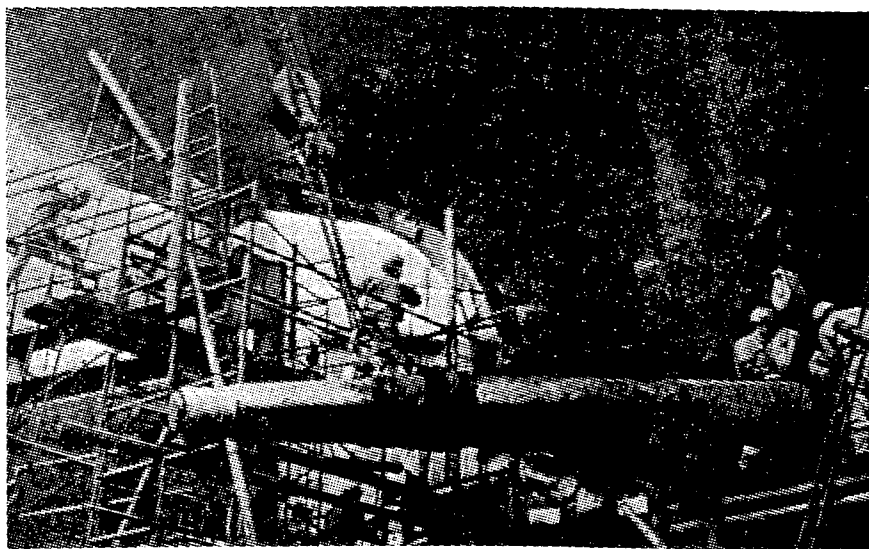
In den großen Demonstrationen gegen das „HDW-Konzept“ gibt es auch andere Töne. Mit Transparenten „Jahrelang für die Werften geschuftet – jetzt auf der Straße“ werden die Kapitalisten angegriffen. Entstände als Konsequenz daraus ein Zusammenschluß gegen brutale Arbeitshetze zu niedrigen Löhnen, könnten nicht nur etliche Entlassungen verhindert werden, die BRD-Imperialisten müßten bei ihren Expansionsplänen zurückstecken.

Quellenhinweis: Hansa, Zentralorgan für Schifffahrt, Schiffbau, Hafen, Jahrgänge 1982 und 1983; Handelsblatt, verschiedene Ausgaben April 1983; Spiegel, 28.3. 1983

Dollinger macht die „gesamtwirtschaftlichen Gründe“ für das Fahren unter „fremder Flagge“ verantwortlich. Der Bundestag hatte noch vor den Neuwahlen mit Unterstützung aller im Bundestag vertretenen Parteien Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Reeder versichert. Gemeinsam arbeiten Bundesregierung (Dollinger: „Hochlohnland BRD“) und die Kapitalisten („International die höchsten Heuern“) an einer gezielten Hetzkampagne gegen die Seeleute, die auf westdeutschen Schiffen arbeiten. Damit sind sie schon weit gekommen.

Die Ausbeutungsbedingungen der Seeleute sind ungeheuerlich gesteigert worden. Die tödlichen Arbeitsunfälle sind zwischen 1980 und 1981 durch Arbeitshetze verdoppelt worden, von 33 auf 72. Je 10000 Vollarbeiter stieg die Quote tödlicher Arbeitsunfälle von 5,3 auf 10,6. Die Seearbeiter weisen 1981 die höchste Anzahl der tödlichen Unfälle auf und übertrafen sogar deutlich die Bergarbeiter. Die tödlichen Unfälle passieren vor allem während des Ent- und Beladens der Schiffe und nicht bei Schiffsunfällen oder durch starken Seegang. Dollinger erklärte: „Der internationale Wettbewerb ist zugleich auch ein Kampf um Arbeitsplätze“ und will eine leistungsstarke Handelsflotte für den imperialistischen Krieg schaffen.

Quellenhinweis: Politische Berichte 11/82; Die Weltwirtschaft 2/82; Verkehrsnachrichten 3/83 des Bundesministerium für Verkehr; Bericht 1981 der See-Berufsgenossenschaft; Bundestagsdrucksache 9/2273.



Im Bild links oben schweißt ein Arbeiter neue Zinkelektroden an. Ein anderer bessert den Außenhautanstrich aus, während unten mehrere andere mit dem Ausmessen, Drehen und Richten des Lagers für die Schraubenwelle befaßt sind. Zwei andere bugsieren mit Hubzug und schrägziehendem Kran die Welle durch die Außenhaut in den Wellentunnel.

Arbeitsbedingungen auf den Werften am Beispiel der HDW

Während die Reaktionäre von „notwendigen Entlassungen“ zur Konkurrenzsicherung der „deutschen“ Werften schwärmen, soll die Kritik an ihnen sich darauf beschränken, daß alle „unsere“ Arbeitsplätze erhalten werden müssen. Doch diese Arbeitsplätze sind mit ganz bestimmten Lohnzahlungen und Arbeitsbedingungen verbunden.

Als Schiffbauer, Schweißer oder Rohrschlosser im Doppelboden: Die Kopfhöhe beträgt 1,50 m. Alle 2 m ein Mannloch, durch das sämtliches Material und Werkzeug transportiert werden muß. Ist der Werker dann an der Arbeitsstelle mit Rohren, Rohrhaltern, Brennerschläuchen, Schweißkabel und so weiter, kann seine eigentliche Arbeit beginnen. Rohre an den Flanschen verschrauben, Halter auf Maß brennen, Halter anschrauben und festschweißen. Gleichzeitig arbeiten mehrere Schweißer, es besteht die Gefahr, daß man sich die Augen verblitzt. Die entstehenden Schweißdämpfe können nicht richtig abziehen. Oder es arbeiten gleichzeitig die Rostputzer, die die Wände und Decken für Farbspritzarbeiten vorbereiten. Um für bessere Luft zu sorgen, werden Turbolüfter eingesetzt, die sowohl Frischluft hereinblasen als auch staubig verbrauchte Luft absaugen sollen. Diese Lüfter verursachen einen Lärm, der bis zur Schmerzgrenze reicht. Werden dann in der Nähe (ein Deck höher, an der Außenhaut) mit einem Preßluftmeißel Schweißnähte abgehauen, wird die Arbeit zur Tortur.

Nicht anders verhält es sich bei den Arbeitsbedingungen im Maschinenraum, zum Beispiel beim Einbau der Maschinenraumlüftung. Sind die Aufbauten und der Schornstein aufgesetzt, müssen sämtliche Lüftungsröhre durch eine Transportluke von 1,6 m x 1,3 m in den Maschinenraum per Kran gefahren werden. Da die größeren Teile einzeln transportiert werden müssen, kommt es schon vor, daß der ganze Transport bis zu zwei Stunden dauert. Und das bei 17 Grad minus, Schneeschauer oder Regenschauer. Bei der Montage im Maschinenraum müssen dann die Lüfterrohre für die Steigeleitung an Ort und Stelle bewegt werden, d.h. ständig eine Hand für sich, ein Auge für die Arbeit und ein Auge für die Stelle, auf die man seinen Fuß setzt. Montage heißt: z.B. auf einem Bein stehend (½ Stunde) mit zwei Maschinen arbeiten und eine Hand frei haben, um die Schrauben aus der Jackentasche zu holen, oder in den Lüfterkanal kriechen und von innen verschrauben, wobei der Kanal gerade Schulterbreite hat.

Die Arbeiten werden im Akkord verrichtet. Durch die Einführung des Programmlohns war es der Werft gelungen, die Arbeitshetze durch ständiges Kürzen der Vorgabezeiten ins Unerträgliche zu steigern. Der höhere Verschleiß der Arbeitskraft war durch höhere Akkordlöhne in keiner Weise ausgeglichen. Jetzt werden die Akkordzeiten gekürzt und die Löhne gesenkt.

Gemeinsamer Aufruf von BWK und MG zur Demonstration
**Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die gewaltsame deutsche
Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg!**

am 17. Juni 1983 in Bonn

1.

Mit ihrem unmißverständlichen *Friedenskurs* — zur Sicherung des Friedens braucht der freie Westen inzwischen neue Atomraketen in Europa und neue Laserwaffen im Weltall, eine Null-Lösung für die sowjetische Rüstung, den totalen Rückzug der Sowjetmacht, am besten auch aus ihrem eigenen Land, und eine Staatenwelt, die auf jeden freiheitlichen Befehl hört! — verlangt die NATO ihrem erklärten Hauptfeind nichts geringeres ab als die freiwillige, friedliche *Kapitulation*. Nach dem Motto: *Nur eine ohnmächtige Sowjetunion ist friedlich!* wird der Gegner aufgefordert, sich so behandeln zu lassen, als hätte er den nächsten Weltkrieg schon verloren. Eine so maßlose *Friedensgarantie*: das ist die NATO-Politik, die folgerichtig auf *Krieg* zuführt.

Mit ihrem Verlangen nach nationaler „Wiedervereinigung“ — zu dem diese Republik sich gleich durch ihr freiheitliches Grundgesetz verpflichtet hat — beansprucht die BRD nichts geringeres als die Annexion der DDR und von Teilen der VR Polen und der Sowjetunion („Deutschland in den Grenzen von 1937“). 13 Jahre sozialliberaler Entspannungspolitik haben aus der BRD eine Weltmacht gemacht, die diese Infragestellung östlicher Souveräne im Rahmen der NATO mit ganz neuer Wucht und Bedrohlichkeit zur Geltung bringt. Ein nationaler Anspruch, der — wie jeder weiß! — *ohne Krieg nicht durchzusetzen ist*.

In den west-östlichen Rüstungsverhandlungen gewinnt der deutsch-amerikanisch-europäische Kriegskurs seine Gestalt. Denn diese Verhandlungen werden von den Diplomaten und Staatsführern der westlichen Welt nur zu einem Zweck inszeniert: Die Schuldfrage wird vorab entschieden; die sowjetische Seite — sie kann machen, was sie will — als Aggressor und Friedensstörer festgelegt; der Krieg zur unausweichlich „letzten Lösung“ der Friedenssicherung; der „Verteidigungsfall“ ideologisch vorbereitet. *Deswegen* haben Friedensbeteuerungen und „Abrüstungsgespräche“ heute Hochkonjunktur — *wie noch stets in Vorkriegszeiten!*

2.

Diese „Sicherung von Frieden und Freiheit weltweit“, diese Politik weltweit „Verantwortung“, lohnt sich — für den *Imperialismus der kapitalistischen Demokratien des Westens*. Es gibt keine Weltgend mehr, in der nicht andauernd „unsere Interessen“ auf dem Spiel stehen, weil D-Mark und westdeutsches Kapital an sämtlichen Geschäften zwischen Rio und Schanghai beteiligt sind. Auf Weltwirtschafts- und anderen Gipfeln entscheidet die Bundesregierung maßgeblich darüber mit, wieviel Not in befreundeten wie in „unzuverlässigen“ Ländern auf allen Kontinenten fällig wird. Vom Libanon bis Nicaragua, von Hinterindien bis Südafrika: bei jeder Schlächtereie geht es irgendwie auch um „unsere“ Sicherheit — deutsche Diplomaten und deutsche Waffen sind daher überall mit dabei.

Und das soll man nicht *Imperialismus* nennen dürfen — bloß weil die westdeutschen (Mit-)Urheber und Oberaufseher von Not und Gewalt in aller Welt dafür auch noch in Wahlen die Zustimmung ihrer Untertanen einholen?!

3.

Wer als benutzter und betroffener Bürger meint, nationale Größe lohnt sich *für ihn*, der wird durch die *nationale Politik der „schweren Zeiten“* praktisch sehr handfest widerlegt. Für das weltweite Wohlergehen von Kapital und Staatsmacht hat das Volk einzustehen: mit verschärftem Arbeitsdienst in den Fabriken — und einem wachsenden Arbeitslosenheer außerhalb; mit Lohnsenkungen und staatlichen Opferprogrammen; mit Wehrdienst und der heißen Aussicht auf Bunker, aus denen es nicht mehr lebend herauskommt. Um so mehr darf und soll es sich dafür begeistern an dem nationalen Lohn, auf den seine *Politiker* so scharf sind: an „*Einigkeit und Recht und Freiheit*“ *Deutschlands*. Sprich: an bundesdeutscher Herrschaft bis über Oder und Neiße hinaus; an ungestörter Ausnutzung der ganzen Welt durch freiheitliche Geschäftemacher; an einer Weltfriedensordnung, in der nur noch die Gwalthaber des freien Westens das Sagen haben. Und so sieht der Lohn für nationalstische Opferbereitschaft aus: glanzvolle Aufmärsche und markige Reden der Vertriebenenverbände; Frechheiten und unverhohlene Drohungen gegen die DDR; Fackelzüge und Feierstunden; „Bürgerinitiativen 17. Juni“; der nationalistische Stolz, daß NATO und Bundeswehr mit Panzern und Raketen das „Erbe“ eines Aufruhrs im Osten antreten und durch einen Krieg mit Millionen östlichen und westlichen Leichen deren „Freiheit“ sichern bzw. herstellen wollen.

4.

Jeder kennt die weltpolitischen Ansprüche der BRD; jeder weiß, daß ihre Durchsetzung Krieg bedeutet — und keiner will wahrhaben, was er da weiß. Deswegen rufen BWK und MG zum 17. Juni, dem Großkampftag des deutschen Nationalismus und seiner Friedensheuchelei, auf zu einer Gegen-demonstration in Bonn. Alle, denen zwei Weltkriege reichen und die gemerkt haben, was der imperialistische Frieden sie kostet, sind aufgefordert, ihren Protest anzumelden.

Gegen den BRD-Imperialismus!

Gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg!

Demonstration am 17. Juni in Bonn:

Aufstellung: 12.30 Uhr, Schlachthof
Abmarsch: 13.30 Uhr
Schlußkundgebung: 15.30 Uhr, Münsterplatz

**Arbeitskongreß zur
Hochschulpolitik**

Die Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik, ein Zusammenschluß revolutionärer Kräfte an den Hochschulen, führt vom 13. — 15. Mai 1983 einen Arbeitskongreß durch. Fünf Arbeitsgruppen werden sich mit der politischen Entwicklung an den Hochschulen befassen, insbesondere mit dem Einfluß des Regierungswechsels in Bonn auf die Hochschulpolitik der Bourgeoisie. Man kann feststellen, daß die soziale und rechtliche Lage der Studenten durch die Beseitigung der Studienförderung und die Angriffe auf die Vertretungsorgane der Studenten stark verschlechtert wurde. Dazu kommt das erklärte hochschulpolitische Ziel vor allem der Unionsparteien, jegliche wissenschaftliche Betätigung und Kritik auf die Werte der FDGO zu zwingen. So hat die CDU Baden-Württemberg erklärt, daß die Grundwerte der Landesverfassung („Liebe zu Volk, Heimat und Vaterland“) die Richtschnur einer „auf Werte gegründeten und Werte vermittelnden Ausbildung und Bildung nicht nur in der Schule, sondern auch in der Hochschule“ sein müssen. Gekoppelt ist dies mit der verstärkten Aufwärmung faschistoider Begabungstheorien. Diese Theorien dienen zur Rechtfertigung der verschärften Auslese vor allem an den Schulen. Auf der anderen Seite wird die Auftragsforschung für die Kapitalisten zum offiziellen Ziel der Hochschulforschung erklärt. Professoren sind von ihren Lehraufgaben entbunden und Kapitalisten zugeteilt, wo sie im Betrieb deren Probleme lösen sollen. Mit diesen Themenbereichen wird sich der Kongreß befassen und Gegenmaßnahmen beraten. Anmeldungen können erfolgen an: Martin Koepsell, Jägerstraße 3–5 Zimmer 892, 3000 Hannover, oder unter Tel.: 0511/813873 von 18.00 — 22.00 Uhr. Kongreßbeginn: Freitag um 19.00 Uhr im Freizeitheim Linden, Windheimstraße, Hannover.

Anzeige

Ergebnisse der dritten ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, April 1983
— 42 Seiten, Preis 3,50 DM —
Bestellungen an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

Öffentlicher Dienst

Zimmermann macht keine Zugeständnisse – die ÖTV ist schlecht gerüstet

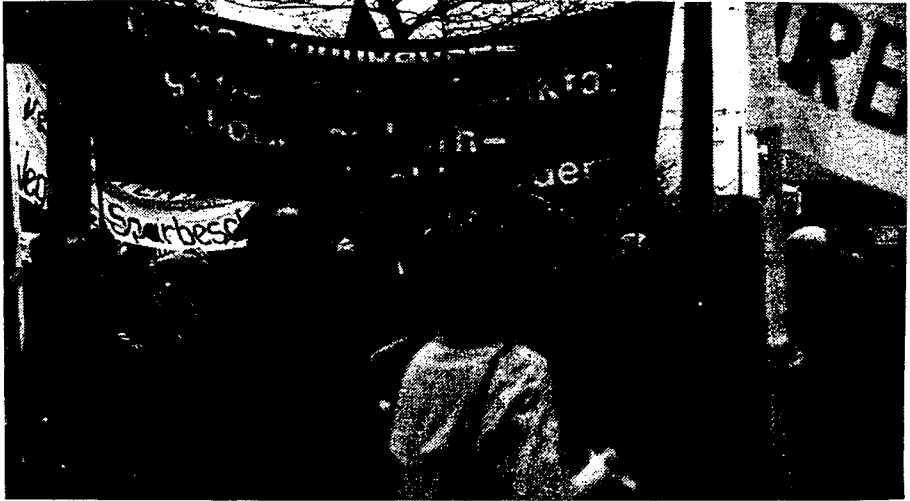
In der Lohnauseinandersetzung im öffentlichen Dienst sucht die Kapitalistenklasse eine Entscheidung, deren Auswirkungen weit über den einzelnen Lohnabschluß hinausreichen. So kommentiert die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30. April: „Wenn die Dienstherrn das Berufsbeamtentum retten wollen, müssen sie nun, in den Tarifverhandlungen, wenigstens einigermaßen festbleiben, auch um den Preis eines Streiks. Die Zeitumstände sind ihnen günstig wie noch selten bisher.“ (1) Unter die Maßnahmen zur Rettung des Berufsbeamtentums zählt der Kommentator vor allem, den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die „Anspruchsregel jährlicher Einkommenserhöhungen“ auszutreiben und die Beseitigung beamtenuntypischer Regelungen wie Arbeitszeitbegrenzungen und Überstundenvergütung.

Friedrich Zimmermann scheint wild entschlossen, die „beamtenuntypische“ Einkommensentwicklung der 70er Jahre revidieren zu wollen, ja sein Auftreten zeigt Züge von Rache für den Streik von 1974, durch den der Dienstherr gezwungen wurde, einem Mindestbetrag von 170 DM zuzustimmen und damit der harten Arbeit in den unteren Lohngruppen – wenn auch nicht den gebührenden – so doch Respekt zu zollen. Das Beamten-gesetz verlangt aber nicht, daß entsprechend der Aussaugung von Arbeits- und Lebenskraft besoldet wird, es verlangt eine Besoldung dem Dienstrang und der Bedeutung und Verantwortung des Amtes entsprechend. Deshalb lehnt Zimmermann die Forderung der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nach einer besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen kategorisch ab.

Während des dritten Verhandlungstages erklärte Zimmermann, gerade die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen hätten im öffentlichen Dienst einen „Tariflohnvorsprung“ gegenüber den entsprechenden Lohngruppen in der gewerblichen Wirtschaft. Selbst wenn diese Behauptung richtig wäre, ist die Verteidigung dieses „Tariflohnvorsprungs“ oberste Pflicht der Solidarität, um den Kampf in der gewerblichen Wirtschaft für die Beseitigung der Niedriglohngruppen zu unterstützen.

In Wirklichkeit existiert der behauptete Tariflohnvorsprung der unteren Lohngruppen nicht einmal. Nur wenn der Ortszuschlag als tariflicher Be-

standteil betrachtet wird, könnte anhand von einzelnen Fallbeispielen ein solcher Vorsprung gezeigt werden. Aber das 1. Haushaltsstrukturgesetz, das den Ortszuschlag für Verheiratete



Forderungen zur Stützung der Tarifforderung im öffentlichen Dienst waren auf den Mai-Demonstrationen nur schwach vertreten (Bild: Hannover).

im öffentlichen Dienst drastisch reduzierte, hat sehr schmerzhaft ins Bewußtsein gebracht, daß der Ortszuschlag tariflich nicht gesichert und der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages ausgesetzt ist. Und selbst unter Einbeziehung des Ortszuschlages stimmt der behauptete Lohnvorsprung bei den unteren Lohngruppen des öffentlichen Dienstes nicht generell. Insbesondere die Unterteilung der Grundvergütung in Altersstufen, die dafür sorgt, daß man erst mit 40 Jahren die Endvergütung erreicht, gewährleistet chronische Unterbezahlung jugendlicher Arbeitskraft. So erhält die ledige 21jährige Krankenschwester ganze 1494,50 DM Grundvergütung (Kr. IV). Zuzüglich des tariflich nicht gesicherten Ortszuschlages von 549,96 DM erreicht sie ein Bruttoeinkommen von gerade 2044,46 DM.

Obwohl Zimmermann die Forderung der Gewerkschaft ÖTV, ein „verbessertes“ Angebot vorzulegen, in keiner Weise erfüllte, sondern auf seinen ultimativen Forderungen beharrte, erklärte die ÖTV die Verhandlungen nicht für gescheitert. Daß die ÖTV nunmehr ihre Forderung nach Vorlage eines verbesserten Angebots mit dem Ultimatum verknüpfte, ansonsten die Verhandlungen für gescheitert zu erklären, wird Zimmermann wenig beeindrucken. Denn nach wie vor hat die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies ihre

grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft über Fragen der Zusatzversorgung bekräftigt, und bereits während des zweiten Gesprächstermins hat sie die Forderung der ÖTV nach 5% Lohn- und Gehaltserhöhung, mindestens 110 DM, nicht verfochten, sondern erklärt: „Ein Ausgleich der Preissteigerungsrate für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ist deshalb auch ein notwendiger Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung“ (2). Die offizielle Preissteigerungsrate wird be-

kanntlich z.Z. bei 3,2% taxiert. Ohne daß die Mitgliedschaft der ÖTV die Forderungshöhe und insbesondere die Mindestforderung nach 110 DM bekräftigt, ohne daß in den Kreisverwaltungen jetzt auf die Vorbereitung des Streiks gedrungen wird, ist das Ultimatum eine leere Drohung.

(1) FAZ vom 30.4.83; (2) ötv-Magazin 5/83

Strafverteidigertag Ablehnung geplanter Strafprozeßänderungen

Auf dem 7. Strafverteidigertag vom 15. bis 17.4.83 in Frankfurt (ca. 400 Teilnehmer) wurden die von der 53. Justizministerkonferenz im Oktober 1982 erneut zur raschen Gesetzgebung empfohlenen Vorschläge zur Umwälzung des Strafverfahrens (vgl. PB 16/82) strikt abgelehnt, weil sie alle unter dem Vorwand von „Einsparungen“ auf die massive Beseitigung von Angeklagten- und Verteidigerrechten zielen. In einer gemeinsamen Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins (Standesorganisation der Anwälte) und der Strafverteidigervereinigungen wurden ebenfalls die Vorschläge abgelehnt. Gegenüber der bisherigen Schwäche der Kritik, daß die ideologischen und politischen Grundlagen der

„Entlastungsvorschläge“ nicht hinreichend aufgedeckt und sich z.T. selbst auf die „Einsparungs“-Diskussion eingelassen wurde, war es ein wichtiger Fortschritt, daß in einer Arbeitsgruppe des Strafverteidigertags die Strafjustiz im III. Reich untersucht und dabei ihre Kontinuität bis heute festgestellt wurde. In der Stellungnahme dieser Arbeitsgruppe heißt es u.a.: „Die Justiz ist keineswegs durch Eingriffe von außen ‚gleichgeschaltet‘ worden ... Das III. Reich konnte auf ein konservatives Justizkorps zurückgreifen und hat nicht einmal die führenden Justizfunktionäre auswechseln müssen. Die Kontinuitäten sind zahlreich und unübersehbar. Der Mordparagraph (§ 211 StGB) wurde ebenso beibehalten wie das Maßregelstrafrecht und die Konstruktion des ‚Handtäters‘ nach dem Gesetz über gefährliche Gewohnheitsverbrecher; in Gesetzesinterpretationsmethoden (teleologische Auslegung) (d.h. Auslegung eines Gesetzes von seinem Ziel her) stellte man ebenso Kontinuität her, wie in ganzen Strafrechtstheorien (finale Handlungslehre) und grundlegenden Rechtsfiguren des Prozeßrechts (‚materielle Wahrheit‘). Ebenso anschaulich wie aktuell ist die Kontinuität des Strafprozeßrechts von den Notverordnungen der Weimarer Republik über die Novellengesetzgebung des III. Reiches und die ‚Strafprozessreform in Raten‘ der 70er Jahre bis zu den jüngsten Ersparnisvorschlägen der Justizministerkonferenz.“

Wie sehr sich der Justizapparat in der Kontinuität befindet, zeigt der gerade auf dem 13. Deutschen Richtertag von Bundesverfassungsgerichtspräsident Benda und seinem Vize Zeidler gemachte Vorschlag, die Gerichtsverfahren künftig im wesentlichen nur noch auf eine Instanz zu beschränken. Der Richterbund-Vorsitzende Leonardy nannte das prompt einen „bestechenden Vorschlag“.

Quellenhinweis: Beschlußvorlagen auf dem Strafverteidigertag



Volksgerichtshof 1944: Kontinuität der Strafjustiz



Die Demonstration der Jungen Union und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mit 200 Teilnehmern am 23.4. in Westberlin wurde (lt. SZ) von „Punkern und Sympathisanten der Hausbesetzerszene“ gestört.

DDR-Transit

Die Reaktion organisiert die moralische Aufrüstung für die Ostexpansion

„Zwingend“ war für die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 19.4. die „Annahme, daß es vor dem Herzinfarkt des westdeutschen Transitreisenden Burkert in der DDR-Grenzstation DREWITZ „zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung gekommen“ sei. Für Strauß war der „Zwischenfall“ ein „Mord“. Ungeachtet der medizinischen Untersuchungsergebnisse war und blieb sich die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit einig: Schuld an den Herzinfarkten ist so oder so die DDR, die „unnatürliche Grenze“, die „Schikanen der DDR-Grenzbehörden“ verursachten einen psychischen Streß, der tödlich sei. Kohl habe deshalb zu Recht in seinem Telefonat mit Honecker am 18.4. nachdrücklich darauf hingewiesen, „daß der freie Zugang nach Westberlin vertraglich gesichert und ein elementares Recht sei“.

Im Viermächteabkommen und im Transitabkommen zwischen der DDR und der BRD findet sich nirgends die Garantie eines „freien Zugangs“. Vertraglich geregelt ist vielmehr: „Der Transitverkehr ... wird in der einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise erfolgen, wie es in der internationalen Praxis vorzufinden ist. Im Transitverkehr finden die allgemein üblichen Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik bezüglich der öffentlichen Ordnung Anwendung.“ Geregelt ist im Transitabkommen auch das Recht der DDR auf Kontrollen bei Verdacht des Mißbrauchs der Transitwege z.B. durch Schmuggel.

„Verdachtskontrollen“ wurden von DDR-Behörden nach Angaben des Bundesgrenzschutzes in etwa 600 Fällen, das sind 0,002% der 22 Mio. Tran-

sitreisenden, vorgenommen. Der westdeutsche Grenzschutz hat 1981 rund 90000 Personen festgenommen. 84144 Westdeutsche sind 1980 an akutem Herzinfarkt gestorben. Nach statistischer Wahrscheinlichkeit ist also damit zu rechnen, daß alle 5 Tage einer am Tag der Transitreise an einem Herzinfarkt stirbt. Unbestritten haben die in den letzten Wochen während der Grenzkontrollen verstorbenen Westdeutschen durch Schmuggel gegen das Transitabkommen verstoßen. Für die westdeutschen Imperialisten besteht die „Schikane“ der DDR also darin, daß sie überhaupt ihr Recht auf Kontrolle wahrnimmt. Daß „die Autobahnen nach Berlin mit Radarfallen gespickt“ seien, war für die FAZ (21.4.) ausreichend, zu „konstatieren, daß um das im Grundlagenvertrag zugesagte ‚gutnachbarliche Verhältnis‘ ... heute schlechter denn je bestellt“ sei – soll heißen: Die DDR bricht die abgeschlossenen Verträge und nicht etwa die BRD-Imperialisten mit ihrer Forderung nach „freiem Zugang“, nach BRD-Hoheit über die Transitstrecken.

Rechtzeitig zur Vorbereitung des Wiedervereinigungsrummels am 17. Juni und der Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen hat die westdeutsche Reaktion ihre neue „Menschenrechts“-Kampagne gestartet. Anfang April forderte A. Mertes, Staatsminister im Außenministerium, in einem Aufsatz im Europa-Archiv eine „ethisch begründete Repolitisierung ... der Friedensdebatte ... Die groteske Militarisierung der Friedensdebatte ... muß abgelöst werden durch eine viel umfassendere Diskussion über ... die inhaltliche Gestaltung des Friedens“.

Bedenklich ist das breite Spektrum politischer Strömungen, das sich an dieser moralischen Aufrüstung für die Ostexpansion beteiligt. Die taz z.B. kommentiert am 28.4.: „DDR-Politiker ... haben die Emotionen durch langjährige Polizeipraxis selbst provoziert, die jetzt im Westen geschürt werden ... Wollte die DDR aber beweisen, daß nicht sie der Unrechtsstaat ist, müßte sie die Situation an der Grenze wirklich normalisieren.“ Tatsächlich wird die DDR doch von der westdeutschen Reaktion angegriffen, gerade weil sie „die Situation an der Grenze wirklich normalisieren“ will, indem sie die Anerkennung ihrer Souveränität und ihrer Staatsbürgerschaft durch die BRD verlangt. Die Grünen müssen sich fragen lassen, warum sie der Hetzkampagne gegen die DDR nicht durch Unterstützung dieser vernünftigen Forderungen entgegengetreten.

Die SPD hat mit ihrer Ostpolitik – entgegen der Anfang der 70er Jahre breit erhobenen Forderung nach Anerkennung der DDR – „die deutsche Frage offen gehalten“. In einer Presseerklärung fordert sie am 19.4. „Kontinuität der bisherigen Deutschlandpolitik“ und gibt gleichzeitig „Strauß Recht, wenn er der Bundesregierung ankreidet, daß sie erstaunlich lange Zeit verstreichen ließ, ehe sie den Tod des Bundesbürgers Rudolf Burkert zu einem ernsthaften Thema zwischen den beiden deutschen Regierungen machte“.

Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Honecker, hat am 28.4. seinen für Herbst vereinbarten Besuch in Bonn vernünftigerweise abgesagt. Zu Recht macht er die westdeutsche Reaktion dafür verantwortlich. Ob „Kalte Krieger“ oder „Entspannungspolitiker“, alle hatten sie als Voraussetzung eines erfolgreichen Besuchs verlangt, die DDR müsse von ihren Hoheitsrechten Abstriche machen.

Quellenhinweis: 10 Jahre Deutschlandpolitik, BM für innerdeutsche Beziehungen, 1980; Europa-Archiv 7/83

Sozialhilfe

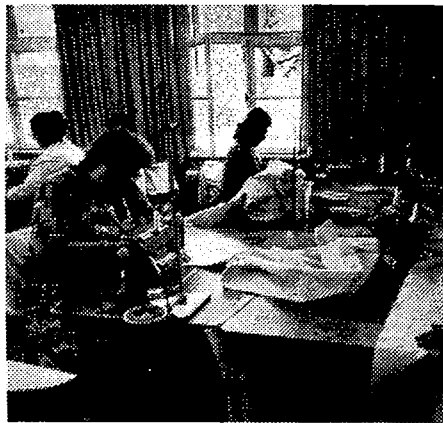
Bundesbank fordert mehr Eigenleistungen

Im Vorfeld der Beratungen des Bundeshaushalts 1984 fordert die Bundesbank in ihrem Monatsbericht 4/83, „auch die Sozialhilfe auf weitere – sozialpolitisch akzeptable – Einsparungsmöglichkeiten hin zu durchforsten“. Begründung: Die Sozialhilfeaufwendungen seien in den letzten zehn Jahren doppelt so stark wie das Bruttosozialprodukt und um 50% mehr als alle „Sozialleistungen“ (Sozialversicherungen, Arbeitslosenversi-

cherung, Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe) gestiegen.

Die Regierung Schmidt/Genscher hatte schon den Regelsatz für die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ – laut Bundessozialhilfegesetz das Existenzminimum, „das der Würde des Menschen entspricht“, heute etwa 340 DM plus Miete für eine alleinstehende Person – real gekürzt durch Begrenzung seiner Erhöhung 1982 und 1983 auf 3%. Kohl/Genscher verschoben die Erhöhung 1983 um ein halbes Jahr auf 1. Juli und begrenzten sie weiter auf 2%.

Dazu die Bundesbank jetzt: „bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (können) zusätzliche Maßnahmen ... kaum in Betracht gezogen werden ... Die Kostenexplosion in der Sozialhilfe wird



Zwangsarbeit – eine andere Form der „Eigenleistung“. BSHG § 25: „Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt“.

wohl nur dann stärker eingegrenzt werden können, wenn bei den weit überproportional gestiegenen Aufwendungen in Einrichtungen bzw. den Hilfen in besonderen Lebenslagen Einsparungen erzielt werden.“

68% aller Sozialhilfeaufwendungen entfielen 1980 auf die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“, davon wieder 86% auf die „Hilfe zur Pflege“ und die „Eingliederungshilfe für Behinderte“, im wesentlichen also pflegebedürftige Rentner und Behinderte in Heimen. Die Bundesbank bemängelt, bei der Gewährung für Hilfe in besonderen Lebenslagen werde „immer weniger auf eine Notsituation im engeren Sinne abgestellt“, man müsse danach streben, der „ambulanten oder teilstationären Betreuung den Vorrang vor der Unterbringung in Einrichtungen zu geben, ... das Prinzip der Subsidiarität mehr zu beachten, also zum Beispiel auf zumutbare Eigenbeiträge der Leistungsempfänger bzw. der zu deren Unterhalt Verpflichteten nicht zu verzichten.“

Konkretisiert werden diese Hinweise in der Untersuchung der Bundesbank nicht näher. Nach bisheriger Regelung

des Bundessozialhilfegesetzes über die Einkommensgrenzen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen „ist die Aufbringung der Mittel (z.B. für Pflegedienste, d.R.) in angemessenem Umfang zumutbar“, soweit das Einkommen den dreifachen Regelsatz der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zuzüglich Miete übersteigt, für einen Ein-Personenhaushalt heute etwa 1020 DM plus Miete. Offensichtlich drängt die Bundesbank darauf, erstens die damit gegebenen Möglichkeiten der „Eigenbeteiligung“ mehr als bisher zu nutzen und zweitens die Beschränkung des staatlichen Zugriffs auf solche Familieneinkommen, die den dreifachen Regelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt übersteigen, zu beseitigen: Solange noch nicht die ganze Familie hungert, kann sie sich selbst helfen, soll herrschende Auffassung werden.

Die von der Bundesbank vorgeschlagenen „Einsparungen“ betreffen mit 1,1 Mio. Empfängern von „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ plus Familienangehörigen einen beträchtlichen Personenkreis. Eine erhebliche Senkung des seit den 60er Jahren bestehenden Minimalstandards der Lohnabhängigenexistenz wäre die Folge.

Quellenhinweis: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1983

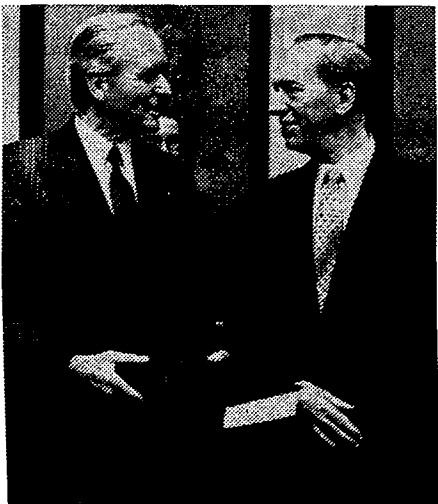
Parteienfinanzierung Förderung staats- politischer Zwecke

Die vor einem Jahr von Bundespräsident Carstens eingesetzte Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung hat am 18. April ihrem Auftraggeber ihre Vorschläge vorgelegt. Die Kommission sollte Wege finden, wie die ständige Finanznot der staatstragenden Parteien beseitigt und dadurch Spendenaffären wie die um Flick vermieden werden können.

Nach Ansicht der Sachverständigen ist das nur möglich, wenn das Finanzgebaren der Parteien in ganz anderem Ausmaße als bisher staatlicher Kontrolle unterliegt. Das Grundgesetz soll dahingehend geändert werden, daß die Parteien für alle Untergliederungen über Ein- und Ausgaben lückenlos Buch zu führen haben, so daß der Bundesrechnungshof diese Unterlagen nach dem Haushaltsgrundsatzgesetz überprüfen kann. Der Unterschied zwischen dem Finanzhaushalt einer Partei und eines Ministeriums wird dadurch fließend, genauso wie der zwischen Parteien und Staatsorganen. Dann jedenfalls können Mitgliedsbeiträge und Spenden an Parteien kontrollierbar als „Aufwendungen zur Förderung Staatspolitischer Zwecke“ behandelt werden. Weil ihre Zwecke

mit den staatspolitischen übereinstimmen, können die bürgerlichen Parteien im Gegensatz z.B. zu den Grünen eine solche Kontrolle um so leichter in Kauf nehmen, als ihnen dadurch der Weg zu reichlichen Geldmitteln erschlossen wird: Spenden und Beiträge sollen nach § 10 des Einkommenssteuergesetzes bis zur Höhe von 5% des Einkommens steuerlich absetzbar werden.

Aus gutem Grund sieht die Kommission in diesen Maßnahmen eine Förderung „privater Initiativen zur Steigerung des Finanzaufkommens der Parteien“. Kapitalisten, Kapitalgesellschaften und insgesamt alle Reichen können den Parteien ihrer Wahl freihändig-demokratisch ordentlich steuerbegünstigte Spenden in fast beliebiger



Carstens bei Abnahme des Gutachtens. Von ihm kam die Initiative dazu.

ger Höhe zukommen lassen, völlig legal und ohne – wie bisher – dunkle Umwege beschreiten zu müssen.

Den Parteien soll aber auch erleichtert werden, von ärmeren Leuten Geld zu ziehen: Mitgliedsbeiträge und Spenden bis zur Höhe von 1200/2400 DM können mit 50% von der Steuerschuld abgesetzt werden. Die Wahlkampfkostenersatzung soll von 3,50 auf 5 DM pro Wähler erhöht werden und zum größten Teil als Bürgerbonus ausbezahlt werden: Zusammen mit der Stimmabgabe im Wahllokal bestimmt der Wähler, welcher Partei dieser Bonus zugute kommen soll. Und wer immer noch nicht glaubt, daß die steuerliche Förderung seiner Kleinstspende zusammen mit den 5 DM Steuergeldern, die er mit dem Wahlvorgang vergeben darf, mit den steuerlich geförderten Millionenspenden eines Kapitalisten zu vergleichen sind, wird darauf vertröstet, daß auf jeden Fall durch einen „Ausgleich der unterschiedlich hohen Steuerermäßigung“ zwischen den Parteien dafür gesorgt sei, daß die SPD nicht zu kurz kommt.

Quellenhinweis: Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung, Bundesanzeiger Verlag, Köln, Mai 1983

1. Mai 1983

Kompromißbereitschaft des DGB-Bundesvorstands nutzt der CDU/CSU

Unter dem Motto „Arbeit für alle, Mitbestimmung – Prüfsteine der Demokratie“ rief der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu den diesjährigen Maiveranstaltungen auf. Der DGB-Vorsitzende Breit erneuerte die im Maiaufruf des DGB gemachten Aussagen, auch „Verantwortung“ in diesem Staat unter der CDU/CSU/FDP-Regierung mitzutragen, in seinem Fernseh-Auftritt am Abend des 1. Mai: „Außerdem – Mitbestimmung ist auch ein Angebot zur Mitverantwortung.“ In seiner Rede in Bremen machte Breit sogar konkrete Vorschläge: Die Krisenlasten sollten auf alle Gruppen der Bevölkerung gleichmäßig verteilt werden. Breit bot an, daß sich die Lohnabhängigen auch an den Kosten einer Arbeitszeitverkürzung beteiligen könnten und ermahnte Kapitalisten und Regierung zum genauen Studium der Vorschläge des DGB. Die Bundesregierung hatte diese Nachgiebigkeit des DGB bereits fest einkalkuliert. Nachdem der DGB Bonn den Arbeitsminister Blüm wegen seiner unverfrorenen Propaganda für eine Lohnpause von seiner Maiveranstaltung wieder ausgeladen hatte, erklärte Blüm auf einer Spalterversammlung des „Aktionskomitees christlich-sozialer Arbeitnehmerverbände“, das Zeitalter christlich-sozialer Bescheidenheit sei zu Ende.

Die Bundesregierung wird angesichts der Kompromißbereitschaft und Kapi-

tulation des DGB-Bundesvorstandes unbeirrt am 4. Mai ihre Regierungserklärung abgeben. Sicher haben die meisten Veranstaltungsteilnehmer der DGB-Demonstrationen nach den erlittenen Niederlagen der Arbeiterbewegung im Bundestagswahlkampf und in den stattfindenden Tarifauseinandersetzungen jetzt keine schnellen und ehrgeizigen Projekte von Seiten des DGB-Bundesvorstandes erwartet, wie Kapital und Reaktion bekämpft werden können. Dennoch wurden auf zahlreichen Transparenten in den Demonstrationen und auf den Kundgebungen und Veranstaltungen viele richtige Forderungen vertreten, Vorstellungen einer „Verantwortungsgemeinschaft“ mit den Kapitalisten fanden wenig Anklang.

Verschiedene Redner auf den Kundgebungen haben auch die schwierigen Zeiten für die Lohnabhängigen angesprochen. So erklärte Leonhard Mahlein in Wuppertal: „Bei den Tarifabschlüssen haben wir bereits dreimal Lohn- und Gehaltserhöhungen hinnehmen müssen, die noch unter der Preissteigerungsrate liegen.“ Die steigende Arbeitslosigkeit und die immer größer werdende Armut wurden auf Veranstaltungen angesprochen. Etwas folgenlos, aber immerhin erklärte Franz Steinkühler in Ludwigsburg, man müsse heute nicht Kommunist sein, um zu der Auffassung zu gelangen, daß das kapitalistische System total versagt ha-



500 nahmen an einer 1. Mai-Demonstration in Heilbronn (Baden-Württemberg) teil.

Die Arbeitgeber mauern!

Es gilt, die Lohnleitlinie zu durchbrechen!

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind festgefahren, weil die Arbeitgeber mauern. Sie bleiben bei ihrem unmöglichen „Angebot“: Zwei Prozent ab 1. Juli und für März, April, Mai und Juni: Nichts!

Und gelten soll dieses miese Angebot auch nur, wenn es zuvor in der Zusatzversorgung zu einer Einigung kommt.

Arbeiter und Angestellte sollen schlucken, was den Beamten aufgezungen wurde – auch die Lohnpause. Ausgerechnet jetzt, wo den Arbeitnehmern Lasten wie nie zuvor aufgebürdet werden.

Darauf muß es eine deutliche Antwort geben.

Die Gewerkschaft ÖTV hat den Arbeitgebern eine letzte Frist gesetzt: Bis zum 9. Mai muß ein wesentlich verbessertes und damit einigungsfähiges Angebot vorliegen.

Das wird nur geschehen, wenn Bundesinnenminister Zimmermann sieht, daß man mit Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst nicht so umspringen kann.

Der Unmut der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist berechtigt, ihre Geduld ist erschöpft. Die Empörung wird vor dem 9. Mai spürbar werden.

Jetzt ist Solidarität gefordert!

Das Lohndiktat muß vom Tisch!



Das oben abgedruckte Flugblatt gab die ÖTV, Bezirksverwaltung Nordwest, heraus und wurde auf den Mai-Demonstrationen in Schleswig-Holstein verteilt. Bild rechts: Köln. 6000 Teilnehmer.

be. Einige Redner vergaßen nicht, den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den derzeitigen Tarifaufeinandersetzungen ihre Unterstützung auszusprechen. Das waren aber mehr Ausnahmen als fester Bestandteil der Demonstrationen.

Die Teilnehmerzahlen waren nach uns vorliegenden Berichten, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, unterschiedlich. In einigen Orten waren mehr Teilnehmer als im Vorjahr, in anderen weniger. Vermutlich haben sich nicht mehr Gewerkschaftsmitglieder als im Vorjahr an den De-

monstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen beteiligt. Auffallend ist, daß die IG Metall sehr zurückhaltend mobilisierte. Auffallend war auch die Beteiligung vieler Gewerkschaftsmitglieder zwischen dreißig und vierzig Jahren, verschiedener Friedensgruppen und die starke Beteiligung der ausländischen Arbeiter. Dies sind aber mehr Eindrücke als ein klares Urteil.

Interessant war, daß sich in München Richter und Staatsanwälte in der ÖTV an der Demonstration beteiligten. Proteste und Verlassen des Saales gab es auf der Veranstaltung in Augs-

burg, als der Vorsitzende der IG Textil und Bekleidung gegen die DDR hetzte und Solidaritätsoffer fordert. Gut war, daß der DGB-Vorsitzende in Köln, Blumenberg, die Freilassung des GEW-Mitgliedes Sakir Bilbin forderte, der in der Türkei kürzlich wegen Mitgliedschaft in der revolutionären Organisation Dev Sol verhaftet worden ist. Blumenberg forderte darüberhinaus die Einstellung der Kredite und Militärlieferungen durch die Bundesregierung.

Quellenhinweise: Eigene Informations- und Materialsammlung; DGB-Nachrichtendienst; FAZ vom 2.5.; Kölner Stadtanzeiger vom 2.5.; Unsere Zeit (UZ), Zeitung der DKP



Hamburg. Nach Angaben des DGB beteiligten sich mehr als 30000 an der 1. Mai-Demonstration.

Azania

Prozeß gegen neun PAC-Mitglieder

Am 22. März hat das südafrikanische Siedlerregime in Johannesburg den Strafprozeß gegen acht Mitglieder des Pan Africanist Congress (PAC) eröffnet. Das Verfahren gegen einen weiteren Angeklagten wurde abgetrennt. Die Anklage lautet: Gefährdung der Staatssicherheit durch Unterstützung der Ziele des PAC und Werbung von Mitgliedern für den PAC. Die südafrikanische Presse erwartete ein Verfahren vergleichbar mit dem größten Prozeß gegen PAC-Mitglieder, der 1979 nach 18 Monaten Dauer unter Ausschuß der Öffentlichkeit mit der Verurteilung von 16 Männern zu Gefängnisstrafen zwischen fünf und 35 Jah-

ren, insgesamt zu 162 Jahren Gefängnis endete. Im Februar erklärte der PAC auf einer Pressekonferenz, daß er auch bei dem Prozeß gegen die neun PAC-Mitglieder mit einem Verbot der Berichterstattung durch das Siedlerregime rechne. Tatsächlich sind seit Prozeßbeginn keine Zeitungsberichte mehr zu finden.

Angeklagt sind: Joe Thloloe, gebannter Journalist und ehemals Vorsitzender der Vereinigung schwarzer

Unterdrückung aller gegen das Siedlerregime gerichteten Bestrebungen.

Die BRD-Imperialisten unterstützen die Politik des Siedlerregimes. Die südafrikanische Zeitung „Star“ berichtete im November 1982, der westdeutsche Kapitalexporth nach Südafrika erreiche im laufenden Jahr mit etwa 56 Mio. DM eine neue Rekordmarke, in Wirklichkeit seien diese offiziellen Zahlen ohnehin nur „die Spitze des Eisbergs westdeutscher Kapitalinteressen“ in Südafrika.



Versammlung der streikenden Gemeindearbeiter in Johannesburg, Juli 1980

Journalisten, die 1977 wegen ihrer Unterstützung des Soweto-Aufstandes verboten wurde; Philipp Dlamini, ehemaliger Sekretär der schwarzen Gemeindearbeiter-Gewerkschaft, die 1980 den Streik von 10000 schwarzen städtischen Arbeitern in Johannesburg organisierte (der Präsident der Gewerkschaft, Joe Mavi, wurde Mitte 1982 bei einem mysteriösen Autounfall getötet); Harrison Nongqele, Vorsitzender der Nationalen Organisation der Jugend von Azania, und vier weitere führende Mitglieder dieser Jugendorganisation. Die meisten Angeklagten sind seit Juni vorigen Jahres in Haft. Einer der Angeklagten wurde schon im Januar zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einem anderen „Terrorismus“-Verfahren als Zeuge der Anklage keine Aussagen machte.

Brutale Unterdrückung der Kämpfe der schwarzen Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen ist die Linie des Siedlerregimes. Von April 1981 bis April 1982 wurden 347 Gewerkschafter verhaftet. 1981 wurden 1200 Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Aktionen unter Anklage gestellt. Mit dem Anfang 1983 in Kraft getretenen Gesetz zur Inneren Sicherheit (Pol. Ber. 5/83) verschaffte sich die Botha-Regierung zusätzlichen juristischen Spielraum zur

Allein der VW-Konzern will bis 1988 443 Mio. DM neu investieren und so den Rang des größten Automobilproduzenten in Südafrika zurückerobern. BMW will mit 240 Mio. DM Investitionsaufwand seine Fertigungskapazitäten in Südafrika verdoppeln.

Quellenhinweis: Mafube, Nachrichtenbrief des PAC, Nov. 1982 bis März 1983; Focus, Nr. 44; ISSA, Bonn; Facts and Reports, X/82; BWK, Nachrichtenheft 01, 16/83; FAZ, 27.4.83; SZ, 22.4.83

Namibia EKD unterhält Siedlerkirchen

Der Evangelische Pressedienst meldete Mitte April: „Die Synode der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK) hat ... in Windhuk den Frankfurter Oberkirchenrat Wilfried J. Blank zum neuen Landespropst gewählt ... Die Wahl war notwendig geworden, nachdem es aufgrund der Amtsführung des bisherigen Landespropstes (Kauffenstein) zu schweren Spannungen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland gekommen war ... Kauffenstein war in den letzten Jahren von der EKD vor allem seine Distanz zu farbigen Lutheranern

sowie sein gutes Verhältnis zur offiziellen südafrikanischen Politik vorgeworfen worden.“ Kauffenstein, 1963 von der EKD nach Südafrika entsandt, seit 1977 Landespropst der DELK, war „im Nebenamt“ Militärseelsorger für deutschstämmige Angehörige der südafrikanischen Armee. Seine Abberufung durch die EKD bedeutet keineswegs einen Bruch mit der kolonialen Tradition der Evangelischen Kirche.

1842 hatte die Evangelische Kirche über die Rheinische Mission begonnen, dem deutschen Kolonialismus in Südwestafrika den Weg zu bereiten. Der rheinische Missionsdirektor Fabri war Berater Bismarcks in Kolonialfragen. Zwischen 1955 und 1960 wurden die evangelisch-lutherischen Missionen in zwei selbständige schwarze lutherische Kirchen mit etwa 430000 Mitgliedern aufgelöst. Die 13000 Lutheraner unter den etwa 25000 deutschen Siedlern gründeten 1960 ihre eigene Kirche, die DELK, die – als einzige protestantische Kirche in Namibia – mit der EKD einen „Partnerschaftsvertrag“ hat, der ihre finanzielle Unterstützung und laufende Versorgung mit etwa fünf bis sechs Pastoren durch die EKD regelt. Entsprechende Verträge hat die EKD auch mit drei lutherischen Kirchen von ca. 24000 Siedlern in Azania. 1971 betrugen die Zuwendungen der EKD an die vier deutschen Siedlerkirchen rund 1,2 Mio. DM.

1971 protestierten die zwei schwarzen lutherischen Kirchen in Namibia in einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten des südafrikanischen Siedlerregimes gegen die Apartheid-, Bantustan- und Kontraktarbeiter-Politik in Namibia. Die DELK distanzierte sich öffentlich von diesem Schreiben und versicherte dem Siedlerregime schriftlich, „all ihre Pläne innerhalb des Rahmens der Landespolitik zu verfolgen“.

Seitdem gibt es Krach in der EKD um die „Partnerschaft“ mit der DELK. Ergebnis: Die EKD kritisierte zwar „Apartheid“ als „Sünde“, finanzierte aber die DELK weiter. Der EKD-Auftrag an den neugewählten Landespropst der DELK: „... ist es auch Aufgabe der DELK und ihrer etwa 13000 Mitglieder, ihren Beitrag zur Versöhnung zwischen Schwarzen und Weißen im südlichen Afrika zu leisten“ – eine Versöhnung, die das Eigentum der deutschen Siedler und die Ausbeutung des Landes durch die Imperialisten sichert: „Heute sind wir Anwalt für die Schwarzen in Namibia ... Morgen müssen wir vielleicht Anwalt für die Weißen sein, wenn sie die Schwachen werden.“

Quellenhinweis: epd-ZA 1.7.82, 18.4.83, 19.4.83; Tagungsprotokoll „Die Mitverantwortung der Kirchen für das zukünftige Namibia“, Februar 1977; epd-Dokumentation „EKD und Kirchen im südlichen Afrika“, 1974; Lutherische Monatshefte 1971/72

Imperialistische Propaganda vom „Völkergefängnis“ soll Kriegsgründe schaffen. Auf Tatsachen beruht sie nicht.

Die UdSSR sei seit ihrer Gründung ein „Völkergefängnis“, Stalin habe die „nationalen Eliten“ vernichtet, ganze Völker deportiert, die jetzige Führung gäbe mit der „Russifizierung“ und der Propagierung des „einheitlichen Sowjetvolkes“ den nichtrussischen Nationen in der UdSSR den Rest und habe so die Nachfolge der alten Zaren angetreten – ob den imperialistischen Interventionstruppen, die im Verein mit Banden der Großgrundbesitzer und Kapitalisten die gerade gegründeten Sowjetrepubliken vernichten wollten, ob den Hitlerarmeen, stets ging den bewaffneten Truppen der Imperialisten eine Propagandawelle über die angeblichen Verletzungen der Rechte kleinerer Nationen in der Sowjetunion vorweg. Und wer erinnert sich nicht, kaum hatte die Rote Armee die Hitlerfaschisten vernichtend geschlagen, verbreiteten die westdeutschen Imperialisten Greueltaten über den Kolonialcha-

benden Völkern verfolgen, wenn sie von der nationalen Befreiung aus dem „russischen Joch“ sprechen. So gehört zum Standardrepertoire der professoralen Propagandisten der Ostvölker-„Befreiung“ folgende Wertung der weißrussischen Sprache: „In der heutigen Form ist es eine aus verschiedenen Dialekten geschaffene Kunstsprache. Sie ist der Bevölkerung im Namen der Politik der ‚Weißrussifizierung‘ in den zwanziger Jahren aufgezungen worden.“ Die wechselnde Wertschätzung der verschiedenen Nationen und Völker der Sowjetunion durch die Imperialisten ergibt sich aus ihren Kriegszielen. Hinter der Behauptung, die weißrussische Nation sei „künstlich“ geschaffen worden, steht nichts anderes als der Plan einer „Ostverschiebung“ Polens (die Sowjetrepublik Weißrußland grenzt an Polen) mit Besetzung polnischer Westgebiete durch die westdeutschen Imperialisten.

Problem für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus geschaffen worden. Aber das schien allen Revolutionären unvermeidlich, damit die Arbeiter und Bauern die Erfolge der Revolution gegen die Front von ehemaligen russischen Großgrundbesitzern, Kapitalisten und Imperialisten, die das Land überfielen, überhaupt verteidigen können. Die zunächst als unabhängige Staaten entstandenen Sowjetrepubliken in Rußland (hier als föderierte Sowjetrepublik mit autonomen Republiken), in der Ukraine, in Weißrußland und die baltischen Republiken schlossen im Sommer 1919 ein militärisch-politisches Bündnis gegen die Konterrevolution, die mit mehrere Hunderttausende umfassenden Armeen, unterstützt von den britischen, französischen, US- und anderen Imperialisten, drohte, die alte Zarenherrschaft wiederherzustellen. Die Erfahrungen der Revolutionäre in den verschiedenen Regionen und Staaten des früheren Zarenreiches sprachen unbedingt für ein enges Bündnis der Arbeiter und Bauern der einzelnen Nationen und für die Vereinigung der Sowjetrepubliken. Unter der Fahne der „nationalen Selbständigkeit“ gingen bürgerliche oder feudale Regierungen gegen die Revolutionäre vor und stellten den Imperialisten Aufmarschgebiete zur Verfügung. Die bürgerlich-nationalistische Regierung Aserbaidschans z.B. wandte sich im November 1918 an den Befehlshaber der britischen Truppen in Transkaukasien und forderte ihn auf, Baku mit seinen Ölquellen zu besetzen. Die Alternative für die Arbeiter und Bauern war koloniale oder halbkoloniale Unterjochung durch die britischen, französischen und sonstigen Imperialisten oder Revolution und der Anschluß an die Vereinigung der Sowjetrepubliken.

Zahlreiche Völker wurden erstmals in ihrer Geschichte überhaupt als eigenständige Völker anerkannt. Im Zuge der Beseitigung des weit verbreiteten Analphabetismus ließ die Regierung für jene Völker, die zuvor keine eigene Schriftsprachen hatten, solche schaffen. Verwaltungskräfte der jeweiligen Nationalität ersetzten nach und nach die früheren meist russischen Funktionäre. Entscheidend dafür, daß das Nationalitätenproblem nie zu den von den Imperialisten erhofften Widersprüchen führte, war jedoch die Umwälzung der sozialen Verhältnisse. Die Beseitigung der Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitzer, die Befreiung der Bau-



Stalin habe die „nationalen Eliten“ vernichtet: Die Imperialisten sind erbittert, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft den alten Ausbeuterklassen den Boden entzog. Bild: Abstimmung über den Beitritt zur Kolchose 1929.

rakter Rußlands, um eine militärische Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu rechtfertigen. Wenn heute diese Sorte Propaganda wieder häufiger zu hören ist und etwa die CSU im Europäischen Parlament die „Verletzung der Menschenrechte in den baltischen Gebieten“ beklagen läßt, dann sollen damit erneut Kriegsgründe gegen die UdSSR geschaffen werden.

Eine genauere Blick zeigt rasch, welche Absichten die Imperialisten gegenüber den rund 130 in der UdSSR le-

Die Propaganda der Imperialisten vom russischen „Völkergefängnis“ beruht nicht auf Tatsachen: Verglichen mit der Behandlung kleinerer Nationen und Völker durch die Imperialisten war nach der Oktoberrevolution die Lage der Arbeiter und Bauern nicht-russischer Nationalität sehr viel besser und ist sie das auch heute noch.

Sicher war dadurch, daß nach der Zerschlagung der Zarenherrschaft und der Oktoberrevolution von 1917 der sozialistische Staat als ein Vielvölkerstaat begründet wurde, ein zusätzliches

USA: Vernichtung der indianischen Nationen zwecks ungehinderter Rohstoffplünderung

„Wenn Sie ein Beispiel für das Versagen des Sozialismus sehen wollen, gehen Sie nicht nach Rußland, gehen Sie in die indianischen Reservate“, ließ Anfang dieses Jahres US-Innenminister Watt in einem Zeitungsinterview verlauten. Sowieso sei das beste, man löse die indianischen Reservate endlich auf. Watt: „Ich denke, man sollte sie (die Indianer, d. Red.) in die städtischen Zentren schaffen, wo sie lernen können, sich in die Gesellschaft zu integrieren und ein anständiges Leben zu führen.“ James G. Watt ist nicht nur US-Innenminister. Er war vor seinem Amtsantritt Leiter einer Stiftung „zur Verteidigung des freien Unternehmertums“ im US-Bundesstaat Colorado. Seit dieser Zeit ist er den US-Bergbau- und Öl-Monopolen engstens verbunden. Diese wollen sich die zum Teil beträchtlichen Rohstoffvorräte in den verbliebenen Reservaten unter den Nagel reißen. Und da Watt als Innenminister auch für das berühmte „Bureau of Indian Affairs“ (BIA), das „Amt für Indianerangelegenheiten“, verantwortlich ist, dem die Kontrolle aller Reservate untersteht, darum wird Watt von den US-Kapitalisten zur Liquidierung der letzten Reste der indianischen Nationen in den USA in Marsch gesetzt.

Schon seit Anfang 1982 liegt dem US-Kongreß deshalb auch ein Gesetzentwurf vor, der ähnliche Zwecke verfolgt. Ausgearbeitet von dem wegen seiner Verfolgungsjagden auf Schwarze und Revolutionäre berühmten Südstaaten-Senator Thurmond, sieht dieser Gesetzentwurf vor, daß künftig Klagen der Indianer wegen illegalen Landraubs nur noch finanziell entschädigt werden können, jede Rückgabe des einmal geraubten Landes aber ausgeschlossen ist. Ermutigt durch das Watsche Interview und durch den Gesetzentwurf im Kongreß, melden sich inzwischen auch andere Interessentengruppen für das noch nicht verteilte Indianerland: Ebenfalls im Januar dieses Jahres beschloß die „American Farm Bureau Federation“, ein von kapitalistischen Großfarmern beherrschter Dachverband von US-Farmern, auf einer Delegiertenkonferenz in Dallas in Texas, von der Regierung die Aufhebung aller noch bestehenden Rechte der indianischen Nationen, insbesondere ihres Landbesitzes, zu verlangen.

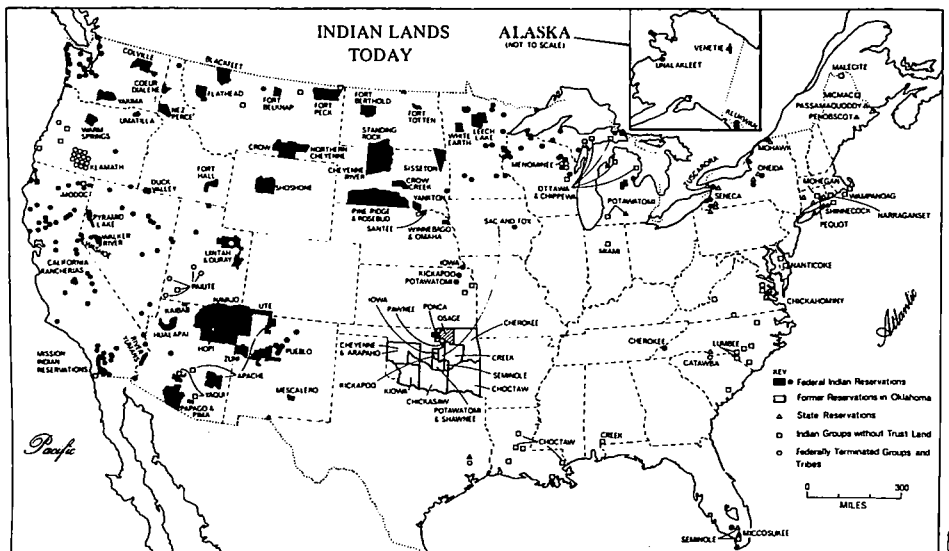
1,4 Millionen Indianer leben heute nach Angaben des US-Statistischen Amtes in den USA, nach Schätzun-

gen von Vertretungen der Indianer, die auch die nicht als „Indianer“ anerkannten und folglich bereits landlosen Stämme sowie die Indianer in den Städten einschließen, zwischen 2,5 und 3 Millionen. Knapp 750 000 davon leben heute nur noch in den wenigen und kümmerlichen Reservaten (deren Gesamtfläche umfaßt mit 21 Mio. Hektar gerade 2,2% der Fläche der USA), die den indianischen Nationen nach dem jahrhundertelangen Landraub der US-Siedlerbourgeoisie verblieben sind.

1970 gab die US-Regierung das durchschnittliche Einkommen der Indianer in den 115 größten Reservaten der USA mit 974 \$ im Jahr an, das entsprach weniger als einem Drittel des Durchschnittseinkommens der Weißen. Mehr als die Hälfte des Bodens in den Reservaten ist versteppt bis wüstenartig, läßt also höchstens kümmerliche Formen von Viehzucht zu. Die

mit dem sich die indianischen Nationen gegen ihre systematische Pauperisierung und darauf folgende Vernichtung erbittert zur Wehr setzen, ist den meisten Stämmen schon seit Jahrzehnten eine Ernährung ihrer Bevölkerung durch eigene landwirtschaftliche Produktion unmöglich. Sie sind auf „Unterstützungszahlungen“ des BIA angewiesen, erbärmliche Sozialhilfe, wenn es nicht einzelnen von ihnen gelingt, in den oft weit entfernt liegenden Städten einen Ausbeuter zu finden. Die offizielle Arbeitslosigkeit in den Reservaten liegt schon zu Zeiten „normalen“ kapitalistischen Geschäftsgangs bei 40% und höher. Heute sind in einzelnen Reservaten bis zu 80% arbeitslos. Viele hungern, Alkoholismus ist weit verbreitet, die Erkrankungsrate bei Tuberkulose achtmal, bei Ruhr 42mal so hoch wie im Durchschnitt der USA, die Selbstmordrate doppelt so hoch.

In nur 17 der insgesamt 266 Reservate haben die Indianer in den vergangenen Jahren eigene Kollegs aufbauen können, um ihre Kultur, ihre Sprachen



Verbliebene indianische Reservate in den USA. Die Beschriftung rechts unten lautet (von oben nach unten): Von der Bundesregierung kontrollierte indianische Reservate. Frühere Reservate in Oklahoma. Reservate unter Kontrolle der Bundesstaaten. Indianische Gruppen ohne vertraglichen Landbesitz. Gruppen und Stämme, deren Verträge die Bundesregierung für erloschen erklärt.

wenigen, früher für Fischfang oder Bewässerung genutzten Flüsse und Seen sind inzwischen entweder durch Abwässer der Kapitalisten verpestet oder durch Bewässerungsanlagen der weißen Farmer dermaßen in Anspruch genommen, daß den indianischen Nationen nur noch wenig bis gar kein Wasser mehr bleibt. 18 indianische Stämme gründeten deshalb Anfang dieses Jahres eine „Koalition für indianische Wasserrechte“, um die Vernichtung dieser Lebensgrundlage zu verhindern.

Trotz dieses immer wieder gegen die Angriffe der Kapitalisten und weißen Farmer organisierten Widerstandes,

und ihr eigenes Erziehungswesen zu verteidigen. Ende 1982 strich Reagan diesen Kollegs sämtliche bis dahin gezahlten Zuschüsse des Bundes.

Die Gründe für die Entschiedenheit, mit der die US-Kapitalisten in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, die Vernichtung und Auflösung auch der letzten den indianischen Nationen verbliebenen Reservate und damit die endgültige Vernichtung dieser unterdrückten Nationen in den USA zu verlangen, erschließen sich, wenn man weiß, welche Bodenschätze in einigen dieser Reservate entdeckt worden sind.

So vermuteten schon in den 60er Jahren US-Regierungsbeamte in dem knapp 170000 Hektar großen Reservat der „Northern Cheyenne“ im Osten des US-Bundesstaates Montana Kohlelagerstätten im Umfang zwischen 2 und 10 Mrd. Tonnen. Der größte Teil davon ist im Tagebau abbaubar. Inzwischen sind weitere Funde in Montana und anderen Staaten des Nordwestens der USA hinzugekommen, so daß die US-Kapitalisten jetzt davon ausgehen, daß in dieser Region – mit einer Fläche knapp dreimal so groß wie die Bundesrepublik – fast 20% der bekannten Kohlevorräte der Erde lagern. Hinzukommen Funde von Öl- und Gaslagern und – insbesondere auf Reservaten im Südwesten der USA – von großen Uranlagern. Seit Jahren sehen sich deshalb die indianischen Nationen in diesen Gebieten einer großangelegten Kampagne ausgesetzt, deren Ziel es ist, sie endgültig von ihren letzten verbliebenen Landgebieten zu vertreiben – einer Kampagne, die von Bestechungsversuchen, Einflüsterungen, Schikanen und Drohungen von seiten örtlicher Sherriffs und durch Beamte der Indianerbehörde BIA bis hin zu bewaffneten Überfällen durch Siedler oder von den Bergbaukonzernen angeheuerte Banden reicht.

Entsprechend schroff reagierte deshalb auch die indianische Zeitung „Wassaja“ auf die eingangs erwähnten neuen Drohungen durch Innenminister Watt: „Watt behauptet damit, daß diese Regierung in ihren Beziehungen mit und in ihrer Herrschaft über die indianischen Reservate sozialistische Beziehungen verfolgt habe. Unsinn! Was seine Regierung praktiziert hat, ist eine Form des Kolonialismus, eine Art Halb-Faschismus, eine Herrschaft, die nur mit imperialistischen Regierungssystemen vergleichbar ist ... Die Geschichte der Stämme ist voller Enttäuschungen, Armut, Unterdrückung, Kolonialismus, faktischer Gefangenschaft und in einigen Fällen offener Gefangenschaft (die Vertreibung der Navajos). Wir haben erlebt, wie unser Land geraubt wurde, wie unsere Völker in ihnen fremde Gebiete vertrieben wurden und wie die Regierung weder ihre Versprechen einhielt noch Buchstaben und Geist ihrer heiligen Verträge befolgte.“ Der Innenminister sollte sofort entlassen werden, und seinen „Speichellecker, den Staatssekretär Smith“, sollte er gleich mit sich nehmen.

Quellenhinweis: Wassaja, A National Newspaper of Indian America, published by The American Indian Historical Society, San Francisco, USA, Ausgaben 1980 bis 1983; J. Wilson, The original Americans: U.S. Indians, London 1981.

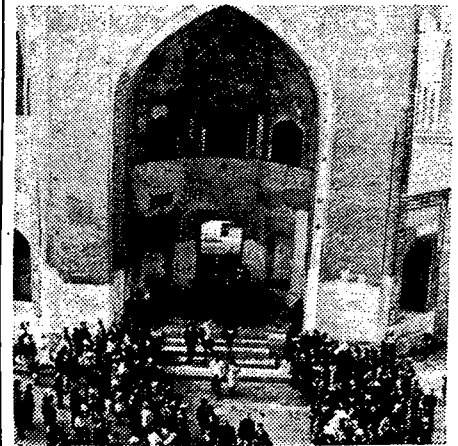
ern von der Ausbeutung durch den Kulaken, sei er nun tatarisch, russisch oder sonstiger Nationalität, die Aufhebung der feudalen Abhängigkeit der Bauern in den ehemaligen Emiraten und Khanaten Zentralasiens, die allmähliche Einführung der Kollektivwirtschaft auch bei den als Nomaden lebenden Völkern – all das hat dazu geführt, daß die Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten die Sowjetunion gegen den Überfall durch die Hitlerfaschisten verteidigten und daß alle Versuche, die sozialistische UdSSR zu zerschlagen, scheiterten.

Man mag der heute in der Sowjetunion herrschenden Klasse verschiedene Vorwürfe machen, daß sie ein Regime der nationalen Unterdrückung der verschiedenen Völker durch die Russen errichtet hätte, kann jedenfalls nicht behauptet werden. Die französische Professorin Hélène Carrère d'Encausse – ihr Interesse ergibt sich aus „baltischen und georgischen Vorfahren“ und entsprechenden Ansprüchen – gerät zwar ins Schwärmen über das „Aufklappen des Volkszornes“ anlässlich einer Demonstration in Tbilissi im April 1978, die sich dagegen richtete, daß im Entwurf für eine neue Verfassung der Sowjetrepublik von Georgien der zuvor enthaltene Passus über das Georgische als Staatssprache fehlte. Der Paragraph war dann in der letztlich verabschiedeten Verfassung wieder enthalten, und die Auseinandersetzung darum ist weniger ein Anzeichen für „nationalen Befreiungskampf“ als dafür, daß die in den Verfassungen der Unionsrepubliken und der UdSSR festgehaltenen weitreichenden Rechtspositionen der verschiedenen Nationen verteidigt werden.

Sicher hat die Zentralregierung Versuche unternommen, die Kompetenzen der Unionsrepubliken einzuzengen (siehe dazu den Vergleich der Verfassungen von 1947 und 1977, Seite 16), aber keine Verfassung eines imperialistischen Staates, der mehrere Nationen umfaßt, enthält etwa das Recht auf Austritt aus dem Staatsverband, wie es jeder der insgesamt 15 Unionsrepubliken zusteht – man vergleiche dazu die Rechtsstellung der Iren im Vereinigten Königreich von Großbritannien. Jede Unionsrepublik kann eigenständige unmittelbare Beziehungen zu auswärtigen Staaten aufnehmen: So sind neben der UdSSR, die Sowjetrepubliken der Ukraine und Weißrußlands Mitglieder der UNO; die Regierung Estlands unterhält besondere Beziehungen zu Finnland, einige Unionsrepubliken haben auch eigene Außenhandelsverträge abgeschlossen. Eigene Gesetzgebungskompetenz haben die Unionsrepubliken bei Zivil-, Straf-, Strafprozeß-, Arbeits-, Ehe- und Familien-, Gesundheits- und Bodenrecht. Die Amtsspra-

che in den jeweiligen Republiken ist die jeweilige Nationalsprache.

Die nationale Zusammensetzung der Sowjets und der Regierungsorgane ist so, daß auch die Professorin mit georgisch-baltischen Besitzhoffnungen für die Unionsrepubliken zugestehet: „Es gibt weder eine Bevorzugung der Russen auf Regierungsstellen, noch ‚reservierte Posten‘, die wichtige Kontrollfunktionen gegenüber der nichtrussischen Bevölkerung ausüben.“ Die zentralen Organe sind so zusammengesetzt, daß alle Nationen ihre Interessen wahren können. Der Oberste Sowjet



Die Imperialisten beginnen selbst den Islam zu loben, wenn sie hoffen, damit die nationalen Widersprüche schüren zu können. Moschee in der UdSSR.

besteht aus dem Unionsowjet, dessen Deputierte entsprechend der Bevölkerungszahl gewählt werden, und dem Nationalitätenowjet, in dem jede Unionsrepublik unabhängig von ihrer Größe mit 32 Deputierten, jede autonome Republik mit elf und jedes autonome Gebiet mit fünf Delegierten vertreten ist. Der Ministerrat, das höchste verfügende und vollziehende Organ der Staatsmacht, wird von den beiden Kammern des Obersten Sowjets gebildet; ihm gehören die Vorsitzenden der Ministerräte der Unionsrepubliken automatisch an.

Die Unterschiede in der sozialen Lage der verschiedenen Nationen in der UdSSR sind verglichen etwa mit dem Unterschied zwischen den Weißen und den Schwarzen in den USA eher gering, man betrachte die Tabelle auf der folgenden Seite über die durchschnittlichen Familieneinkommen der Kolchosbauern Mitte der siebziger Jahre Selbst wenn hierbei die unterschiedlichen Familiengrößen nicht berücksichtigt sind (in den zentralasiatischen Republiken ist die durchschnittliche Kinderzahl höher als in den europäischen) und auch nicht, daß die Lebenshaltungskosten aus klimatischen Gründen in den südlichen Republiken niedriger sind, so lassen sich doch folgende Schlußfolgerungen ziehen: Auffällig

Republik	jährliches Familieneinkommen (Durchschnitt UdSSR = 100)
Turkmenien	140
Litauen	136
Estland	127
Georgien	127
Armenien	122
Usbekistan	120
Kasachstan	119
Lettland	119
Kirgisien	107
Aserbaidschan	106
Tadschikistan	105
RSFSR	99
Weißrußland	98
Moldau	97
Ukraine	91

Quelle: H.C. d'Encausse, Risse im roten Imperium

ist, daß die niedrigsten Einkommen der Kolchosbauern nicht weit unter dem Durchschnitt liegen. Elendsregionen wie etwa in den Südstaaten der USA mit den schwarzen oder mexikanischen Farmarbeitern, die auch die Reservarmee für die industriellen Monopole bilden, existieren in der Sowjetunion jedenfalls nicht. Weiter ist festzustellen, daß die Einkommenshöhe der Kol-

chosbauern in jenen Republiken, die weniger industrialisiert sind, nicht niedriger sind als in den Industriezentren. So liegen die Einkommen der turkmenischen Bauern an der Spitze, obwohl mit 40 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner die turkmenische Sowjetrepublik den geringsten Anteil von Industriebeschäftigten in der UdSSR hat (Durchschnitt 133 je 1000 Einwohner).

Die aus den von den Imperialisten unterdrückten und ausgeplünderten Staaten bekannten Zustände, daß die einheimische Bevölkerung die unqualifizierten schlecht bezahlten Arbeiter stellt – vor der Oktoberrevolution weit verbreitet –, sind weitgehend beseitigt. Das Bildungsniveau in den verschiedenen Republiken hat sich stark angenähert (siehe Tabelle über die Zahl der Hochschulstudenten pro 10000 Einwohner).

Trotz dieser im Vergleich zu der Lage der Arbeiter und Bauern in vom Imperialismus in kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit gehaltenen Ländern unbestreitbar besseren Lage der Arbeiter und Bauern nichtrussischer

Studenten je 10000 Einwohner

Region	1940/41	1979/80
RSFSR	43	219
Ukrainische SSR	47	175
Weißrussische SSR	24	181
Usbekische SSR	28	173
Kasachische SSR	16	169
Georgische SSR	77	170
Aserbaidsch. SSR	49	172
Litauische SSR	20	205
Moldauische SSR	10	127
Lettische SSR	52	188
Kirgisische SSR	19	154
Tadschikische SSR	15	141
Armenische SSR	82	187
Turkmenische SSR	22	121
Estnische SSR	45	172
Durchschnitt UdSSR	41	196

Quelle: Rutkewitsch, Die Annäherung der nationalen Republiken und Nationen der UdSSR in ihrer sozialen Klassenstruktur, zitiert nach Osteuropa-Archiv, 1/82

Nationalität in der UdSSR, spricht die Führung der KPdSU und die Staatsführung keineswegs von einer endgültigen Lösung der Nationalitätenprobleme. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU Andropow beschrieb aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung

Die verfassungsmäßigen Rechte der Unionsrepubliken bei der Wirtschaftsführung wurden eingeengt

Verglichen mit der Verfassung von 1947 enthält die 1977 verabschiedete und derzeit gültige Verfassung der UdSSR einschneidende Änderungen der Kompetenzen der Unionsrepubliken bei der Wirtschaftsführung und -verwaltung. In der Verfassung von 1947 war zu den Kompetenzen der Union, d.h. der zentralen Staats- und Verwaltungsorgane festgehalten: „der Außenhandel auf Grundlage des Staatsmonopols“; „die Aufstellung der Volkswirtschaftspläne der UdSSR“; „die Verwaltung der Banken, der industriellen und landwirtschaftlichen Institutionen und Betriebe sowie Handelsunternehmungen, soweit ihnen allen Unionsbedeutung zukommt“. Somit blieben den Unionsrepubliken im Rahmen der Zentralpläne weitgehende Möglichkeiten der selbständigen Entwicklung der regionalen Wirtschaften.

In weiteren Artikeln der Verfassung von 1947 waren die Kompetenzen im einzelnen festgelegt. Als Organ der Zentralgewalt arbeiteten die „Unions-Ministerien“. Sie „leiten den ihnen anvertrauten Zweig der Staatsverwaltung auf dem gesamten Gebiet der UdSSR entweder unmittelbar oder durch eingesetzte Organe“. Mit Artikel 77 der Verfassung von 1947 waren ihnen die Produktionsmittel- und Rohstoffindustrien unterstellt. Als Organe, die sowohl der Zentralgewalt als auch den

Unionsrepubliken verantwortlich waren, arbeiteten die „Unions- und Republik-Ministerien“. Sie „leiten den ihnen anvertrauten Zweig der Staatsverwaltung in der Regel durch die gleichnamigen Ministerien der Unionsrepubliken und verwalten unmittelbar nur eine bestimmte begrenzte Anzahl von Betrieben gemäß einer vom Präsidium des Obersten Sowjets zu bestätigenden Liste“. Ihnen unterstanden nach Artikel 78 der Verfassung die Nahrungsmittel- und andere Leichtindustrien sowie die Landwirtschaft. Somit konnte verfassungsmäßig verbrieft die Zentralverwaltung nicht ohne oder gegen die Unionsrepubliken die Wirtschaftsführung wahrnehmen.

In der Verfassung von 1977 ist diese starke Rechtsposition der Unionsrepubliken bei der Wirtschaftsführung beseitigt. Zwar existieren nach wie vor „Unions- und Republik-Ministerien“, die sowohl der Zentral- als auch der einzelnen Republikgewalt verantwortlich sind. Deren Tätigkeit ist jetzt allerdings eher auf die Durchführung der zentralen Pläne beschränkt. So lautet der Artikel 16 der Verfassung von 1977: „Die Wirtschaft der UdSSR bildet einen einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex, der alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, der Verteilung und des Austausches auf dem Territorium des Landes erfaßt. Die Leitung der Wirtschaft erfolgt auf der Grundlage der staatlichen Pläne zur

ökonomischen und sozialen Entwicklung, sie berücksichtigt das Zweig- und Territorialprinzip, verbindet die zentrale Leitung mit der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe, Vereinigungen und anderer Organisationen.“ Für die Wirtschaftstätigkeit der Unionsrepubliken bleibt in der Verfassung als Verpflichtung: Sie „sichert eine komplexe ökonomische und soziale Entwicklung auf ihrem Territorium ... In den zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Fragen koordiniert und kontrolliert die Unionsrepublik die Tätigkeit der unionsgeleiteten Betriebe, Einrichtungen und Organisationen“.

Trotz dieser Beschränkung in den wirtschaftlichen Kompetenzen und trotz des Wegfalls des Verfassungsartikels von 1947, der den Unionsrepubliken eigene Truppenformationen zugestand, bleibt ihre politische Stellung stark. Sie besitzen nach wie vor das Recht auf Austritt aus der UdSSR und das Recht auf auswärtige Verbindungen. Verfassungsänderungen gegen ihren Willen sind schwer möglich: Einer Änderung der Verfassung müssen in beiden Kammern des Obersten Sowjets $\frac{2}{3}$ der Deputierten zustimmen. Da im Nationalitätensojuzet als der einen Kammer jede Republik gleich stark vertreten ist (zur genauen Zusammensetzung s. S.15), können die kleinen nicht von den größeren, die asiatischen nicht von den europäischen Nationen überstimmt werden.

Quellenhinweis: Verfassung der UdSSR vom 25.2.1947; Verfassung der UdSSR vom 7.10.1977

der UdSSR am 21. Dezember 1982 die künftigen Schwerpunkte in der Entwicklung der Beziehungen der Unionsrepubliken und Nationen: „Die vernünftigste Nutzung der Naturschätze und Arbeitskräfte sowie der klimatischen Bedingungen einer jeden Republik, die rationellste Einbeziehung dieses Potentials in das der gesamten Union, das ist es, was jeder Region, jeder Nation und Völkerschaft ebenso wie dem ganzen Staat den größten Vorteil bringen wird.“

Dieses Programm der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Entwicklung der Arbeitsteilung zwischen den



Baumwollkombinat in Alma-Ata

verschiedenen Regionen und Republiken – statt einer selbständigen Entwicklung jeder Republik oder gar jedes Wirtschaftsgebiets – zieht allerdings nach sich, daß eine „Lösung der großen sozialen Aufgabe, nämlich die rationelle und flexible Nutzung des Arbeitskräftepotentials“ von der Staats- und Wirtschaftsführung der UdSSR gefunden werden muß. Ihre Versuche in der Vergangenheit, mit materiellen Anreizen (Lohnzuschlägen für Arbeiter in klimatisch ungünstigen Gebieten u.ä.) Arbeiter in größerer Zahl zur Wanderung in die neuen Wirtschaftszentren zu bewegen, zeigten nicht im erhofften Umfang Wirkung. Arbeiter, die zunächst in den Ural oder nach Sibirien gezogen waren, wanderten wieder ab in die sich entwickelnde Industrie in den zentralasiatischen Republiken, während die einheimischen Tadschiken, Usbeken und Turkmenen in der landwirtschaftlichen Produktion blieben, womit sich ein Gegensatz von städtisch russischen Arbeitern und ländlichen tadschikischen Kolchosbauern zu entwickeln drohte. Andropow kündigte an, daß jetzt „die Ausbildung von Facharbeitern aus Vertretern aller Nationen und Völkerschaften der jeweiligen Republik zu verstärken und zu verbessern“ sei.

Quellenhinweis: H. Carrère d'Encausse, Risse im roten Imperium, 1978; Geschichte der UdSSR, Band II u. III, Moskau 1979; J.W. Andropow, Der sechzigste Gründungstag der UdSSR, Nowosti 1982; Nowosti, Jahrbuch UdSSR 1980

Die westlichen Imperialisten wollen die baltischen Staaten in ihren Block eingliedern

Auf Betreiben des CSU-Mitglieds Otto von Habsburg hat das Europa-Parlament in seiner Sitzung am 13. Januar dieses Jahres mit großer Mehrheit eine zweite „Entschließung zur Lage in Estland, Lettland und Litauen“ verabschiedet. Enthielt die erste, 1980 verabschiedete Entschließung die Aufforderung an die westeuropäischen Außenminister, eine „gemeinsame Haltung“ vor den Vereinten Nationen zu vertreten und „alles in ihren Kräften stehende zu tun“, „damit die Wünsche der Völker dieser Staaten in bezug auf ihre Regierungsform verwirklicht werden können“, so ist die zweite Entschließung in ihren Konsequenzen weitgehend: Dieses Mal fordern die EG-Parlamentarier zusätzlich, daß die Mitgliedstaaten der EG „die Frage der baltischen Staaten dem Dekolonisationsausschuß der UNO zuleiten“. Nach wie vor erkennen die USA, Kanada, Australien, der Vatikan und Großbritannien die Zugehörigkeit der sozialistischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen zur UdSSR nicht an, sondern verweisen auf die Friedensverträge, die die UdSSR 1920 mit den damals zum ersten Mal selbständig gewordenen Staaten abgeschlossen hatte.

Wenn sich heute verschiedene imperialistische Staaten zu Wählern der baltischen Souveränität aufschwingen, dann immer mit der Absicht, wie sie ja auch das Europa-Parlament formuliert, „die Regierungsform“ der baltischen Staaten zu ändern und diese Staaten ihrem imperialistischen Block einzufügen.

Nachdem 1918 die reaktionären russischen und polnischen Truppen die Sowjetmacht in Litauen, Estland und Lettland zerschlagen hatten, errichteten die baltischen Bourgeoisien selbständige Staaten. Zuvor waren diese Regionen zum großen Teil im Kolonialbesitz Rußlands, Deutschlands und Polen gewesen. Für die Imperialisten bildeten die baltischen Staaten in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution eine Basis zum Kampf gegen die revolutionäre Sowjetunion. Kein einziger imperialistischer Staat war bereit, die staatliche Souveränität der baltischen Staaten zuzugestehen, die USA und Großbritannien verlangten direkt, daß die baltischen Völker höchstens Autonomie fordern sollten, um „ihren russischen Brüdern bei deren allgemeinstaatlicher Arbeit“ zu helfen, die Revolution niederzuwerfen. Die UdSSR schloß mit den drei baltischen Staa-

ten in den folgenden Jahren Nichtangriffspakte und Handelsverträge ab, in denen die Regierungen dieser Staaten sich verpflichteten, keinen gemeinsamen Militärpakt untereinander zu schließen.

Mit dem Regierungsantritt der Faschisten in Deutschland verstärkte die NSDAP-Auslandsorganisation ihre Tätigkeit unter den noch immer zahlreichen deutschen Siedlern in den baltischen Staaten, durch Handelsverträge sicherte sich die deutsche Bourgeoisie bis zu 70% des baltischen Lebensmittel- und Industrieeports zu Sicherung ihrer Kriegsvorbereitung und -führung. Diese Lieferungen wurden nach Kriegsbeginn 1939 verstärkt. Die seit 1918 in der Illegalität arbeitenden kommunistischen und sozialistischen Organisationen in den baltischen Staaten konnten ihren politischen Kampf gegen die einheimische Reaktion und vor allem gegen die deutschen Kolonisatoren verstärken.

Nach Kriegsbeginn sahen sich selbst die reaktionären Regierungen der baltischen Staaten gezwungen, Beistandspakte mit der Sowjetunion abzuschließen, die der UdSSR die Errichtung von Militärstützpunkten an der Ostseeküste erlaubten. Die baltischen Staaten versuchten dennoch, mit der deutschen Reichsbourgeoisie zusammenzuarbeiten und gingen Anfang 1940 zu gemeinsamen militärischen Absprachen über. Angesichts der Vorbereitungen der deutschen Imperialisten, die UdSSR anzugreifen, und der Vertragsbrüche der baltischen Regierungen verstärkte die sowjetische Regierung die Besetzung ihrer Stützpunkte in den baltischen Staaten, einzelne Regierungsmitglieder der baltischen Staaten setzten sich ins Ausland ab. Unter dem Schutz der sowjetischen Truppen forderten große Demonstrationen in allen baltischen Staaten den Rücktritt der Regierungen und die Freilassung der politischen Gefangenen. Am 14. und 15. Juli 1940 fanden in Lettland, Estland und Litauen Parlamentswahlen statt. Die Regierungen, die aus diesen Wahlen hervorgingen, stellten Anfang August Anträge auf Aufnahme in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, seither gehören die baltischen Staaten zur Sowjetunion, ausgestattet mit den Rechten, die jede Republik der UdSSR hat.

Quellenhinweis: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C42 v. 14. Februar 1983; W.I. Lenin, Werke Bd. 30, Berlin 1972; G. v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart, Köln, Mainz, Berlin 1970

Aktionen gegen NPD-Landesparteitag NRW

Bochum. Unter der Losung „Deutschland den Deutschen“ will die NPD am 12. Mai in Bochum ihren nordrhein-westfälischen Landesparteitag abhalten. Die Stadt Bochum hat ihr die Stadthalle anstandslos zur Verfügung gestellt. Dagegen rufen die Organisationen der „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ zu Gegenaktionen auf. Für den 11. Mai abends ruft die Aktionseinheit zu einer Demonstration auf. Am 12. Mai ist morgens Treffpunkt vor der Stadthalle. Der DGB hat bisher noch nicht seine Unterstützung für diese Aktionen erklärt, worauf viele Gewerkschafter drängen.

Wirksamer Kündigungsschutz verlangt

Göttingen. Die Vertreterversammlung der IG Metall verabschiedete Anträge für den 14. Gewerkschaftstag der IG Metall (9. bis 15. Oktober 1983). Gesetzliche Änderungen werden verlangt, so daß jede Kündigung der vorherigen Zustimmung des Betriebsrates bedarf und bei Nichtzustimmung nur vom Arbeitsgericht

Düsseldorf. Am 23.4. fand in Düsseldorf eine Kundgebung der Gewerkschaft Druck und Papier gegen die Entlassung des zweiten Betriebsratsvorsitzenden der „Rheinischen Post“ Klaus Dohne statt. Vor den etwa 300 Teilnehmern, die sich zu der Kundgebung versammelt hatten, wies das Hauptvorstandsmitglied Hensche darauf hin, daß diese Entlassung ein Vorstoß der RP-Verleger sei, die Arbeiterrechte im Betrieb noch weiter abzubauen, und deshalb ein Angriff auf alle Arbeiter sei, der auch gemeinsam zurückgeschlagen werden müsse.

ersetzt werden kann. Bis zur Entscheidung ist der Arbeiter weiterzubeschäftigen. Die gesetzliche Verankerung der 40-Stunden-Woche und der 5-Tage-Woche wird verlangt. Wechselschichtarbeiter sollen eine zusätzliche tägliche bezahlte Pause von einer halben Stunde bekommen. Beträgt die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk mehr als 2,5%, ist Mehrarbeit aus wirtschaftlichen Gründen nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes zulässig. Dieses hat zu prüfen, ob Zuweisung geeigneter Arbeitskräfte möglich ist.



Nach vier Wochen beendeten 5000 Arbeiter im Automobilwerk Cowley des Konzerns British Leyland am 26. April ihren Streik gegen die Streichung der Waschzeiten. Mit etwa vier zu eins stimmten sie einem Schlichtungsvorschlag der Kapitalisten zu, nach dem die Gewerkschaften und Kapitalisten bis zum 27. Mai aushandeln sollen, welche „Produktivitätsverbesserungen“ nötig sind, um eine Erhöhung der wöchentlichen Bonuszahlung von 18,75 Pfund auf 30 Pfund zu rechtfertigen. Diese Erhöhung liefe auf etwa 180 DM mehr im Monat hinaus. Die Einführung dieser neuen Bonuszahlung war aber ohnehin geplant. Die Kapitalisten wollen auf jeden Fall darauf bestehen, daß die je drei Minuten Waschzeit vor der Hauptpause und vor dem Arbeitsende wegfallen. Sollten sich die beiden Seiten bei den Verhandlungen nicht einigen, tritt das Abkommen außer Kraft. Die Vertrauensleute traten auf der Betriebsversammlung gegen diesen Vorschlag auf. Daß er angenommen wurde, lag an der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nach vier Wochen Streik.



ÖTV gegen Zwangsverpflichtung

Westberlin. Am 12. April hat der Westberliner CDU-Senat die Arbeitsverpflichtung von zunächst 4000 Sozialhilfeempfängern beschlossen. In Westberlin liegt die Zahl der Sozialhilfeempfänger bei 79 auf 1000 Einwohner (im Vergleich: Baden-Württemberg: 23). Der ÖTV-Vorsitzende Hackbarth hat diesen Beschluß angegriffen: „Erst werden öffentliche Arbeitsplätze abgebaut und die Arbeitslosigkeit verschlimmert, dann werden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern, und schließlich werden diese zur Arbeit im öffentlichen Dienst verpflichtet.“ Und der ÖTV-Dialog schreibt dazu: „Zu dem Plan, Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu verpflichten, drängen sich Gedanken auf an eine Zeit, als schon einmal versucht wurde, durch einen Reichsarbeitsdienst die Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen und Arbeitslose zu disziplinieren.“

Bürgerversammlung gegen KKW-Wyhl

Freiburg. Am 24.4. fand in Freiburg die erste Bürgerversammlung statt zum geplanten Kernkraftwerksbau in Wyhl, nachdem eine Initiative die nach der Gemeindeordnung erforderlichen Unterschriften gesammelt hatte. Der Freiburger Gemeinderat war bisher zweimal mit Anträgen der Fraktion der GRÜNEN und der Bunten Liste gegen das Kernkraftwerk befaßt, die jedesmal abgelehnt wurden. Jetzt muß sich der Gemeinderat mit den Ergebnissen der Bürgerversammlung befassen. Dort wurde von 3000 Anwesenden nahezu einstimmig von

der Stadt verlangt: Stellungnahme gegen den Kernkraftwerksbau, Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel dagegen, Forderung an die Landesregierung, auf den Bau des Kernkraftwerks zu verzichten, Beteiligung der Stadt an den entstandenen und noch zu erwartenden Prozeßkosten, Verweigerung jeglicher Amtshilfe im Falle eines Polizeieinsatzes durch die Landesregierung, z.B. keine Bereitstellung von Unterkünften. In der Zeit vor der Versammlung hatte der ehemalige Finanzstaatssekretär und jetzige Oberbürgermeister Böhme (SPD) die Landesregierung aufgefordert, einen Vertreter zu schicken. Der anwesende Regierungspräsident Nothelfer konnte dann nur nach Drohung mit dem Abbruch der Versammlung reden.

Keine Verschlechterung für Schwerbehinderte

Essen. In einem Brief an Arbeitsminister Blüm haben sich die Schwerbehinderten-Vertrauensleute aus NRW gegen von der Bundesregierung geplante Verschlechterungen des Schwerbehindertengesetzes ausgesprochen. Zwei Drittel der Behinderten sollen dadurch „aus dem Schutzbereich des Gesetzes herausfallen“, heißt es in dem Brief. Dies „deckt sich mit den Interessen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“. Die Kapitalisten drängen vor allem auf Abschaffung des besonderen Kündigungsschutzes und des Zusatzurlaubs für Schwerbehinderte. Demgegenüber dürfe nicht gestattet werden, „die Opfer der Produktionsverhältnisse wie Schrott auszusondern“.

Heftiger Kampf gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und Intensivierung

Hannover/Walsrode. Einer der führenden Kommunalfahrzeughersteller Europas ist laut Bekundung der Geschäftsleitung das Unternehmen Schörling. In drei Werken, die im Besitz von vier Gesellschaftern sind, werden von etwa 600 Beschäftigten Straßenverkehrsfahrzeuge, Müllwagen u.a. gebaut. Seit Herbst letzten Jahres organisiert die Geschäftsleitung einen Frontalangriff auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten.

Im Werk Dettingen/Stuttgart sind inzwischen 23 Beschäftigte gekündigt, wie lange die verbleibende Reparaturabteilung noch besteht, ist ungewiß. Im Werk Häuslingen bei Walsrode sollen 25 von etwa 140 entlassen werden, die Schließung des Werks sei bereits „durchgerechnet“. Die Tarifloohnerhöhung soll auf die betrieblichen Lohnzulagen angerechnet werden. Seit Inbetriebnahme einer modernen Montagehalle im Hauptwerk Hannover ist durch Veränderung der Arbeitsorganisation die Leistungsabforderung schleichend erhöht worden, im Werk Häuslingen werden seit mehreren Monaten Arbeitsablaufstudien gemacht, bisheriges Ergebnis: z.B. beim Bodenblech-Schneiden noch 41% Zeit„ersparnis“ drin, bei Ladekantenprofilen 52% usw.

Bereits im letzten Jahr, als die Absichten der Geschäftsleitung ruchbar wurden, weigerten sich die Betriebsräte, Überstunden zuzustimmen. Im Werk Häuslingen wurde so die Übernahme der Auszubildenden durchgesetzt. Im Januar wandten sich hier 82 Beschäftigte in einer Unterschriftensammlung gegen die Entlassungsabsichten und die angekündigte Streichung der Schörlingzulage. Als im März die Betriebsversammlung im Werk Häuslingen stattfand, griffen Betriebsrat und Vertrauensleute die Pläne der Geschäftsleitung scharf an: Nicht die Auftragslage sei die eigentliche Ursache, sondern das Unternehmen soll umstrukturiert werden, um die Zinseinnahmen der Banken und die Privatentnahme der Gesellschafter zu erhöhen. Dauerten Betriebsversammlungen vorher um die zwei Stunden, so mußte diesmal aufgrund der vielen Redebeiträge zum Feierabend abgebrochen und am nächsten Tag fortgesetzt werden.

Am nächsten Tag faßte eine gemeinsame Vertrauensleutekonferenz der Werke Hannover und Häuslingen eine Entschliebung gegen die Absichten der

Geschäftsleitung: „Keine Entlassungen, keine Lohnkürzung, keine erhöhte Leistungsabforderung“ sind die Kernpunkte. Die Konferenz stellte fest: „Nicht nur, daß Lohnsenkung, Steigerung des Arbeitstempos, Verlängerung der Arbeitszeit oder Schichtarbeit unerträglich für die Beschäftigten sind, gleichzeitig werden gerade dadurch die Bedingungen geschaffen, daß noch mehr Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt werden können.“ Die Beschäftigten wurden aufgerufen, „die geeigneten Schritte zu ergreifen, um die geplanten Maßnahmen ... zu Fall zu bringen“.

Die Entschliebung wurde am 22.4. vor Arbeitsbeginn vor den Werken Hannover und Häuslingen verteilt. Am selben Tag fanden im Werk Hannover Verhandlungen über einen Interessen-



Am 22.4. wurde vor Arbeitsbeginn die Entschliebung der Vertrauensleutekonferenz vor den Werkstoren in Hannover und Häuslingen verteilt

ausgleich für das Werk Häuslingen statt. Die Verhandlungen mußten unterbrochen werden, als über 100 Beschäftigte vor dem Betriebsratsbüro standen und sich informieren wollten, was es mit der am Vortag von der Geschäftsleitung bekanntgegebenen Anrechnung der Tarifierhöhung auf sich habe. Über 1000 DM Kürzung aufs Jahr gesehen würde das bei vielen bedeuten. Die Geschäftsleitung weigerte sich, den Versammelten Auskunft zu geben. Durch Unterschriftensammlung wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung auf Freitag der folgenden Woche einberufen. Auf dieser Versammlung wurde die Geschäftsleitung dann aufgefordert, statt 700000 DM an Zulagen zu kürzen, doch die private Nutzung der firmeneigenen

„Mercedes-Flotte“ für leitende Angestellte einzuschränken, die Provisionen für leitende Angestellte zu streichen, die Privatentnahme an die Gesellschafter sollte nicht ausgezahlt werden und vieles mehr – „Kosteneinsparung“ von 2,3 Mio. DM würde das ergeben.

Am Vortag waren die laufenden Verhandlungen gescheitert, die Geschäftsleitung war nicht bereit, den Vorschlag des Betriebsrats, zunächst Kurzarbeit im Werk Häuslingen einzuführen, zu diskutieren. Die tarifliche Schlichtungsstelle wurde jetzt dazu angerufen, ebenfalls die Einigungsstelle für den Interessenausgleich.

Am nächsten Morgen verteilten die Vertrauensleute vor den Werkstoren in Häuslingen ein Flugblatt darüber. Die ersten Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben und der ÖTV-Ortsverwaltung Walsrode konnten darin abgedruckt werden. Über 50 Beschäftigte meldeten sich kurz nach Arbeitsbeginn bei ihren Vorgesetzten ab, um beim Betriebsrat genaueres zu erfahren. Eine Stunde lang dauerten die Fragen, eine außerordentliche Betriebsversammlung wurde beantragt. Die Betriebsleitung will diese Zeit nicht bezahlen. In einem Aushang machte der Betriebsrat deutlich, daß das eine Behinderung seiner Arbeit und Beschneidung der Rechte der Beschäftigten sei. Die Betriebsleitung wurde zur Rücknahme aufgefordert.

Opel Neueinstellungen mit Zeitverträgen

Bochum. Mitte März teilte Opel-Vorstandsmitglied Gáb auf einer Pressekonferenz mit, die Adam Opel AG wolle in den beiden westdeutschen Werken in Rüsselsheim und Bochum insgesamt 1000 Arbeiter neu einstellen. Wurden diese Neueinstellungen mit einer 20%igen Steigerung des Auftragsengagements in den ersten drei Monaten von 1983 begründet, so ist mittlerweile deutlich, wie sich der „Aufschwung“ bei Opel für die Lohnabhängigen gestalten soll. Ein Großteil der Neueinstellungen, ausschließlich Bandarbeiter von meist zwischen 20 und 30 Jahren, wird überhaupt nur auf Grundlage von dreimonatigen Zeitverträgen eingestellt. Im Werk Bochum wurden aus rund 3000 Bewerbungen ca. 170 mit festen Verträgen ausgesiebt, 360 aber mit Zeitverträgen.

Dies paßt zu den erklärten Absichten der Opel AG. In der Werkszeitung „Opel Post“ Nr. 3/83 fühlte sich der Vorstand gemüßigt, selbst darauf hinzuweisen, daß der „Gürtel enger geschnallt“ bleiben müsse, um die „Ertragskraft“ zu „verbessern“. Zu die-

sem Zweck gab der Opel-Vorstand ein Investitionsprogramm von insgesamt 1,25 Mrd. DM bis 1988 bekannt, mit dem in bisher ungekanntem Umfang die Produktion rationalisiert werden soll, durchgeführt vor allem mit dem Ziel der „Steigerung der Flexibilität“.

Zwar ist die Automobilproduktion schon jetzt hoch automatisiert. Doch ist diese Automatisierung weitgehend als „Ein-Zweck-Mechanisierung“ vorangetrieben worden. D.h. daß für jedes neue Automodell, für jede Änderung neue spezifische Fertigungsanlagen installiert werden müssen.

Dies soll sich ändern. Grundlage dafür ist die Weiterentwicklung der computergestützten Informationstechnologie. Der gesamte Produktionsbereich soll von Betriebsdaten-Erfassungssystemen, Materialzuflußsystemen, Wertstück-Verfolgungssystemen usw.

überwacht und gesteuert werden. Des weiteren sollen allein im Werk Bochum 150 Industrieroboter zum Einsatz kommen, die gegenüber den bereits eingesetzten Robotern erheblich verbessert sind und auf verschiedene Arbeitsgänge programmiert werden können.

Für die Beschäftigten wird daraus nicht nur eine bis zum letzten Handgriff gehende Überwachung der Arbeit folgen. Vielmehr ist absehbar, daß die Arbeit erheblich intensiviert wird, u.a. durch die Ausdehnung akkordähnlicher Lohnsysteme. Gleichzeitig wird schon jetzt zunehmend die „Flexibilität“ der Beschäftigten gesteigert, indem Umsetzungen genauso zunehmen wie der Wechsel von Kurzarbeit und Überstunden bzw. Sonderschichten. Durch die Zeitverträge im Bandbereich soll dies weiter vervollkommen werden.

stung von Versicherten und Arbeitgebern mittlerweile an eine Grenze gestoßen sei. Nach Schätzung seiner Experten liege die Unwirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zwischen 20 und 40 Prozent. „Werden die Kosten von einem anonymen Versicherer, der Kasse, bezahlt, entfällt für Patient und Arzt, aber auch für alle anderen, die Gesundheitsleistungen anbieten, der Anreiz, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, insbesondere dann, wenn weder der Patient noch der Arzt wissen, wie teuer die Leistungen im Einzelfall sind“, so Schlee.

Folgende Leistungsbereiche sollen ausgeforscht werden: die ambulante ärztliche Behandlung, die Arzneimittelversorgung, die Arbeitsunfähigkeitsfälle, die Krankenhauspflege. Neben dem Globalziel der Wirtschaftlichkeit nennt Schlee einige Teilziele der Überprüfung, u.a.: Feststellung unwirtschaftlicher Doppelbehandlungen, unwirtschaftlicher Einweisung ins Krankenhaus und Fehlbelegung des Krankenhauses, Entwicklung von kostengünstigen und leistungsfähigen Transparenzverfahren, die auch auf andere Kassen – landesweit – übertragen werden können, Gewinnung von Erkenntnissen für die Einleitung gesetzlicher Änderungen im Leistungsrecht der RVO – und: Beeinflussung des Verhaltens durch Unterrichtung über die im Einzelfall verursachten Kosten in geeigneten Fällen.

Jährlich werden ca. 3,6 Millionen Belege ausgewertet. Schlee betonte, daß das Transparenzprojekt ohne jede Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften durchgeführt werden wird. Offensichtlich bezieht er sich damit auf ein Datenschutzgesetz, wie es die Reaktion anstrebt. So brachte die CDU-Fraktion im Sozialausschuß einen Antrag ein, die Landesregierung möge alsbald die offensichtlich im Landesdatenschutzgesetz vorhandene Lücke im Bereich der medizinischen Forschung schließen, sprich Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte für wissenschaftliche Zwecke. Daraufhin wurde die Erarbeitung einer zweiten Novellierung des Datenschutzgesetzes in Auftrag gegeben.

Obwohl die Änderung des Datenschutzgesetzes für den medizinischen Bereich noch zur Beratung ansteht, sollen bereits jetzt Daten aus dem Gesundheitswesen in einer Weise und in einem Umfang erfaßt werden, wie es bisher auch nicht ansatzweise möglich war: welcher Patient mit welcher Erkrankung bekam welche Medikamente; welche Untersuchungen wurden durchgeführt, welche Diät angeordnet; Dauer der Krankmeldung bzw. des Krankenhausaufenthaltes usw. In dieser Datei wird nicht davon ausgegangen werden, daß ein Patient, der am Blinddarm operiert werden mußte,

Gesundheitswesen

Abbau von Gesundheitsleistungen durch „Kostentransparenz“ angestrebt

Heilbronn. Die baden-württembergische Landesregierung will mit einem Modellversuch in Heilbronn und Emmendingen mehr „Kostentransparenz“ im Gesundheitswesen schaffen. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre anberaumt und kann sich auf den durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz von 1977 geschaffenen „Transparenzparagrafen“ § 223 RVO (Reichsversicherungsordnung) stützen. Danach soll nach Darlegung von Gutachtern davon abgesehen werden, allgemein und global über das Leistungs- und Kostengverhalten der Krankenkassen zu informieren. Hingegen soll mit Hilfe der EDV darüber unterrichtet und nachge-

forscht werden, wie „geeignete Fälle“ identifiziert und überprüft werden können (Dtsch. Ärzteblatt, 19.11.82).

Durch die Auswertung personenbezogener Daten von Krankenkassen und Ärzten will die Landesregierung neue Möglichkeiten zur Kostendämpfung erschließen. An dem Modellversuch sind nach Angaben von Sozialminister Schlee die AOK, Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die vier kassenärztlichen Vereinigungen des Landes, der Landesapothekenverein und die baden-württembergische Krankenhausgesellschaft beteiligt.

Schlee begründet die intensive Überprüfung damit, daß die Kostenbela-



Aktion von Beschäftigten im Gesundheitswesen gegen Kostendämpfung und Personalabbau, hier Bielefeld-Rosenhöhe

auch noch Kreislaufstörungen haben kann. Ein zusätzliches Medikament und zwei Tage länger krankgeschrieben – Patient wie Arzt werden den Auswertern unangenehm auffallen.

Ganz abgesehen davon, ob und wie weit bei der ganzen Angelegenheit die ärztliche Schweigepflicht beeinträchtigt werden wird, auf Verschlechterung und Normierung der Gesundheitsversorgung wird das Projekt auf jeden Fall hinauslaufen. Die rationellste und billigste Behandlung und Pflege wird als Richtwert gesetzt, nicht aber die individuellen Bedürfnisse der Patienten.

Bisher gibt es nur recht vorsichtige Äußerungen zu dem Modellprojekt: Der DGB drückte seine „Besorgnis“ darüber aus, daß bei der Kostentransparenz „hauptsächlich an die Möglichkeit einer Selbstbeteiligung der erkrankten Arbeitnehmer“ gedacht werde. Die „Unabhängige Liste Demokratischer Ärzte im Kammerbezirk Nordbaden“ befürchtet „wissenschaftliche Legitimation zum Abbau von Sozialleistungen“ und fordert daher u.a. eine Unterrichtung der Bevölkerung über Sinn, Zweck und praktische Durchführung der Untersuchung.

Niedersachsen

Regierung will zwangsweise Teilzeitarbeit

Braunschweig. Die niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, zum 1.8.83 223 Lehrer einzustellen, die bereit sind, als Beamte „im Rahmen von freiwilliger Teilzeitarbeit“ $\frac{3}{4}$ der Regelstundenzahl zu erteilen bei 75% der Bezüge. Damit soll sich die Zahl der Einstellenden um 58 erhöhen; ein „Beitrag der Regierung“ gegen die Lehrerarbeitslosigkeit, der auch in Regierungskreisen nicht ganz unumstritten ist: „Das Beamtenrecht geht von einem vollen Einsatz der Arbeitskraft des Beamten aus. Mit diesem ... Berufsbild und dem damit verbundenen Alimentationsprinzip ist nach vorherrschender Auffassung ein von vornherein nur auf eine Teilleistung gerichtetes Beamtenverhältnis nicht zu vereinbaren“ (S. 37), so in einer Broschüre des Kultusministerium über die „Einstellungschancen von Lehrern“. Der Protest der GEW, mit Verweis darauf, daß diese Regelung einer verwaltungsrechtlichen Prüfung vermutlich nicht standhält, wird von Regierungsseite vorweggenommen. Es fragt sich, was wird wirklich bezweckt?

Einen Aufschluß darüber geben die Ausführungen in der o.g. Broschüre. Eingehend wird dort die Maßnahme „Senkung der Regelstundenzahl mit entsprechendem Gehaltsabschlag“ geprüft. Finanziell würde das 1983 eine

Einsparung von 129659000 DM ermöglichen, verbunden mit dem Versprechen auf 2673 neue Stellen. Erforderlich ist eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes, und zwar Zulässigkeit von zwangsweiser Teilzeitarbeit oder Senkung der Beamtenarbeitszeit bei neuen Besoldungstabellen. Eine solche „grundlegende Änderung“



Aktion der GEW vor dem Arbeitsamt Braunschweig 1981.

könnte „nicht auf Lehrer beschränkt werden“ und macht eine „Abstimmung mit dem Tarifbereich“ erforderlich, „da gleiche Arbeitsbedingungen kaum unterschiedlichen Rechtsformen zugeordnet werden können“ (S. 22/23).

Das Kultusministerium legt der Regierung somit einen Plan vor, wie über Änderung des Beamtenrechts der Einstieg in die *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich* möglich scheint – und zwar für den gesamten öffentlichen Dienst! Wenn das keine Leistung ist, die Ausstrahlung auf das gesamte Tariffgefüge verspricht! Es wird höchste Zeit, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die gesamte Tragweite dieser Regierungspläne erkennen.

Sanitärhandwerk Erfolgreiche Urabstimmung

Hamburg. Bereits am 21. März hatte die Tariffkommission der IG Metall für den Bereich des Sanitärhandwerks Hamburg die Verhandlungen über den Akkord- und Manteltarifvertrag für gescheitert erklärt. Gleichzeitig wurde beim Vorstand der IG Metall die Urabstimmung für diesen Bereich beantragt. Die Handwerkskapitalisten im Sanitärbereich wollen im neuen Akkordtarifvertrag Kürzungen von weit mehr als 20% durchsetzen. Im neuen Manteltarifvertrag wollen sie die

Durchschnittsberechnung für Urlaub, Krankheit und Feiertage verschlechtern, um die angeblich „überhöhten Durchschnittslöhne“ nicht mehr zahlen zu müssen. Verhandlungen über einen Kündigungsschutz und eine Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer werden von den Handwerkskapitalisten abgelehnt. Sie behaupten: „Alte und verdiente Gesellen werden bei uns nicht gefeuert und können nach wie vor ihr Geld verdienen.“ Die zunehmenden Kündigungsschutzklagen beweisen aber, daß das Gegenteil der Fall ist.

In den Verhandlungen über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen fordert die IG Metall eine Erhöhung von 6,5%. In der ersten Verhandlung am 24. Februar boten die Kapitalistenvertreter 2%, bei der zweiten Verhandlung am 17. März 3%. Am 31. März endete die Friedenspflicht. In der dritten Verhandlung wollten sie dann 3,25% Lohn- und Gehaltserhöhung und 12 DM bis 20 DM Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zahlen. Am 6. April erklärte die Tariffkommission der IG Metall die Verhandlungen für gescheitert und beantragte beim Vorstand die Einbeziehung dieses Tarifbereichs in die Urabstimmung am 20., 21. und 22. April. Dieser Antrag wurde genehmigt, und die Urabstimmung wurde erfolgreich durchgeführt. 98,4% der abstimmungsberechtigten Mitglieder – bei einer Beteiligung von 94,9% – erklärten ihre Streikbereitschaft.

Die Handwerkskapitalisten hatten keine Kosten gescheut. In Großanzeigen hatte die Innung für Sanitärtechnik Hamburg der IG Metall Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. „Die Arbeitgeber unterstützen mit ihren marktgerechten Bemühungen den wirtschaftlichen Aufschwung, um auch die Ankurbelung der Bauwirtschaft wieder zu erreichen ... Baukostensenkungen können nur erreicht werden durch einen *zeitgemäßen* Akkordtarifvertrag ... Seit 20 Jahren ging die technische Entwicklung an den Arbeitszeitwerten für das Gewerk Sanitär spurlos vorüber. Die IG Metall war nicht bereit, dieser Entwicklung abschließend Rechnung zu tragen ... Dadurch wurden Einkommen von mehr als 70000 DM erzielt ... Diese Entwicklung gefährdet die Arbeitsplätze dieser Branche ...“

Während der Urabstimmung ließen die Kapitalisten der Sanitärinnung Flugblätter verbreiten, in denen streikende Kollegen kriminalisiert wurden. Vorab wurden diese bezichtigt, Nötigung, Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu begehen. In den Betrieben wurde damit allerdings das Gegenteil erreicht, was das Urabstimmungsergebnis belegt.

Rationalisierungsanstrengungen der westdeutschen Stahlkapitalisten

Der folgende Artikel wurde von einem Mitglied der KPD für die Politischen Berichte geschrieben.

Die Stahlkapitalisten sehen das Problem so: „Die Höhe der Arbeitskosten je Tonne Erzeugung ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie ... Unter Arbeitskosten wird hier verstanden: Direktlohn, Gehälter und deren Zusatzkosten. Die Arbeitskosten nahmen 1980 beim Stahl mit annähernd 30% der Gesamtkosten die erste Stelle ein.“ (Stahl und Eisen 19/82) Dementsprechend versuchen die Stahlkapitalisten mit den verschiedensten Methoden die „Arbeitskosten“ zu senken. Angriffspunkte der vergangenen Jahre und der zukünftigen Klassenauseinandersetzungen sind:

– Die „Lohnzusatzkosten“ – dies „sind die von den Unternehmern zu tragenden Aufwendungen für die Bezahlung von Ausfallzeiten, wie Urlaub und Krankheit, Sonderzahlung, Gratifikation u.ä., die soziale Sicherheit der Beschäftigten, die Berufsausbildung und sonstige betriebliche Sozialleistungen, wie Zuschüsse für Belegschaftswohnungen, Naturalleistungen, werksärztlicher Dienst u.a.“ Hier geht der Angriff gegen den erkämpften Standard der Reproduktion innerbetrieblich in Richtung Streichung und Kürzung von Betriebsvereinbarungen – so „sparten“ die Hoesch-Kapitalisten durch die Kündigung zweier Betriebsvereinbarungen über Altersruhegeld und sonstige Leistungen über 50 Mio. DM in den letzten beiden Jahren.

Außerbetrieblich haben sie ihre Forderung an die neue Regierung ebenfalls klar ausgesprochen: „Die Lohnzusatzkosten machen heute über 80% des Direktlohns aus ... 1965 waren es noch rund 45%. Maßgebend für diesen Anstieg sind vor allem die Beiträge, die der Arbeitgeber für soziale Sicherheit, bezahlte Freistellung und Sonderzahlungen aufzubringen hat.“ Deshalb forderte Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in „Stahl und Eisen 22/82“: „Die Reform des Sozialstaates sollte fünf einfache Grundsätze beachten: 1. Beachtung der wirklich sozialen Bedürftigkeit; 2. Marktähnliche Steuerung bei staatlichen Dienstleistungen; 3. Zeitabhängig gestaffelte Lohnersatzleistungen; 4. Begrenzung der Lohnersatzleistungen; 5. Förderung der Person anstelle der Subvention von Sachen und Objekten.“

Eine zweite Ebene ist die der Verbesserung der Produktivität – darunter wird die Walzstahlerzeugung je geleisteter Arbeitsstunde verstanden. Während die Stahlkapitalisten darüber jammern, „von 360 Tagen im Jahr arbeitet in Japan der Schichtarbeiter an 250 Tagen, sein Kollege in Deutschland nur an 190 Tagen“ zeigt eine von ihnen selbst errechnete Tabelle, daß die durch die innerbetriebliche Rationalisierung erreichte Produktivitätssteigerung z.B. im Jahre 1979 dazu geführt hat, daß die Produktivität in der westdeutschen Stahlindustrie nur wenige Punkte hinter der in Japan zurücklag. Nimmt man die auf eigenen Berechnungen beruhende differenzierte Darstellung der Entwicklung der pro Arbeiter erzeugten Menge Roheisen, Rohstahl bzw. Walzstahlfertigerzeugnisse von 1955 bis 1981 dazu, wird deutlich, welchen „Fortschritt“ die

Jahresproduktion in Tonnen je Arbeiter* in der BRD

Jahr	Roheisen	Rohstahl	Walzstahl
1955	1864,5	1101,5	317,1
1960	1662,3	1109,2	348,6
1965	2063,9	1334,5	395,1
1970	2028,4	1529,4	465,3
1974	2639,5	1808,8	582,9
1975	2075,1	1465,9	466,1
1976	2177,1	1584,6	490,6
1977	2119,9	1534,1	496,8
1978	2382,9	1679,6	538,9
1979	2682,5	1890,6	575,0
1980	2670,1	1926,1	581,4
1981	2634,2	1950,6	611,2

* Die Angaben beziehen sich in Spalte 2 auf Arbeiter an den Hochöfen, in Spalte 3 auf Arbeiter in Stahlwerken, in Spalte 4 auf Arbeiter in der walzstahlproduzierenden Industrie

verstärkten Rationalisierungen der letzten Jahre für die Konkurrenzsituation des westdeutschen Kapitals bedeuteten. Dies führte natürlich zu einem enormen Abbau von Arbeitsplätzen, zu einer enormen Verdichtung der Arbeitsleistung an den verbliebenen Arbeitsplätzen.

Während z.B. vor drei oder vier Jahren immer die Rede davon war, daß Hoesch kurz vor dem Bankrott stehe, weist derselbe Konzern im Jahresabschluß 1982 einen zweistelligen Milliongengewinn aus. Grund dafür ist der enorme Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren. So wurden von 1979 bis heute allein bei den Hüttenwerken von

Hoesch über 8000 Arbeitsplätze vernichtet – das ist ein Drittel der ursprünglichen Zahl. Parallel dazu stieg die Produktivität enorm an: von ca. 0,14 Tonnen Walzstahlfertigerzeugnissen auf über 0,18 Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse jeweils pro Arbeitsstunde. Damit gewann Hoesch verlorenen Boden im Kampf gegen die anderen Konzerne zurück. „Bezahlen“ müssen es die Arbeiter an den Hochöfen und in den Stahl- und Walzwerken mit erhöhter Arbeitsleistung, mit weiterer Intensivierung der Arbeit. Natürlich versuchen die anderen Stahlkonzerne dem zu folgen, mit der Konsequenz, die Schweißauspressung auch dort zu erhöhen.

Eine neue zusätzliche Entwicklung ist in den letzten Monaten in Gang gekommen: die verstärkte Einführung von Prämienbestandteilen in das Lohnsystem parallel mit der Einführung von sogenannter Gruppenarbeit. Zwar gab es auch schon bis zum Jahre 1982 eine Betriebsvereinbarung über eine sog. Produktivitätsprämie. Sie war allerdings für die Kapitalisten im Laufe der Zeit aus zwei Gründen uninteressant geworden:

1. Sie wurde in einem gleichen Betrag an alle Arbeiter und Angestellte gezahlt.

2. Sie beruhte auf Berechnungen von sehr groben Kennziffern wie z.B. Gesamttonnennzahlen an Roheisen bzw. Rohstahl und ermöglichte keine auf einzelne Aggregate bzw. Erzeugnisse zugeschnittene Anreizprämie zur erhöhten Leistungsverausgabung.

Die seit September 1982 gültige neue Betriebsvereinbarung über die „Einführung von Leistungsprämien für Lohnempfänger“ ermöglicht aber in Zukunft: „I. Die Einführung von Bereichsprämien ... die Prämien ergeben sich aus dem Verhältnis Ist-Arbeitsproduktivität : Soll-Arbeitsproduktivität = Bereichsarbeitsproduktivität ... II. Qualitäts- und mengenbezogene Prämien ... soweit andere meßbare Bezugsgrößen – u.a. Mengen- und Qualitätsmerkmale – zum Aufbau von leistungsbezogenen Prämien herangezogen werden können, besteht die Möglichkeit, direkte Prämien anstelle der Bereichsprämien zu vereinbaren.“

Ziel der Hoesch-Kapitalisten war es, die Leistungsauspressung zu erhöhen. Denn: „Besonders hohe Leistungssteigerungen lassen sich ... bei Umstellung von Zeit- auf Leistungsentgelte erzielen.“ Die bisherigen Erfahrungen werden in einer späteren Nummer der Politischen Berichte dargestellt werden.

Quellenhinweise: Verschiedene Jahrgänge Stahl und Eisen; Stählerne Faust, Betriebszeitung der KPD bei Hoesch; Geschäftsberichte der Hoesch Werke AG.

Stahlkapitalisten: weniger als bei Metall

Essen. Zum 31. März sind die Tarifverträge für die Stahlindustrie NRW und Bremen ausgelaufen. Ließen die Stahlkapitalisten von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie erneut unter dem Tarifiergebnis der metallverarbeitenden Industrie bleiben wollen, so liegt inzwischen ein erstes Angebot vor: 14monatige Laufzeit, Erhöhung der Löhne und Gehälter in den ersten zehn Monaten um 1,5%, dann für vier Monate um 2,8%. Für die Auszubildenden wurde gar nichts angeboten. Weitere Verhandlungen fanden am 4. Mai statt, nach Redaktionsschluß der „Politischen Berichte“.

Wer geglaubt hat, gerade die Niedrigkeit des 3,2%-Metallabschlusses erleichtere eine Übernahme für die Stahlindustrie, hat ganz falsch gelegen. Das Gegenteil ist der Fall. Umgerechnet auf zwölf Monate macht das Angebot der Stahlkapitalisten etwa 2% aus. Dies entspricht dem von Kapitalisten und Regierung angestrebten Abschluß im öffentlichen Dienst. Und genau auf diese Vergleichsmarke orientiert das „Handelsblatt“.

Mehrere tausend Stahlarbeiter haben in den letzten Tagen gegen diese Absicht gestreikt. Bei vielen ist der Lohn durch Kurzarbeit schon auf bis zu 60% des „normalen“ gedrückt. Nach Angaben der IG Metall liegt er trotz Erschweren- und Schichtzulagen im Schnitt nicht mehr höher als in der Metallindustrie. Die Tarifkommission der IG Metall hat entsprechend bekräftigt, daß der gleiche Ecklohn erhalten bleiben muß. Die Frage der Laufzeit spart ihre Erklärung allerdings aus.

Tarifabschlüsse

Metallindustrie		Stahlindustrie	
1.1.74	11,6%	1.12.73	11,0%
1.1.75	6,8%	16.10.74	9,0%
1.1.76	5,4%	1.11.75	5,0%
1.1.77	6,9%	1.11.76	6,0%
1.1.78	5,0%	1.11.77	4,0%
1.1.79	4,3%*	1.11.78	4,0%*
1.2.80	6,8%	1. 2.80	6,8%
1.2.81	4,9%	1. 2.81	4,3%
1.2.82	4,2%	1. 2.82	4,2%*
1.2.83	3,2%	1. 4.83	—

* Laufzeit länger als zwölf Monate; die Datumsangaben beziehen sich auf den Beginn der Laufzeit des Tarifvertrages. Beim Tarifabschluß Stahl 1982 kommt zu den 4,2% eine Vorweganhebung auf den Ecklohn Metall hinzu.

Medizinerkongreß Fortschritte mit vielen Beweggründen

München. Der „3. Medizinische Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges“ am 23./24. April in München hatte das Motto „Wir werden Euch nicht helfen können“. Die Begründung, daß nach einem Atomschlag auch die Ärzte tot sind, zeigt die Fixierung vieler Ärzte, die heute gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens kämpfen, auf die Atomwaffen. Der Titel des offiziellen Kongreßbuches „Krieg ist keine Krankheit“ läßt Kräfte in der Bewegung vermuten, die weitergehen.



3000 Teilnehmer beim Kongreß

Die offiziellen Kongreßbeiträge spiegeln die sehr vielfältigen Strömungen innerhalb der Ärzteinitiativen wider. Die konsequentesten Vertreter der absurden Idee, die Ärzte könnten am wirkungsvollsten gegen die Kriegsvorbereitungen kämpfen, wenn sie als „Ärztetekongreß“ oder „Ärzteinitiativen“ unter sich blieben, finden sich bei den Mitgliedern der IPPNW (Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkrieges). Ihr Sprecherrat hatte noch kurz vor dem Kongreß verlangt, keine kommunistisch gefärbten Beiträge zuzulassen, solange hier nicht für die Freiheit der Friedensbewegung in der DDR demonstriert werde. Immerhin erklärte ein Unterzeichner dieses chauvinistischen „Radikalerlasses“ auf dem Kongreß: „Katastrophenmedizin ist eine Maßnahme offensiver Kriegsvorbereitung. Von der nächsten Zukunft erwarte ich, daß man unter ständigem Hinweis auf die SS 20 ganz unverblümt Kriegsvorbereitungen von uns Ärzten erwartet.“ (Sroka)

In der Eröffnungsansprache stellte der ehemalige Chefarzt Prof. Bege- mann unter großem Beifall der 3000

Kongreßteilnehmer klar: „Die parteipolitische Orientierung des Einzelnen ist für uns gleichgültig.“ Angesichts neuer Dimensionen der Bedrohung gehe es „um die Verhinderung eines jeden Krieges“.

Die katholische Theologin Ranke-Heinemann: Das Christentum sei seit Jahrhunderten die Religion der Gewalttäter. Sie geißelte die schöne Pflicht des Helfens im Christentum angesichts einer christlichen Arbeitsteilung in Verwunden und Verbinden. Sie rief zur kompromißlosen Verweigerung der Katastrophenmedizin auf.

Eine Arbeitsgruppe des Medizinerkongresses beschäftigte sich mit „Alternativer Verteidigung“. Weil der Ausgangspunkt das imperialistische Feindbild ist, führt dies zu einer offenen Flanke im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen. Dies wird auch nicht dadurch beseitigt, daß, wie unter Beifall vertreten wurde, schließlich die „defensiven Waffen von der Bevölkerung gegen die eigene Regierung genutzt werden könnten und unter Umständen auch sollten“.

Wissenschaftlich sehr präzise und aktuelle Nachweise über die Finanzierung des Rüstungshaushalts aus den Sozialversicherungskassen und über die Finanzierung des NATO-Raketenprogramms u.a. über die Strompreise der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke bekräftigten den offensichtlichen Fortschritt des Kongresses gegenüber seinen Vorgängern. Die Entscheidung, die Kriegsvorbereitungen in der BRD zu bekämpfen, wurde gefestigt.

Es gab keine Koppelung an eine Abrüstung „in Ost“ mehr. Mit dem Schlußkommunique, in dem als nächste wichtigste Aufgabe die Verhinderung der Raketenstationierung genannt wurde, reihte sich der Kongreß in die Friedensbewegung ein. Setzen sich die genannten Fortschritte fort, ist das sicher eine Stärkung.

Asylrecht Asylgerichtsbarkeit entzogen

Hannover. Mehrfach wurde berichtet, daß türkische und kurdische Asylbewerber kaum Chancen haben, als Asylberechtigte anerkannt zu werden. In verschiedenen Urteilen wird dem NATO-Staat Türkei sogar das Recht zugesprochen, selbst mit dem Mittel der Folter „Recht und Ordnung“ herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts (VG) Stade war eine der wenigen Kammern, die kurdische Jeziden als Asylberechtigte anerkannt hatte. Jeziden sind ein Religionsstamm, der in

der Türkei einer scharfen Unterdrückung unterliegt und vom Zentralstaat verfolgt wird. Nachdem dieser Kammer erst im August 1982 diese Asylverfahren übertragen worden waren, sind sie ihr zum 1.4.83 wieder entzogen worden. Die Asylkammer hatte sich zur Frage der politischen und religiösen Verfolgung nicht ausschließlich auf die Auskünfte des Auswärtigen Amtes verlassen, sondern eigene Beweismittel herangezogen und war zu der Überzeugung gekommen, daß im Falle dieser religiösen Minderheit grundsätzlich eine Verfolgung anzunehmen sei. Alle jezidischen Asylbewerber wurden anerkannt.

Der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten hatte daraufhin regelmäßig Berufung eingelegt. Aufgrund des neuen Asylverfahrensgesetzes wird die Berufung jedoch beschränkt auf Rechtsfragen (inhaltliche Einwände gegen ein Urteil sind nicht mehr möglich). Gedacht als Möglichkeit der Verhinderung der Anerkennung von Asylbewerbern, kehrte sich diese Vorschrift diesmal ins Gegenteil um. Die 5. Kammer des VG Stade ließ in seinen Urteilen die Berufung nicht mehr zu. Die Urteile wurden rechtskräftig.

Insbesondere die Stadt Celle, in der ca. 1300 kurdische Jeziden untergebracht sind, wandte sich gegen diese Praxis des VG. Der Oberstadtdirektor Dr. von Witten beschwerte sich beim Präsidenten des VG und schaltete das Justizministerium ein. Dieses nahm daraufhin Einsicht in die Prozeßakten, obwohl die Gerichte als „unabhängige dritte Gewalt“ in diesem Staat eigentlich keiner behördlichen Überprüfung unterliegen. Aufgrund des Drucks des Justizministeriums änderte der Präsident des VG, der vor kurzem noch erwogen hatte, der Kammer den gesamten Bereich der Türkei zu übertragen, den Geschäftsverteilungsplan und entzog der 5. Kammer alle entsprechenden Asylverfahren. Die Kammer soll sich jetzt mit Straßen- und Wegerecht, Abfallbeseitigung u.ä.m. beschäftigen.

Hauptschule Bayern „Aufwertung“ und kein Ende

München. Seit Jahresbeginn hat die CSU mehrere staatliche Maßnahmen in Gang gesetzt, die ihrer pausenlos propagierten „Aufwertung“ der Hauptschule alle Ehre machen:

Seit dem 1.1. gilt das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG), das das dreigliedrige Schulwesen zementiert und wonach eben die Masse der Schüler nur für die Volksschule „begabt“ ist und die zu allererst zur „Übernahme von Aufgaben in der

Gesellschaft“ befähigen soll.

Während des ersten Quartals sind Übergangsregelungen hinsichtlich der Einführung der neuen Stundentafeln an Grund- und Hauptschulen „bereinigt“ worden, so daß durchweg gilt: „Die Verstärkung der praxisorientierten Lerninhalte“ geschieht über Einschränkungen in mehreren Unterrichtsfächern zugunsten der „intensiven Einübung“.

Im März hat die CSU die Ablehnung eines (zumindest freiwilligen) zehnten Hauptschuljahres bekräftigt. Warum sollte sie anders? Macht sie doch ernst mit ihrer Sorge um die Hauptschule, die ihren Absolventen in kurzer Zeit ein äußerst knappes Maß an schulischer Bildung und vor allem Disziplin zukommen lassen soll. Was einen Lohnarbeiter auszeichnet, lernt man so recht in jungen Jahren, nämlich „Arbeitsstugenden“ (Kultusminister Maier).

Warum noch ein Jahr länger in die Schule? Das „verzögert und erschwert nur die berufliche Orientierung und den Eintritt in das Berufsleben“ (Tandler). Und schließlich wird noch die vermeintliche mangelhafte Begabung bemüht, um die kürzerfristige Abrichtung zu rechtfertigen: Dem jungen Menschen muß die Gelegenheit gegeben werden, „seine Grenzen zu erkennen“ und ihm muß gesagt werden, „was er gut kann, was er noch kann, und was er eben nicht mehr kann“ (Strauß).

Neuerdings wurde für die Zuerkennung des qualifizierenden Hauptschulabschlusses die Notengrenze auf 3,0 heraufgesetzt. Wer darüber liegt, gehört in die „Spitzengruppe der Hauptschüler“ (MdL Meyer, CSU); das macht den Kapitalisten die Auswahl der angebotenen Arbeitskräfte noch leichter. Der Hauptschulabschluß kann „sein Ansehen in der Wirtschaft nur behalten, wenn mit dem Zeugnis tatsächlich herausgehobene Leistungen verbunden sind“ (Kultusministerium).

Am 1.8. soll die neue Volksschulordnung (VSO) in Kraft treten, die die Grundsätze des EUG ins schikanöse Detail einpaßt. Die meisten Paragraphen handeln von „Erziehungsmaßnahmen“, „Zeugnisregelungen“ und „Pflichtverletzungen“. Ganz nach Geschmack der CSU wird hier Schluß gemacht mit der „bequemen Unterforderung junger Menschen, die am Ende nur pädagogisches Zwergobst liefert“: Z.B. werden schriftliche Leistungsnachweise nicht mehr vorher angekündigt. Eine Schülerliste muß vor allem zum Zweck der Überwachung von Schulversäumnissen geführt werden. Bei Krankheit wird unverzüglich schriftliche Benachrichtigung von den Eltern verlangt. Dagegen genügt eine einfache Nachricht seitens der Kirchen, wenn sie „Rüst- und Einkehrtage“ mit den Schülern veranstalten wollen.

Westberlin Unterrichtsrichtlinien zum 17. Juni

Westberlin. Die CDU-Schulsenatorin Hanna Laurien hat an die Lehrer eine Broschüre zur Behandlung des 17. Juni im Unterricht verteilt. Diese Broschüre enthält außer einem Rundschreiben eine Literaturliste, die Rede des Westberliner Oberbürgermeisters im Bundestag 1982, eine Rede des jetzigen SPD-Fraktionsführers Vogel und einen mehr philosophischen Beitrag von Weichmann (SPD), ehemaliger Bürgermeister in Hamburg.

Die Literaturhinweise wie auch die Reden geben an, daß die CDU den 17. Juni nicht nur zur üblichen Hetzpropaganda gegenüber der DDR benutzen will. Vielmehr wird an einer positiven Begründung für die Schaffung eines großdeutschen Reiches und die Überwindung der bestehenden Grenzen gearbeitet. In dem Rundschreiben der Schulsenatorin heißt es: „Auf die Frage der deutschen Identität und nach der deutschen Nation und auf die Frage nach der Überwindung der deutschen Teilung gibt es noch keine abschließende Antwort. Dennoch stellen sich diese Fragen stets von neuem.“ Die abgedruckten Reden sind als Diskussionsbeiträge zu diesen Fragen zu verstehen.

Weizsäcker in seiner Rede: Da „Deutschland“ in der Mitte Europas liege, „bleiben wir umgeben von nahen und fernen Nachbarn und Mächten ... Die bisherigen Lehren unseres Jahrhunderts, also das Scheitern der Ausbruchversuche aus dem Einfluß der Mächte und als Ergebnis die Teilung: beide widersprechen der geopolitischen Natur der Dinge. Denn die Mitte ist keine Grenze.“ (Herv. d. Verf.). Wohlgermerkt, Weizsäcker zieht die Lehre, daß das Verlieren von Kriegen und in deren Folge die gegenwärtige Grenzziehung der „Mitte“ widerspricht. Folglich schließt er seine Rede: „In der historischen Perspektive wird die Teilung keinen Bestand haben. Die Menschen, die in der Mitte leben, sind zur Trennung nicht geschaffen.“

In die gleiche Kerbe haut die von Vogel abgedruckte Rede „Die Nation ist mehr als große Worte“. Zur Frage der deutschen Nation führt er u.a. aus: „Es gab und gibt Nationen, die in mehreren Staaten leben, und Staaten, die mehrere Nationen umfassen. Deshalb wird Nation zutreffender als Gefühls-, Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft definiert, und eine solche Gemeinschaft sind wir auch heute ... Deklarationen und auch Gesetze können eben eine Nation weder schaffen noch auslöschen.“

Lüneburg: Ein staatlich gefördertes Zentrum „für die Pflege hansisch-ostdeutscher Kulturtradition“

Lüneburg. Am 16. Juni findet in Lüneburg auf dem Marktplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis statt. Die Veranstaltung liegt zeitgleich mit verschiedenen „Feiern“ zum „17. Juni“. Offensichtlich fühlt man sich jetzt mit Bonner Rückendeckung stark genug, um provokativ klarzustellen, „daß der Soldat Befehle und Anweisungen von den Organen der Bundesrepublik entgegenzunehmen und treu zu erfüllen hat, daß er sich aber dabei für das Schicksal des gesamten deutschen Volkes, auch soweit es nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebt, verantwortlich weiß.“ (Bundestagsausschuß für Verteidigung, 29.2.1956)

– Kaum hatte die CDU 1981 die Kommunalwahl gewonnen und H. Nickel (Wehrmachtsoffizier, Schulrektor und als Elbinger Mitglied der Landsmannschaft Westpreußen) den SPD-Oberbürgermeister abgelöst, da wurde am 17. Juni 1982 dem Bund der Vertriebenen (BdV) erstmalig wieder das Rathaus zur „Feier“ überlassen.

– Der CDU-MdL Fuhrhop sagte auf einer DGB-Kundgebung zu den Auseinandersetzungen in Polen, daß die Ostgrenzen „nicht die letzten Eintragungen in das Grundbuch unseres Planeten“ seien.

– Der neue CDU-MdL Feldmann stellt sein altes Moravia Brauhaus für

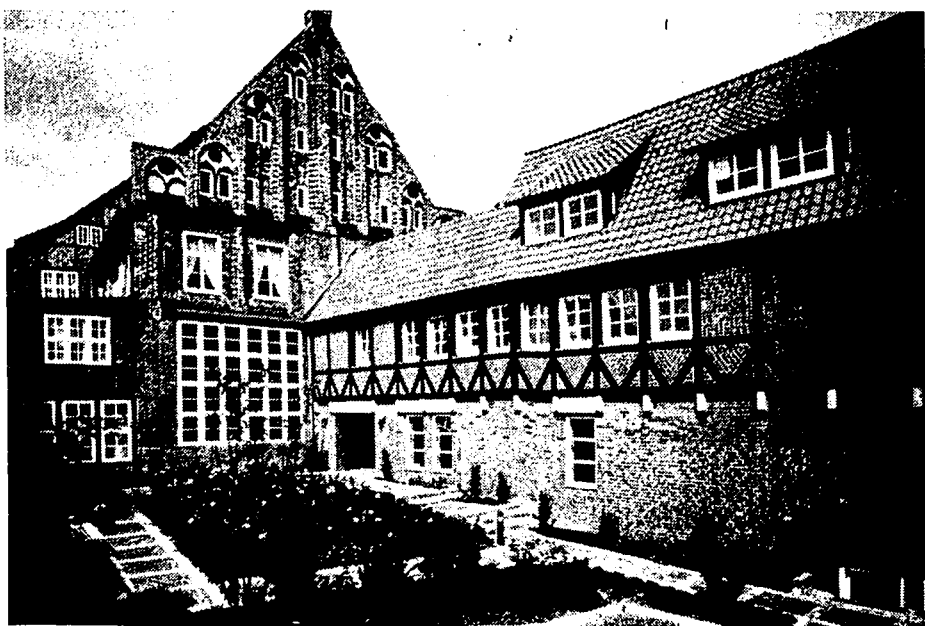
drücklich zu sagen, daß wir in der Beurteilung und Bewertung der von Ihnen angesprochenen Problematik voll und ganz übereinstimmen ... Ganz Deutschland bleibt unser Vaterland.“ (Miteilungsblatt des BdV Lüneburg, 1.3.83)

Die Landsmannschaften führen in Lüneburg mehrere, regelmäßig stattfindende überregionale Treffen durch. An der Spitze die Carl-Schirren-Tage der „Deutsch-Balten“ mit Teilnehmern insbesondere aus den USA und Kanada. Daneben das „Thorner Heimattreffen“, dieses Jahr auch im Rathaus, und das Treffen der „Eichenbrücker“, an die Landrat Martens (CDU) bereits 1978 nach der Betonung des elementaren Rechts auf Heimat appelliert hatte: „Geben Sie die Liebe zu Ihrer verlorenen Heimat nie auf.“ „Eichenbrück“ heißt in Wirklichkeit Wongrowitz und liegt ebenso wie „Thorn“ außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs von 1937.

Es ist auf jeden Fall falsch, die Allianz von CDU und „Vertriebenenverbänden“ zu unterschätzen. Im von der Carl Schirren Gesellschaft herausgegebenen „Jahrbuch des baltischen Deutschtums“ wird ständig die „Entkolonialisierung“ des Baltikums gefordert, und berichtet, daß die BRD die Pässe der sog. baltischen Exilregierungen anerkennt. Laut „Deutsche Umschau“, Zeitschrift des BdV, hat kürzlich das Europäische Parlament auf Betreiben der „Exilbalten“ und begründet von Otto von Habsburg einen Entschließungsantrag angenommen, der „die Unterdrückungs- und Russifizierungspolitik vor den Dekolonialisierungsausschuß der Vereinten Nationen bringen“ will. 98 stimmten dafür, sechs dagegen, acht enthielten sich. (Deutsche Umschau, Febr. 1983, S. 3)

Für die Offensive haben sich die „Vertriebenenverbände“ systematisch und langfristig angelegt gerüstet. Dies läuft unter der Bezeichnung „Kulturarbeit“ und wird von Bund und Ländern gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz gefördert. Von 1962 bis 1980 wurden 294,68 Mio. DM bereitgestellt (siehe Schaubild). Ziel ist, „rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß das unabwendbare Abtreten dieser (Erlebnis-)Generation in der Zukunft nicht zu Leistungsverlusten führt.“ (Bericht des Innenministeriums, Bonn Nov. 1982)

Zu den wenigen Einrichtungen, die in dem Bericht ausdrücklich gewürdigt werden, gehören aus Lüneburg das Nordostdeutsche Kulturwerk und die



Das „Brömse-Haus“, Sitz der Deutsch-Balten, ist „prädestiniert für die Pflege hansisch-ostdeutscher Kulturtradition. (Es steht fast genau so lange) wie das 1410 erbaute Haus der Großen Gilde in Reval“. (Lüneburger Zeitung)

Lüneburg wurde nicht nur deshalb für diese Großdeutschland-Veranstaltung ausgesucht, weil es eine der größten Garnisonsstädte ist. Vielmehr hofft man, die nötige personelle Basis zu haben. Denn während Lüneburg 1938 noch knapp 33000 Einwohner zählte, waren es im August 1945 fast 65000. Viele der „Vertriebenen“ blieben in Lüneburg, und von Anfang an hat die CDU – einträchtig und personell verquickt – mit den verschiedenen Landsmannschaften daran gearbeitet, ein entsprechendes geistiges Klima zu erhalten, bzw. bei der Jugend zu schaffen.

Die „deutschlandpolitische Offensive“ wird massiv vorgetragen.

den Neubau des „Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum“ zur Verfügung. Die Kosten von 4,5 Mio. DM tragen zu 90% Bund und Land.

– Das „Brömse Haus“, „der kulturelle Mittelpunkt des baltischen Deutschtums“ (Lüneburger Landeszeitung, 15.3.83), wurde von der Stadt zu einem günstigen Preis an die „Deutschbalten“ verkauft, und die Volksbanken des Landkreises haben 12500 DM gespendet.

– Auf einen Brief des BdV Lüneburg an Helmut Kohl, in dem die Veröffentlichung der „Verbrechen an Deutschen“ gefordert wird, antwortet der CDU-MdB Horst Schröder (Bankier): „Ich brauche Ihnen wohl nicht aus-

Ostakademie. Gegründet wurde diese anfänglich einheitliche Institution 1951 von dem „Balten“ und Leiter der Carl Schirren Gesellschaft Dr. Max Hildebert Boehm. Sie hatte sofort „das allerstärkste Interesse“ des damaligen Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, und sollte zu „geistiger Ranghöhe ausgestaltet werden.“ (LZ 15.10.77) Das Ziel: „Nicht durch verbale Bekenntnisse zur Wiedervereinigung, sondern durch die Vermittlung von stichhaltigen Kenntnissen über die geistigen und gesellschaftlichen Wandlungsvorgänge ‚drüben‘ wie ‚hüben‘ waren Erkenntnisse zur deutschen Frage zu gewinnen ... ohne jedoch damit den Auftrag zur Erhaltung der Einheit des deutschen Volkes jemals in Frage zu stellen.“ (LZ 15.10.77)

Die Ostakademie hat heute jährlich etwa 1500 Veranstaltungsteilnehmer, davon ca. 1200 in überregionalen Seminaren. Sie wendet sich „vornehmlich an Lehrer aller Schularten, Referendare, Studenten, Schüler, Kirchen, Gewerkschaften.“ (Prospekt) Dazu kommt: „Von (Lehrgängen) stehen im Schnitt über ein Drittel im Rahmen der politischen Bildungsarbeit den Offizieren, dem Offiziersnachwuchs und den Unteroffizieren der Bundeswehr zur Verfügung.“ Schüler werden auf DDR-Fahrten vorbereitet. Sicherheits-

Haushaltsmittel (in Millionen DM)			
Haushaltsjahr	Bund *)	Länder	Insgesamt
1962	4,57 (1,10)	5,72	10,29
1963	5,81 (1,50)	5,96	11,77
1964	6,52 (1,75)	5,46	11,98
1965	7,21 (1,75)	6,77	13,98
1966	7,09 (1,80)	6,32	13,41
1967	8,11 (1,80)	5,88	13,99
1968	8,65 (2,10)	5,82	14,47
1969	8,50 (2,20)	8,51	17,01
1970	8,27 (2,35)	7,95	16,22
1971	9,10 (2,56)	8,14	17,24
1972	9,45 (2,83)	8,34	17,79
1973	9,79 (2,94)	9,50	19,29
1974	10,53 (3,26)	10,57	21,10
1975	11,25 (3,44)	10,08	21,33
1976	11,71 (3,62)	10,41	22,12
1977	11,03 (3,77)	11,64	22,67
1978	11,08 (3,91)	13,22	24,30
1979	12,06 (4,08)	15,46	27,52
1980	12,67 (4,28)	16,56	29,23

*) Die Klammerzahlen geben die Höhe der aus dem Haushalt des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, später des Bundesministers des Innern, bereitgestellten Mittel an.

Förderung von „Kulturgut“

politik und Deutschlandpolitik sind Themen für Offiziere und den Reservistenverband. In einer „Ost-West-Konferenz“ wurde die Ausdehnung der NATO auf den gesamten arabischen Raum „nicht ausgeschlossen“. (LZ 15.3.83). In der Vierteljahresschrift „Deutsche Studien“, die von der Ostakademie herausgegeben werden, wird bedauert, daß „ein junger Deutscher durch Eichendorffs ‚Grüß dich, Deutschland, aus Herzensgrund‘ nicht mehr motivierbar wird.“ (Heft 68, S. 314)

Das Norddeutsche Kulturwerk hat in seiner Bibliothek eine große Sammlung von Karten bis hinunter zur Aufzeichnung einzelner Straßenzüge in den ehemaligen Ostgebieten, also eine Art Exilkatasteramt!

Das „Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum“ besuchen jährlich etwa 16000 Leute. Die dort verbreitete „Kultur“ ist offen rassistisch, deutsch-national und faschistisch. Die in Ostfeldzügen erprobten ostpreußischen Regimenter werden ebenso gewürdigt wie der Jäger in Uniform mit Hakenkreuz. Eine Wandzeitung „Arbeitsdienst in Ostpreußen“ stellt fest: „Die Freude am gelungenen Werk war unser schönster Lohn.“ Schließlich macht man sich Sorgen um den Herrenmenschen: „Auch der wurzelstarke, zähe ostpreußische Mensch war das Ergebnis der Umweltfaktoren! Würde er sich nach der Vertreibung jetzt hier im Bundesgebiet auf die Dauer nicht auch verändern?!“ (Schautafel)

Es sind die alten Junker, die bei den Landsmannschaften den Ton angeben: Die Baronin Vera von Sass, Prof. Frhr. v. Campenhausen und Dr. Arved Frhr. v. Taube bei den Deutsch-Balten, Otto Frhr. von Fircks und Albrecht von Stein bei den Ostpreußen.

„Stahlhelm“-Bundestagung in Celle: verfassungstreu, in alter Tradition

Der „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ beabsichtigt am 17., 18. und 19. Juni in den Räumen der Städtischen Union in Celle eine Bundestagung durchzuführen. Der Stahlhelm wurde 1918 als reaktionäre Wehrorganisation gegründet. Er beteiligte sich mehrmals an der blutigen Niederschlagung von Arbeiteraufständen und ging 1931 in der „Harzburger Front“ ein Bündnis mit der NSDAP ein. Der Bundesführer des Stahlhelms Seldte wurde zum Reichsarbeitsminister von 1933 – 1945.

1951 wiedergegründet, trat er sofort in alte Fußstapfen. Bundesführer wurde Generalfeldmarschall a.D. Kesselring, eigentlich zum Tode verurteilt – u.a. weil auf seinen Befehl das italienische Dorf Marzabotto durch die Waffen-SS vernichtet wurde –, aber 1952 aus der Haft entlassen. Heutiger Bundesführer ist P. Koch aus Düsseldorf. Publikationsorgan ist „Der Frontsoldat“.

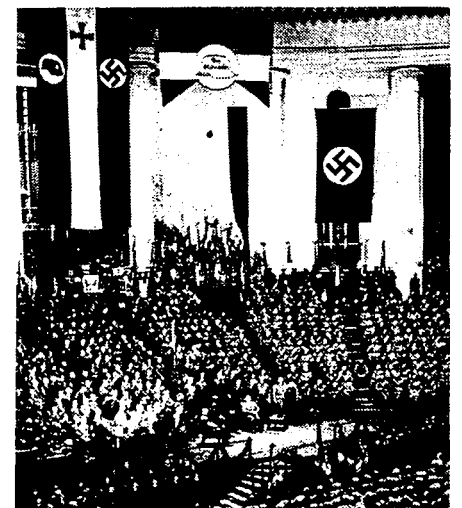
Der Stahlhelm – nach Angaben des Weser-Kuriers vom 12.9.81 in 80 Kommunen vertreten – war bzw. ist Mitglied der „Gesamtdeutschen Aktion“ und des „Freiheitlichen Rats“, deren Mitgliedsgruppen sich an der

National-Zeitung orientieren; dazu gehören u.a. die „Wiking Jugend“, der „Bund der deutschen Einheit – AKON“, die „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ – alles rechtsradikale und nationalistische Organisationen. 1971 zählte der damalige Westberliner Innensenator Neubauer bei der Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion den Stahlhelm noch zu den „rechtsradikalen und nationalistischen“ Gruppen. Inzwischen schließen sich ehemalige Mitglieder der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann dem Stahlhelm an; ebenso bestehen Verbindungen zur CSU (Süddeutsche Zeitung, 29.5.82)

Der Stahlhelm ist gegen die Gewerkschaft: „Die Mitglieder der Betriebsbrigade bilden eine Elite-Truppe im Betrieb und sind das genaue Gegenteil von gewerkschaftlich gebundener Masse.“ (Internes Papier) Für den Ostlandritt propagiert er: die Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen, die Befreiung Osteuropas und die europäische Blutgemeinschaft. Da gibt es viele Brücken zu Zimmermann und Hupka.

Trotz alledem oder besser gerade deswegen genehmigten Oberstadtdirektor v. Witten und Oberbürgermeister Hörstmann, beide CDU, die städtischen Räume mit der Begründung: der Stahlhelm sei verfassungstreu und pflege nur alte Traditionen. Eben – die Tradition des deutschen Imperialismus.

Inzwischen wollen über 15 Organisationen gegen die Stahlhelmtagung vorgehen; der DGB Celle spricht sich ebenfalls gegen die Tagung aus; NDR und dpa berichteten.



Stahlhelmführertag Hannover 1933: Seldte, v. Blomberg, Röhm, Hitler.

Vertriebene / Flüchtlinge

Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

§1 Vertriebener

(1) Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat.

§3 Sowjetzonenflüchtling

(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat und von dort geflüchtet ist, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen.

§6 Volkszugehörigkeit

Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

§7 Nach der Vertreibung geborene oder legitimierte Kinder

Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaft als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling des Elternteiles, dem im Zeitpunkt der Geburt oder der Legitimation das Recht der Personensorge zustand oder zusteht.

in Zahlen:

1950 waren 16,0% der Bevölkerung der BRD Vertriebene (in Niedersachsen 27,2%), 1961 waren es 15,9% (24,3%) und 1970 19,3% (27,2%).

Altersstruktur der Vertriebenen (1970):

unter 20 Jahre	3443 000
20 bis unter 40 Jahre	2867 000
40 bis unter 60 Jahre	2810 000
über 60 Jahre	2075 000

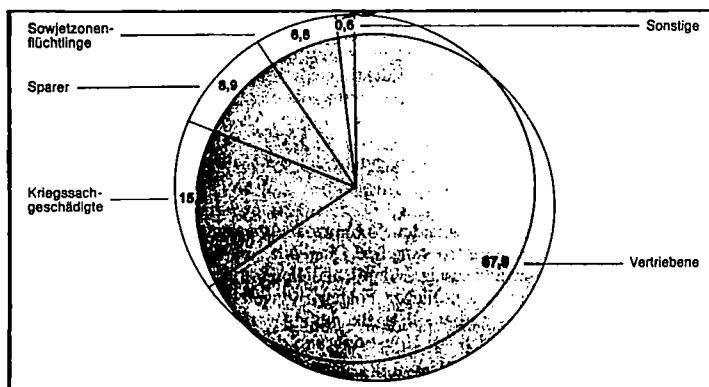
Aussiedler zwischen 1972 und 1981:

aus Polen 249827, aus der UdSSR 65825, aus der CSSR 9098, aus Rumänien 89848 und aus allen übrigen Ländern 10065.

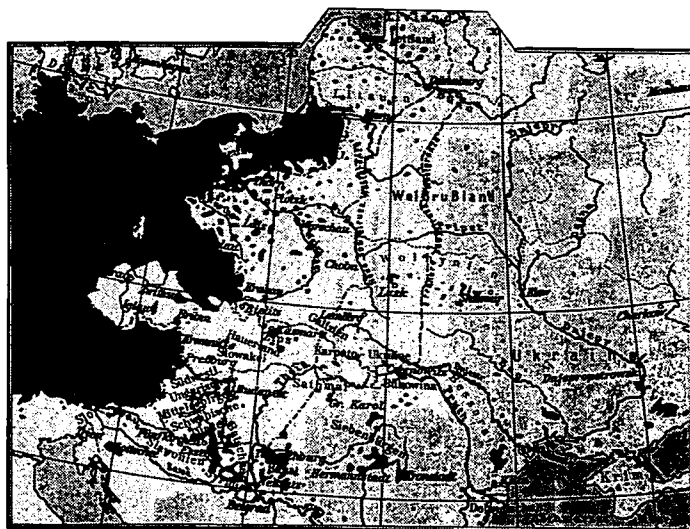
Die Bundesregierung zahlt

Bundesausgleichsamt (1978):

„Im Lastenausgleich werden von der Bundesrepublik Deutschland Schäden und Verluste abgegolten, die infolge Vertreibung, Wegnahme und Zerstörung während der Kriegs- und Nachkriegszeit eingetreten sind ... Für Vermögensschäden und Existenzverluste können verschiedenartige Geldleistungen gewährt werden, die der Eingliederung oder der Entschädigung dienen ...“



Im Schaubild sind die Leistungen des Bundesausgleichsamtes bis 1981 ohne Schuldendienst (= 98,9 Mrd. DM) dargestellt. Insgesamt waren es 120,1 Mrd. DM. Das „in der Heimat zurückgelassene Vermögen“ beziffert die „Kulturstiftung der vertriebenen Deutschen“ mit 400 Mrd. DM (nach Werten von 1976).



„Deutsches Volkstum in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ ist die Überschrift dieser Karte aus dem für Lehrer erstellten Bildatlas. Die dunklen Flächen sind „deutsche Sprachgebiete“. Nicht mehr mit drauf ist die „Wolgadeutsche Republik“.

Außer eigenen Schäden können unter bestimmten Voraussetzungen auch Schäden geltend gemacht werden, die Ihren Erblässern entstanden sind. (...)

Bundesvertriebenengesetz §96

Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern ...

Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen

Einige Fakten:

- Es gibt in Niedersachsen 37 solcher Organisationen, die wichtigsten sind die Landsmannschaften (20), die beiden Dachorganisationen Bund der Vertriebenen („Deutscher Osten“) und Bund der Mitteldeutschen sowie kirchliche Organisationen.
- Eine Umfrage des Allensbacher Instituts und von „Infas“ 1972, also zum Zeitpunkt der Ostverträge, hat ergeben, daß 19,5% aller Vertriebenen Mitglieder im BdV sind. Das deckt sich in etwa mit den Angaben des BdV. Weiter, daß sich ca. 62% aller Vertriebenen durch den BdV vertreten fühlen.
- Der Bund der Vertriebenen hat heute in Niedersachsen 150000 Mitglieder.
- Die Landsmannschaft der Schlesier ist die größte Landsmannschaft in Niedersachsen. Zum Schlesiertag am 17. bis 19. Juni werden 140000 Teilnehmer in Hannover erwartet.

Vertriebenenpolitiker im Bundestag:

41 CDU/CSU-Abgeordnete im 10. Bundestag stammen aus „Ost- und Mitteldeutschland“, darunter befinden sich folgende Funktionäre der Vertriebenenverbände: Dr. Herbert Czaia, BdV-Präsident, die Vizepräsidenten des BdV Dr. Herbert Hupka und Dr. Fritz Wittmann, Dr. Otfried Hennig, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Kurt Rossmannitz, Allgäuer BdV-Bezirksvorsitzender, Heinrich Windelen, Vorsitzender des BdV-Präsidialausschusses, Ingeborg Hoffmann, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“, Bernhard Jagoda, Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier in Hessen, Hans Klein, Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Erich Riedl, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“, Helmut Sauer, Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in Niedersachsen.

Ihre Aufgabe: „Die Ausführungen von Bundesinnenminister Zimmermann, daß die Wiedervereinigungspolitik für Deutschland auch die Gebiete jenseits von Oder und Neiße erfassen muß, sollten auch im Programm der neuen Bundesregierung ihren deutlichen Niederschlag finden.“, so BdV-Präsident Rudolf Wollner.

Griechenland: Gegen US-Basen

Mehr als 100000 demonstrieren am 28.4. in mehreren Städten Griechenlands gegen die US-Stützpunkte. Die Demonstrationen hatte der Gewerkschaftsbund organisiert. Auf der Kundgebung von 40000 in Athen forderten die Demonstranten einen Balkan ohne Stützpunkte, Raketen und Kernwaffen und riefen: „Amerikaner raus aus Griechenland“, „Griechenland raus für immer aus der NATO“, „Unser Feind Nummer eins ist der Imperialismus“. Die Demonstrationen richteten sich gegen den Druck der US-Imperialisten, den diese in den letzten Wochen verstärkt haben, um die unbegrenzte Verlängerung des Stützpunktvertrages durchzusetzen. Für die sofortige Beseitigung der vier US-Basen in Griechenland hatte sich auch Ministerpräsident Papandreu vor der letzten Wahl ausgesprochen. Davon ist er inzwischen abgerückt. In der letzten Woche forderte er in einer Fernsehrede eine begrenzte Laufzeit der Verträge bis zum Abbau der Basen und, daß die Militärhilfe der USA an Griechenland und die Türkei im

Nujoma: Auflösung der Kontaktgruppe

Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, hat am 28. April auf einer Pressekonferenz in Paris verlangt, daß sich die sogenannte Kontaktgruppe endlich auflösen soll und der UNO-Sicherheitsrat die Verantwortung für die Beseitigung der südafrikanischen Kolonialherrschaft übernehmen müsse. Die Kontaktgruppe, der die Außenminister der BRD, Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Kanadas angehören, war 1977 auf Initiative der BRD gegründet worden. Gegenüber der UNO hatten die Mitglieder der Kontaktgruppe vertreten, sie wollten als Ver-



mittler zwischen dem südafrikanischen Siedlerregime und der SWAPO die Einhaltung der UNO-Beschlüsse über die Unabhängigkeit Namibias fördern. Südafrika hat seit Bestehen der Gruppe keinen Schritt

getan, die Unabhängigkeit Namibias zuzulassen. Kapitalisten aller Staaten der Kontaktgruppe haben beträchtliches Kapital nach Südafrika und Namibia exportiert gegen die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung. Die US-Regierung hat mit Unterstützung der anderen Mitglieder der Gruppe zur Bedingung der Unabhängigkeit Namibias den Abzug des kubanischen Personals aus Angola erklärt. Nujoma erklärte, ein Weiterbestehen der Kontaktgruppe schade den Interessen des namibischen Volkes, Verhandlungen sollten nur noch mit Vertretern der UNO geführt werden. Die SWAPO werde den bewaffneten Kampf fortsetzen.

selben Verhältnis wie bisher beibehalten wird. Die Kommunistische Partei hat den Abbruch der Stützpunktverhandlungen und Schritte zur Schließung der US-Basen verlangt.

USA: Streik bei Caterpillar beendet

Mehrheitlich stimmten am 23.4. die seit dem 1.10. 1982 streikenden Mitglieder der US-Automobilarbeitergewerkschaft bei Caterpillar einem

neuen Tarifvertrag zu. Die Kapitalisten konnten ihre Forderung durchsetzen, daß der Tariflohn in den nächsten drei Jahren nicht erhöht wird. Ihre Forderung nach Streichung der bezahlten freien Tage mußten sie zurücknehmen. Die Inflationsanpassung der Löhne müssen sie weiterhin vierteljährlich, statt wie von ihnen verlangt, nur noch jährlich durchführen. Eine Gewinnbeteiligung ist vereinbart worden.

BRD steigert Direktinvestitionen in Spanien

Die BRD drängt auf die Aufnahme Spaniens in die EG, das hat die Bundesregierung nochmals deutlich beim Besuch des spanischen Ministerpräsidenten erklärt. Bei EG-Beitritt müßte Spanien alle Beschränkungen für Kapitalimporte, die noch vorhanden sind, fallen lassen. Mit Blick auf den EG-Beitritt Spaniens haben die westdeutschen Kapitalisten ihre Direktinvestitionen beträchtlich erhöht: rund 304 Mio. DM im Jahr 1982 gegenüber 91 Mio. DM 1981. Das „Handelsblatt“ klagt, daß die BRD trotzdem noch hinter den US-Imperialisten und der Schweiz liege, obwohl doch das aus der BRD über die Schweiz nach Spanien importierte Kapital nicht in den Angaben über westdeutsche Direktinvestitionen enthalten ist. Deutlich bemängeln die BRD-Imperialisten die bisherige Führung der spanischen Staatsfinanzen: Die Verschuldung sei zu hoch.

Argentinien: Bericht der Junta zurückgewiesen

Vollständig zurückgewiesen hat die argentinische Organisation „Madres de la Plaza de Mayo“, die seit Jahren den Kampf um die Aufklärung des „Verschwindens“ von tausenden Argentinern führt, den Bericht der Militärjunta über „den Kampf gegen Terrorismus und Subversion“. Er sei ein Versuch der Junta, ihre Verbrechen zu vertuschen.

Zehntausende hatten im Oktober letzten Jahres (Bild), im November und Dezember und zuletzt am 18. April in Buenos Aires und in anderen Städten Argentiniens gegen die Junta demonstriert. Sie forderten erstens Aufklärung über den Verbleib der „Verschwundenen“, die zum großen Teil durch Angehörige der Militärpolizei und der Polizei verhaf-



tet worden waren, zweitens, daß alle die Gefangenen, die ohne Anklage und Verurteilung auf Grund der Ausnahme-gesetze festgehalten werden, freigelassen werden und drittens eine Überprüfung aller Urteile gegen Häftlinge, die nach dem Militärputsch 1976 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind und die Freilassung aller aus politischen Gründen verurteilten Gefangenen. Die Vorlage des Berichtes ist die erste öffentliche Reaktion der Militärjunta auf diese Demonstrationen. In diesem Bericht hält sie fest, daß die zwischen 6000 und 30000 Oppositionellen, deren Schicksal unbekannt ist, „soweit sie sich nicht im Ausland befinden oder untergetaucht sind, für juristische und verwaltungsmäßige Belange als tot betrachtet werden müssen“. Noch nicht veröffentlicht hat die Junta eine Liste der Personen, deren Verschwinden bei den Regierungsstellen angezeigt worden ist und eine Liste der Personen, deren Verbleib durch die Junta „juristisch“ erklärt werden kann.

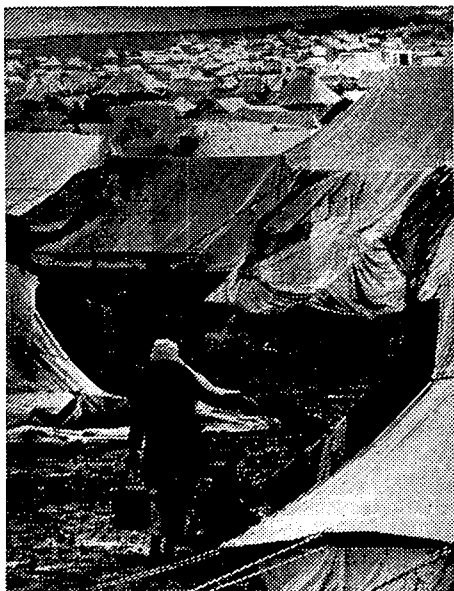
Chile: Demonstration am 1. Mai

Mehrere tausend Arbeiter demonstrieren am 1. Mai in Santiago gegen die chilenische Militärjunta und propagierten den Generalstreik am 11. Mai, zu dem zahlreiche Gewerkschaften aufrufen. Zu der illegalen Demonstration hatten alle Gewerkschaften aufgerufen. Die Junta versuchte, die Demonstration auseinanderzuknuppeln, zehn Teilnehmer wurden verletzt, mehr als 100 festgenommen.

Israelische Siedlungspolitik im Westjordanland: Faktische Annexion

Die Landenteignungen, der Bau von Siedlungen und der Zuzug von Siedlern in das Westjordanland erreichte in den letzten Monaten ein bisher unbekanntes Ausmaß. 6000 neue Wohneinheiten sollen bis Mitte des Jahres fertiggestellt werden, die Zahl der Siedler soll sich dann mehr als verdoppeln und auf 60000 anwachsen.

Dem jüdischen Siedlungsrat, Dachorganisation der verschiedenen Siedlungsverwaltungen, liegt eine lange Liste von Anwärtern vor, darunter viele neue Einwanderer, die noch direkt aus den USA, Kanada und Südamerika die



Der zionistische Landraub hat schon zahlreiche Palästinenser in solche Lager gezwungen. Der von den Zionisten abgesetzte Bürgermeister von Nablus erklärte: „Unser Land ist besetzt ... aber nur auf diesem Land haben wir die Chance, uns zu befreien.“

Wohnungen in den neuen Siedlungen „gebucht“ haben. Diese Neueinwanderer sind stark nationalistisch und fanatisch religiös, sie lassen sich aus ideologischen Gründen eher in den besetzten Gebieten nieder als in Israel, um ihren Besitzanspruch über „Erez Israel“ zu dokumentieren. Den gleichen Motiven folgt ihre Familienplanung, fünf bis acht Kinder sind keine Seltenheit. Sie ergänzen die reaktionäre bis faschistische Siedlerbewegung, die vor allem seit Begins Regierungsantritt 1977 von Israel ins Westjordanland zog. Das Potential der Gush Emunim Bewegung und anderer faschistischer Gruppen scheint in Israel erschöpft zu sein.

Wirtschaftliche Anreize, bessere Lebensbedingungen und billige Wohnungen, Häuser und Villen locken aber vor allem auch Angehörige der Mittelschicht aus Israel in die besetzten Gebiete. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten werden längst nicht mehr im Pionierstil der früheren siebziger Jahre gebaut, sondern regelrecht als Städte mit vollständiger Infrastruktur und von Israel aus gut erreichbar. Staatliches wie privates israelisches Kapital strömt ins Westjordanland, und zunehmend verlieren die Siedlungen ihren Charakter von ehemals reinen Schlafstädten. Optische Betriebe und Computerfirmen lassen sich nieder. In Ariel z.B. werden zwei medizinische Zentren errichtet, und im Zug der Erweiterung um 1700 Wohneinheiten wird ein Industriezentrum für mindestens 30 Betriebe gebaut, sogar eine Universität ist geplant. Neureiche investieren ihr Geld in Boden- und Hausbesitz in den bombastischen Villenvororten der Siedlungen. Häuser und Wohnungen werden etwa zum halben Preis wie in den israelischen Großstädten angeboten. Die Käufer erhalten zusätzlich noch eine nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelte Unterstützung. Die Zahlungsbedingungen sind für sie günstiger, die Kredite billiger.

Bei Begins Regierungsübernahme 1977 gab es ca. 5000 Siedler im Westjordanland. Heute sind es 22000 bis 30000. Bis zum Ende des nächsten Fünfjahresplanes 1987 sollen 100000 Israelis im Westjordanland siedeln. Das ist die Antwort Begins auf den Reagan-Plan, der die Verbindung des Westjordanlandes mit Jordanien und die Einstellung der israelischen Siedlungstätigkeit forderte: nicht die offene Annexion des Westjordanlandes, nicht ein offener Konflikt mit den USA, sondern die faktische Annexion.

Das Scheitern des Reagan-Planes wird „den Radikalen in der PLO“ zugeschrieben, die die Verhandlungen zwischen Arafat und Hussein zum Platzen gebracht hätten. US-Außenminister Shultz hat die arabischen Staaten daraufhin aufgefordert, die PLO nicht länger als Vertretung der Palästinenser anzuerkennen. Abu Jihad, der stellvertretende Kommandant der PLO-Einheiten kommentierte die Reise von Shultz in den Nahen Osten so: „Shultz wird mit dieser Kampagne scheitern und dann Israel bei einer militärischen Aktion gegen uns unterstützen, auch Konspirationen gegen die palästinensische Führung unterstützen.“

Der Krieg im Sommer 1982 galt der Liquidierung der PLO, nicht nur im Libanon. Das Westjordanland stand und steht im Zentrum der Strategie Israels. Die Zerschlagung der PLO sollte auch dort die mögliche Errichtung eines palästinensischen Staates verhindern. Die PLO rechnet mit neuen Angriffen Israels im Libanon: „Natürlich erwarten wir einen Angriff, denn sie mußten einsehen, daß sie die PLO nicht zerstört haben. Wir erwarten den Angriff auf die syrischen Truppen im Bekaa“ (Abu Jihad). Die PLO sieht auch die Gefahr, daß Israel im Zuge eines neuen Krieges die Palästinenser aus dem Westjordanland gewaltsam vertreiben will. Schon längst hat die israelische Regierung einen „existierenden palästinensischen Staat“ im Nahen Osten ausgemacht: Jordanien. Der Sharon-Plan, die Einwohner des Westjordanlandes dorthin zu deportieren, ist in Israel ein offenes Geheimnis.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin (Bonn) Nr. 5 und 17/83; Mannheimer Morgen 26.4.83; Zeit 15.4.83

Nicaragua US-Imperialisten verstärken Intervention

Mehr als 100000 der insgesamt 2,5 Millionen Einwohner Nicaraguas demonstrierten am 28. April in der Hauptstadt Managua gegen die fortgesetzten Umsturzpläne der US-Imperialisten. Sie reagierten damit auf eine Rede, die der US-Präsident Reagan in der Nacht zuvor auf einer gemeinsamen Versammlung beider Häuser des Kongresses hielt. Reagan forderte für dieses Jahr zusätzliche 138 Millionen Dollar Militärhilfe für das Regime in El-Salvador und für das nächste Jahr 600 Millionen Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe für die mittelamerikanische Region. In der Rede, die gleichzeitig im Fernsehen übertragen wurde, führte er aus: „Die Amerikaner haben ein lebenswichtiges Interesse, eine moralische Verpflichtung und eine feierliche Verantwortung, Mittelamerika vor einer linksgerichteten Revolution zu bewahren, denn dort steht die nationale Sicherheit des gesamten amerikanischen Kontinents auf dem Spiel.“

Die bisherige Invasion mehrerer Tausend von US-Militärs gedrillter Konterrevolutionäre vor allem über die Grenze von Honduras verläuft nicht so, wie die US-Imperialisten das erhofft haben. Allein in den ersten beiden Aprilwochen sind 237 Söldner getötet worden, die Invasoren konnten nicht ein einziges Dorf besetzen und anschließend auch halten. Inzwischen hat selbst die FAZ zugeben müssen, daß die Invasion bei der Bevölkerung Nicaraguas auf keinerlei Zustimmung



Das Volk von Nicaragua verteidigt sein Land

stößt, lediglich „kirchliche Kreise und Funktionäre des Unternehmerverbandes“ versuchten, eine Opposition zu organisieren. Die Regierung Nicaraguas weist darauf hin, daß der Kampf gegen die Konterrevolutionäre von der Bevölkerung deshalb so stark unterstützt wird, weil trotz aller Störmanöver seit Somozas Sturz die Versorgung auf vielen Gebieten erheblich verbessert werden konnte. Innerhalb von vier Jahren sei die Zahl der Grundschulen von 2600 auf 5200, die Zahl der Hauptschulen von 2400 auf 4500, die Zahl der Schüler von 379000 auf 530000 gestiegen. Die Zahl der Krankenhäuser ist mehr als verdoppelt worden und die Zahl der Ärzte um 160% gewachsen.

Am 3. Mai hat erneut eine Armee von 1000 Konterrevolutionären die Grenze von Honduras aus überschritten. Die US-Imperialisten verstärken die Vorbereitungen, daß die von ihnen hochgepöppelte Armee Honduras direkt in die Kämpfe eingreifen kann. Die Bundesregierung will in der kommenden Regierungserklärung feststellen, was sie zum Sturz der Regierung in Nicaragua beitragen kann.

Quellenhinweis: Gramma, 16/1983; FAZ, 16.4. - 3.5.

Japan

Kapitalisten setzen Lohnraubabschlüsse durch

Die japanischen Kapitalisten konnten in den meisten Branchen die niedrigsten Lohnabschlüsse seit 28 Jahren durchsetzen. Schon im Vorfeld der Verhandlungen konnte die Gewerkschaftsfront gespalten werden: Unter Hinweis auf die angeblich schlechte wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit von 1,6 Millionen hatte der Kapitalistenverband Nikkeiren seinen Mitgliedern empfohlen, eine Erhöhung der Grundlöhne vollkommen abzulehnen. Andernfalls seien Entlassungen bei den meisten Firmen unvermeidbar.

Dadurch hatte sich zwar der größte Gewerkschaftsbund, der sozialistische Sohyo, nicht davon abhalten lassen, 9% oder 20000 Yen für den „Normalarbeiter“ (35 Jahre alt, 15 Berufsjahre) zu fordern. Das entspricht etwa 215 DM bei einem durchschnittlichen Lohn von 2400 DM. Die Stahlgewerkschaft Tekkororen dagegen hatte von vornherein erklärt, der Erhalt von Arbeitsplätzen habe Vorrang vor Lohnerhöhungen und lediglich 6,3% oder 13600 Yen (146 DM) gefordert. Sie war damit der ständigen Propaganda der Kapitalisten auf den Leim gegangen, die nur 60%ige Auslastung der Stahlföfen könne nur dann gesteigert werden, wenn Arbeiter und Management gemeinsam die Konkurrenzfähigkeit verbesserten.

Die Kapitalisten ergriffen die Gelegenheit beim Schopfe und machten in der ersten Stahltarifrunde ein Lohnangebot von 3,14% oder 6800 Yen (73 DM). Die Stahlgewerkschaft schloß innerhalb von zwei Tagen bei dieser Marke ab, obwohl das eine Halbierung ihrer ohnehin schon sehr niedrigen Forderung bedeutete. Damit war eine Lohnleitlinie gesetzt, die es den übrigen Gewerkschaften ausgesprochen schwer machte, ein wesentlich besseres Ergebnis zu erzielen. In der Werftindustrie und im Maschinenbau wurde die Stahltariferhöhung übernommen, die Automobilindustrie schloß mit 4,96% bis 5,39% ab (das ergibt auf den Normallohn 10000 Yen). Die Gewerkschaften der privaten Eisenbahngesellschaften hatten auch einem Angebot von 4,73% weiterhin mit Streik gedroht. Nachdem die Kapitalisten zusätzlich eine monatliche Unterhaltsbeihilfe von 500 Yen (5,32 DM) anboten, schlossen auch sie ab. Am 15.4. hatten die 143 wesentlichen Gewerkschaften in der privaten Wirtschaft Angebote von Seiten der Kapitalisten von durchschnittlich 4,26% vorliegen, 56 hatten bereits mit durchschnittlich 4,74% Lohnerhöhung abgeschlossen. Die niedrigsten Lohnerhöhungen stehen in den öffentlichen Diensten kurz vor der Unterzeichnung: Zwischen 2,43% und 2,8%. Das ist weniger, als im Haushalt 1983 vorgesehen war. Die Lohnverluste, die der größte Teil der japanischen Arbeiter mit diesen Lohnabschlüssen hinnehmen muß, sind beträchtlich. Die Inflationsrate für Lebensmittel liegt bei rund 5%, die Lohnsteuerbelastung ist ständig gestiegen.

In den Branchen und Betrieben, in denen es bisher noch zu keinen Vereinbarungen mit den Kapitalisten gekommen ist, kämpfen die Gewerkschaften jetzt darum, überhaupt diese bescheidenen Lohnerhöhungen durchzusetzen. Bei der Keisei-Eisenbahn-Union streiken die Arbeiter dafür, daß die Kapitalisten ein Angebot vorlegen.

Quellenhinweis: Japan Times, 13.4. - 27.4.

VR Polen

Keine Forderungen der „Solidarität“ am 1. Mai

Die westdeutsche bürgerliche Presse lobt, daß die Untergrundführung der verbotenen „Solidarität“ gezeigt habe, daß „die Sache einer freien Gewerkschaft in Polen nicht tot ist“ (SZ vom 2.5.83), wenn auch ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung abgenommen haben. Diese Presse belastet die „Solidarität“ mit ihrer Hoffnung, sie möge sich doch als brauchbar erweisen, in Polen „Freiheit von Unterdrückung“ zu bewirken, denn eine Veränderung von Geographie und Allianzen sei weder das Ziel von „Solidarität“ noch des reformerischen Parteiflügels gewesen. Über die freche Unterstellung hinaus, die allein in der Erwägung liegt, Kräfte in der VR Polen hätten eine Veränderung der Grenzen gewollt, klärt sich der reaktionäre Beweggrund für das Lob. Im Inneren Polens soll sich etwas ändern, und zwar die gesellschaftlichen Verhältnisse, sonst ist es für die Imperialisten mit einer Veränderung des Territoriums auch nicht getan.

Walesa hat an den eigenen Demonstrationen, zu denen die Untergrundführung der „Solidarität“ am 1. Mai aufgerufen hatte, nicht teilgenommen, sondern hat es vorgezogen, sich in eine Kirche zu begeben. Dies kommt einer Distanzierung von dem Aufruf gleich und weist auf starke Differenzen in den Reihen der früheren „Solidarität“ hin.

Diejenigen, die wünschen, daß die polnische Arbeiterbewegung für die Interessen der Arbeiterklasse tätig werden kann, müssen feststellen, daß nichts bekannt geworden ist von Forderungen, mit denen die Untergrundführung der „Solidarität“ an die mit den Vereinbarungen von Gdansk erhobenen Forderungen anknüpfen und die Einigung der Arbeiterbewegung für bestimmte Ziele suchen würde. Ihr Aufruf, sich nicht an den von erlaubten Gewerkschaften, Regierung und Partei organisierten Maidemonstrationen zu beteiligen, sondern eigene durchzuführen, erscheint ziellos und zu nichts anderem geeignet, als sich in Auseinandersetzungen mit der bewaffneten Staatsmacht zu begeben. Diese Auseinandersetzungen waren heftig und haben wahrscheinlich ein Leben gekostet. Sie haben jedoch noch nicht einmal zur Aufklärung über die Kräfteverhältnisse beigetragen. Offensichtlich haben viele, die sich früher der „Solidarität“ angeschlossen hatten, in der Form demonstriert, daß sie überhaupt auf der Straße waren bzw. sich den erlaubten Demonstrationszügen angeschlossen

haben und dort für die Existenzberechtigung der Gewerkschaft „Solidarität“ eingetreten sind. Diese Taktik war insofern erfolgreich, als der Staatsmacht ein Eingreifen unmöglich gemacht wurde. Sie machte diese Demonstrationen darüber hinaus unabhängig von der Notwendigkeit, Gottesdienste zur Sammlung der Demonstration nutzen zu müssen.

Quellenhinweis: FAZ, 16.4. – 3.5.1983; Süddeutsche Zeitung v. 2.5. 1983

Belgien Regierung legt neues Polizeigesetz vor

„Gesetz zum Schutz von bestimmten Aspekten der persönlichen Lebenssphäre“, so lautet der Titel eines neuen Polizeigesetzes, das der belgische Justizminister Gol vor wenigen Wochen veröffentlichte.

Kommt dieses Gesetz im Parlament durch, dann können belgische Polizei- und Geheimdienstbeamte künftig ohne gesetzliche Beschränkungen

- Abhörmikrofone installieren
- Telefone abhören
- versteckte Filmkameras einsetzen
- in Privatwohnungen einbrechen.

Die Beamten des Premierministers, des Innen-, Justiz- und Verteidigungsministeriums, also faktisch sämtliche belgischen Polizei- und Geheimdienst-



Brüssel, 16.3.82: Große Polizeikräfte der Regierung greifen eine Demonstration von Stahlarbeitern an

beamten, müssen dann lediglich noch ihrem Dienstherrn mitteilen, ihr Vorgehen diene der „Sicherung der Ordnung“ und der „Bekämpfung von subversiven Elementen, die auf dem Staatsgebiet tätig sind“ (aus den Erläuterungen des Justizministers zu seinem Gesetzentwurf).

Tatsächlich richtet sich das neue Gesetz in der Hauptsache gegen die belgischen Gewerkschaften und gegen revo-

lutionäre Organisationen. Schon Anfang vergangenen Jahres, bei Inkrafttreten der ersten Sondervollmachten der Regierung Martens, hatten die Kapitalisten ein schärferes Vorgehen gegen die Gewerkschaften gefordert. „Nach dem Sondervollmachtengesetz sind mutige Minister und ein detaillierter Notplan erforderlich, um den Streiks und der Gewalt zielstrebig die Stirn zu bieten“, schrieb damals ein Vertreter der größten belgischen Bank, der „Societe Generale“, in einem Artikel der Zeitung „Standaard“. Seitdem sehen sich die Gewerkschaften einem ständig wachsenden Druck der Polizeikräfte ausgesetzt.

Mehrfach griffen Polizeikräfte in den letzten Monaten Streikposten vor Betrieben an, so vor einem Metallbetrieb in Kortrijk, wo ein großes Aufgebot von Bereitschaftspolizei vor drei Monaten Streikbrechern den Weg in den Betrieb bahnte (siehe Pol. Ber. 4/83, S. 30). Bei der gemeinsamen Demonstration der beiden großen Gewerkschaftsbünde ABVV und ACV am 26.2. in Brüssel provozierten die Polizeikräfte die Demonstration und verhafteten 20 Demonstranten. Mehrfach berichteten in den letzten Monaten Gewerkschaftsvertreter aus streikenden Betrieben, daß ihre Telefone abgehört würden.

Diesen Kurs der ständigen Polizeischikanen und Polizeiprovokationen gegen die Gewerkschaften will die Regierung mit ihrem neuen Gesetz durch eine weitreichende Überwachung der Gewerkschaften ergänzen.

Quellenhinweis: Solidair, Zeitung der PvdA Belgiens, Ausgaben vom 13.4. bis 27.4.83

Irland Proteste gegen Steuerplünderie

Mehr als 100000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten am 13. April in Dublin und anderen irischen Städten gegen die Erhöhung der geltenden Steuersätze und Sozialabgaben. Der Streik während der Demonstrationen legte die meisten Betriebe, den gesamten öffentlichen Nahverkehr und alle Schulen in Dublin und den größeren Städten lahm.

Die Demonstration in Dublin hatte etwa 50000 Teilnehmer. Das führte zu erleichterten Kommentaren bei der irischen Regierung, die diese Zahl mit den 500000 verglich, die vor vier Jahren für die gleichen Forderungen auf die Straße gegangen waren. Aktueller Anlaß für die Demonstration sind die neuesten Haushaltsbeschlüsse der Regierung, die u.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 23% (bei „Luxusgütern“ von 30 auf 35%) und

die Erhöhung der Lohnsteuersätze vorsehen.

Die Gewerkschaften fordern eine Lohnsteuerreform, die die Kapitalisten und Bauern stärker belastet. Nach ihren Berechnungen führen diese etwa 1,7 Milliarden irische Pfund jährlich an Steuern nicht ab, die sie abführen müßten. 90% aller Steuerzahlungen würden von den Lohnsteuerzahlern erbracht.



Demonstration am 13.4. in Dublin

Wo sich diese Forderungen gegen die Kapitalisten richten, sind sie berechtigt. Bei den Bauern wird die Rechnung krumm, hier rechnen die Gewerkschaften Steuern, die die Bauern zahlen, gegen Subventionen auf und erklären sie so zu „Steuerbetrügern“.

Die Ursache für diese ungeheuer hohen Steuern liegen aber in der *Steuerbefreiung* der Kapitalisten und der meisten ausländischen Konzerne, die sich in Irland niederlassen und wegen „Arbeitsplatzbeschaffung“ für die ersten zehn Jahre fast überhaupt keine Steuern zahlen müssen. Stolz wirbt die irische Regierung deshalb damit, daß das US-amerikanische Handelsministerium festgestellt habe, Investitionen in Irland brächten die höchsten Profite in ganz Europa.

Die geschlossene Front der Gewerkschaften gegen die Steuer- und Sozialabgabenerhöhung bringt die Regierung FitzGerald unter Druck. Denn sie kann nur in einer Koalition mit der sozialdemokratischen Labour Partei regieren, und obwohl diese nicht so eng wie z.B. in Großbritannien mit den Gewerkschaften verbunden ist, sind die Beziehungen eng. Ein Labour-Abgeordneter hat bereits die Fraktion wegen der Steuerpolitik verlassen, und die Demonstrationen haben weiteren Druck ausgeübt.

Quellenhinweis: An Phoblacht; Financial Times, 14.4.; taz 18.4.; Socialist Worker 22.4.

Erheblicher Arbeiterwiderstand gegen „Politik der Strenge“

Etwa 150000 Lohnabhängige beteiligten sich nach ersten Berichten am 1. Mai an den gewerkschaftlichen Demonstrationen, allein in Paris versammelten sich nach Angaben der Gewerkschaften über 100000 Menschen. Zu diesen Demonstrationsmärschen hatten in den meisten Regionen die Dachverbände CGT und CFDT sowie die Lehrgewerkschaft FEN gemeinsam aufgerufen. Zum letzten Mal war dies 1979 der Fall gewesen. Der Drang der Mitgliedschaft nach Herstellung der Aktionseinheit hatte die erheblichen Widerstände vor allem in der Leitung der CFDT überwinden und gemeinsames Handeln auf Grundlage einheitlicher Aufrufe erreichen können.

Aufrufe wie Aktionen drückten den Willen doch ziemlich vieler aus, nach der Entwicklung seit Sommer 1981 nicht erneut der Reaktion das Feld zu überlassen. Im Vordergrund der Veranstaltungen stand neben der Betonung des internationalen Charakters dieses Kampftages und heftiger Angriffe auf den Rassismus der Bourgeoisie vor allem der Wille, den Angriffen der Kapitalisten auf Lohn und Kaufkraft zu begegnen. Bemühten sich die Führungen von CGT wie CFDT, der Linksinregierung kritische Solidarität auch für die Zukunft zu signalisieren, so war andererseits auf vielen Umzügen der Wille größerer Teile der Gewerkschaftsbewegung nicht zu übersehen, mehr Abstand und Selbständigkeit gegenüber der Regierung zu zeigen. „Mitterand, Mauroy, keine Geschenke den Unternehmern“ und „Kann man gegen die Austeritätspolitik streiten, ohne die Regierung zu bekämpfen?“ waren einige der Parolen, die dieses Strömung ausdrückten.

Spätestens seit Mitte April gewann in vielen Gliederungen von CGT und CFDT, aber auch in der rechtssozialdemokratisch geführten Force Ouvrière (FO) die Ansicht an Boden, gegenüber den von Ministerpräsident Mauroy am 25.3. verkündeten Maßnahmen seiner „Politik der Strenge“ müsse entschiedener als in den ersten Erklärungen der Generalsekretäre (siehe Kasten) reagiert werden. Einem Streik im Kohlebergbau für Lohnerhöhungen folgten in der zweiten Aprilhälfte Aktionstage der CGT im Metallbereich, bei der Post, der Feuerwehr und im kommunalen Sektor. Das nationale Büro der CFDT beschloß für die Zeit vom 25.4. – 29.4. eine Woche der „Initiativen und Debatte“, in der es auch zu Kurzstreiks kam, die FO ruft für den

18.5. zu einem einstündigen nationalen Streik gegen Lohnsenkung und für Arbeitszeitverkürzung auf.

Daß sich im April eine relativ starke Strömung gegen die Regierungsmaßnahmen entwickelte, die in ihren Aktionen keineswegs einfach den Plänen der Gewerkschaftsleitungen entsprach, hatte sicherlich auch seine Ursache darin, daß es diesen in Verhandlungen mit der Regierung nicht gelungen war, nennenswerte Veränderungen an den Beschlüssen durchzusetzen. Die verabschiedeten Maßnahmen sehen – wie schon in Pol. Ber. 7/83, S. 29 berichtet – neben einer 10%igen Zwangsanleihe für alle Einkommenssteuerpflichtigen mit einem Steueraufkommen von über 5000 FF eine einprozentige Sondersteuer zur Sanierung der Sozialversicherung, eine Reihe von Tarifierhöhungen, zusätzliche Steuern auf Alkohol, Tabak und Benzin sowie erhebliche Einsparungen in den Verwaltungen und nationalisierten Betrieben vor.

Während die Einsparungen 24 Mrd. FF einbringen sollen, kalkuliert die Regierung bei Steuern und Abgaben Mehreinnahmen von ca. 40 Mrd. FF ein. Damit werden insgesamt immerhin über 2% des Bruttonationalprodukts weggesteuert, Zwangsanleihe und einprozentige Sondersteuer belaufen sich auf 13% des geschätzten Einkommenssteueraufkommens für 1983. Wir ha-

ben schon im erwähnten Artikel errechnet, daß Zwangsanleihe und Sondersteuer für Verheiratete ohne Kinder mit 8750 FF monatlich (ca. 3000 DM) eine zusätzliche Belastung von 1675 FF jährlich ergeben, für eine Einzelperson, die 6000 FF monatlich verdient, sind es immerhin 1200 FF, die sie im Jahr verliert. Wenn auch die Regierung nicht müde wird zu betonen, daß die Zwangsanleihe nur 7 Mio. Haushalte von 22 Mio. betrifft und die Sondersteuer nur von 14 Mio. gezahlt werden muß, die 1982 über 3381 FF netto zur Verfügung hatten – also tatsächlich Leute mit sehr geringem Einkommen ausgenommen sind –, so kann doch festgehalten werden, daß diese Beschlüsse erhebliche Auswirkungen auf all die haben, die mehr als den Mindestlohn verdienen. Tabak- und Alkoholsteuer werden zudem gerade die Schlechtverdienenden belasten.

Wirtschaftsinstitute und bürgerliche Presse sind sich einig: Die Kaufkraft wird mindestens um 2% durchschnittlich sinken und das Blatt der Industrie „Expansion“ kann lapidar bemerken: „Die angewandten Maßnahmen sind klassisch, keine Widersprüche, nichts lastet auf den Unternehmen, die öffentlichen Investitionen werden nicht geopfert, die Mehrwertsteuer wird nicht erhöht (was inflationistisch wäre und schädlich für die Unternehmen).“

Ministerpräsident Mauroy hat die beschlossenen Maßnahmen mit der massiven Verschlechterung der internationalen Konkurrenzposition des französischen Kapitals begründet. Das Außenhandelsdefizit ist allein von 1981 auf 1982 um 43 Mrd. FF auf 93 Mrd. FF gestiegen (34 Mrd. FF davon aus



Im Februar erstreikten die Arbeiter von Renault und Citroen Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Im Bild das R5-Band bei Renault-Flins.

dem Handel mit der BRD), die Nettoaußenverschuldung betrug Ende 1982 225 Mrd. FF, die Goldreserven sind bei den Stützungsmaßnahmen zugunsten des Franc von 103,7 Mrd. FF Anfang 1981 auf unter 20 Mrd. FF Anfang 1983 abgeschmolzen. Er hat die doch drastische Kurskorrektur auf die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise zurückgeführt und darauf, daß „die Linkregierung, die eine Politik des Wachstums wollte, umgeben war von Regierungen der Rechten, die brutale und wilde Rezessionspolitik betrieben.“

Tatsächlich hatte die französische Regierung mindestens bis zum Herbst 1982 versucht, hauptseitig über die Förderung des Konsums die Produktion zu steigern und die Lohn- und Steuerpolitik entsprechend vorsichtig gehandhabt. Strukturreformen wie die Nationalisierungen und die Herabsetzung des Rentenalters und die damit verbundene Änderung des Arbeiterkörpers sollten die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Unternehmen stärken und gleichzeitig verbunden mit Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit mildern. Dieses Konzept hatte damals die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden und der Arbeiterbewegung gleichzeitig gewissen Spielraum auch im Lohnkampf verschafft. Im Gegensatz zur deutschen oder englischen Arbeiterklasse haben die französischen Arbeiter und Angestellten zwischen Sommer 1981 und Herbst 1982 Lohn und Kaufkraft leicht steigern können v.a. in den unteren Lohngruppen. Aber die Zustimmung zur Regierungspolitik umfaßte zumindest bei Teilen der Gewerkschaften immer auch die Zustimmung zur Stärkung der eigenen Bourgeoisie in der Konkurrenz und zur Wirksamkeit keynesianischer Wirtschaftspolitik. Jetzt, wo der massive Druck der französischen Imperialisten die Regierung zu Maßnahmen drängt, die Stellung des französischen Kapitals auf dem Weltmarkt über gesteigerte Mehrwertabpressung, Lohnsenkung und Steuergeschenke zu fördern, behindert die ideologische und politische Verstrickung der Gewerkschaften in reformistische und direkt chauvinistische Krisenlösungsstrategien die Herausbildung einer eindeutigen Haltung gegenüber den Regierungsmaßnahmen, wie die abgedruckten Dokumente belegen. Eine geschlossene Front der Gewerkschaften aber wird dringlich, stehen doch die entscheidenden Angriffe auf den Lohn selbst noch aus. Die Kämpfe der letzten Wochen und auch die Maidemonstrationen haben jedoch auch gezeigt, daß es eine Entwicklung in diese Richtung gibt.

Quellenhinweis: Le Monde, l'Humanité, syndicalisme (verschiedene Ausgaben), l'expansion April 83, l'express 8.4.83.

Stellungnahmen von CGT und CFDT: Herbe Einzelkritik, doch Zustimmung im Grundsatz

Henry Krasucki, Generalsekretär der CGT, am 28.3.

„Wir stimmen überein, daß energische Maßnahmen nötig sind, um die Inflation zu bekämpfen, das Außenhandelsdefizit zu reduzieren, eine gute Verwaltung der Sozialversicherung zu sichern und die industrielle Entwicklung zu finanzieren. Aber man muß wissen, wer zahlt und was man mit dem Geld tun wird ... Zu viele Lohnabhängige mit geringem Einkommen werden in ihrer Kaufkraft getroffen ... Eine Steuer zur Finanzierung der Sozialversicherung ist gerechter als eine Beitragserhöhung, insofern auch die Einkommen von Nichtlohnabhängigen herangezogen werden, aber die Schwelle ist zu niedrig. Diese Steuer wird folglich Leute mit mittlerem und geringem Einkommen treffen. Man hätte die Latte höher anlegen müssen und zwar progressiv, um die zu treffen, die wirklich Geld besitzen. Das gleiche gilt für die Zwangsanleihe ... Die Masse der nicht wieder investierten Profite bzw. Dividenden, die Spekulationsgewinne, die Kapitalexporte, das sind Quellen, aus denen man schöpfen sollte ...

Die Zukunft liegt im Wachstum und der Schaffung von Konsummöglichkeiten, besonders beim Volk. Sonst droht Rezession und Arbeitslosigkeit. Hier liegt der Mangel in den angekündigten Maßnahmen ...

Wir gehen in die Verhandlungen (mit der Regierung) mit dem Willen, unsere Kritik hörbar zu äußern und Korrekturen vorzuschlagen, die die Interessen der Lohnabhängigen bewahren und die beschlossenen Maßnahmen wirksamer machen. Gleichzeitig wenden wir uns an die Lohnabhängigen, damit sie ohne Verzögerung die Probleme erörtern. Sie müssen sich gleich jetzt in der geeignetsten und wirksamsten Weise Gehör verschaffen.“

Edmond Maire, Generalsekretär der CFDT, am 25.3.

„Wir sind nicht einverstanden mit der Strategie, die den Regierungsmaßnahmen entspringt, vor allem, weil sie auf Kosten der Beschäftigung geht. Eine Politik der Strenge ohne sozialen Anspruch enthält den bitteren Geschmack von Austerität ... Die angewandten Methoden ähneln denen der Rechten. Wir meinen, daß es bedauerlich ist, uns nicht zu kon-

sultieren, wenn wir bereit sind zur Strenge, wenn wir bereit sind, den Lohnabhängigen Opfer abzuverlangen, eine ganze Anzahl von Maßnahmen zu akzeptieren ...

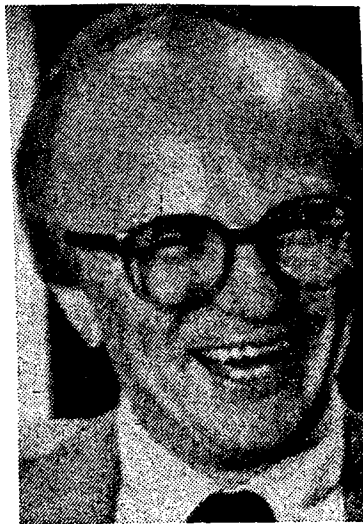
Daß ein Einstich bei der allgemeinen Nachfrage wegen des Außenhandelsdefizits not tut, ist nicht bestreitbar. Aber die Art und Weise entscheidet darüber, ob Fortschritte gegen die Arbeitslosigkeit möglich sind. Wir schlagen vor, daß anstelle einer Zwangsanleihe auf die Steuer, die gleiche Summe – auf Basis eines Vertrages – vom Lohn erhoben wird, allerdings unter zwei Voraus-



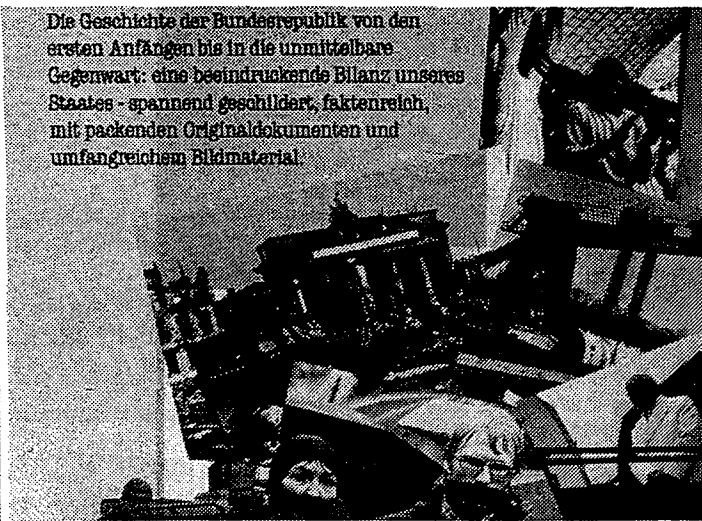
Ministerpräsident Mauroy verkündet die Regierungsmaßnahmen

setzungen: erstens der gewerkschaftlichen Kontrolle der Verwendung des Geldes; und zweitens der Verwendung des Geldes nicht nur zur Förderung von Investitionen, sondern vor allem zur Förderung von Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplätzen.

Beim Arbeitslosengeld werden wir keine Kürzung akzeptieren. Unternehmer und Regierung sollen wissen, daß wir nicht unter das jetzige Niveau zurückgehen, daß wir im Gegenteil meinen, die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen verbessern zu müssen ... Wir werden zusätzlich von der Regierung verlangen, drei Prioritäten in ihr Konzept aufzunehmen: den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die 35-Stundenwoche und die Änderung von Arbeitsinhalt und -bedingungen.“



Die Geschichte der Bundesrepublik von den ersten Anfängen bis in die unmittelbare Gegenwart: eine beeindruckende Bilanz unseres Staates - spannend geschildert, faktenreich, mit packenden Originaldokumenten und umfangreichem Bildmaterial



„Abenteuer Bundesrepublik“

Staatsfernsehen nach Zimmermanns Wünschen: ob „Rechte“ oder „Linke“, alle sind „Deutsche“

Wer erwartet hatte, daß sich in Rundfunk oder Fernsehen Kräfte befänden, die der Regierung bei der Propaganda von deutschnationalem Chauvinismus wenn schon keinen Widerstand, dann doch nicht unbedingt auf der Stelle Gefolgschaft leisten würden, sah sich enttäuscht. Friedrich Nowotny und Elke Heidenreich – beide haben einen Ruf in der Öffentlichkeit als Kritiker der Konservativen – eröffneten die Fernsehserie „Abenteuer Bundesrepublik – Die Geschichte unseres Staates“, zu deren Zweck der verantwortliche Redakteur Ulrich Harbecke erklärt: „Wir wollen einen gewissen republikanischen Stolz auslösen, der dazu beitragen könnte, den heutigen Problemen gelassener entgegenzusehen.“ Die Serie ist ein Versuch der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt ARD, die Leimruten der Volksgemeinschaft so auszulegen, daß auch in Opposition zur konservativ-liberalen Regierung stehende Kräfte kleben bleiben und zu fangen seien. So lud man sich zur Eröffnungssendung einige, die für kritisch gelten, und ließ Stephan Sulke über „Germania“ singen: „... aber irgendwie: ich liebe sie“, egal, was sie sich so „geleistet hat“. Mit dem im Refrain „Bin ich denn vielleicht ein Patriot, oder bin ich ein Idiot (wörtlich übersetzt: eigen, ohne Beziehung Lebender, d. Verf.)“ angelegten Gegensatzpaar von einem, der fürs Vaterland gelte, zu einem, der zu gesellschaftlichen Beziehungen unfähig ist, wird

fürs Folgende jedenfalls „Deutschsein“ zum Merkmal der Menschennatur erklärt und die „Liebe zu Deutschland“ zum normalen Gefühl.

Um deutsche Gefühle bei jenen zu wecken, die nationalem Schmus eher fern stehen, weil sie befürchten, daß damit ihre Knochen gefordert werden, schien den Autoren der Serie mehr notwendig als nur die Wiederholung der vielen gängigen Verfälschungen und Legenden über die Entwicklung der BRD. Sie fehlen keineswegs: die Legende, daß die Wiederherstellung der Macht der ehemals deutschen, nunmehr westdeutschen Finanzbourgeoisie die Geburtsstunde der Demokratie gewesen sei, oder die Behauptung, die rasche Bereicherung der Kapitalisten in den fünfziger Jahren sei ein „Wirtschaftswunder“ für die Arbeiter gewesen. Die Redakteure der Sendung lassen auch kaum irgendeine der bekannten Hetztiraden gegen die DDR aus: von den „Todeschüssen“ an der Grenze bis hin zum „17. Juni“ als „Volksaufstand für die Freiheit“.

Bemerkenswert ist aber, daß doch viele Bewegungen, die Kritik an der Politik der westdeutschen Bourgeoisie und an den gesellschaftlichen Zuständen in der BRD zum Ausdruck brachten, in den Sendungen Erwähnung finden. Zum Beispiel Folge Nr. 3 „Wir sind wieder wer“: Ob die Kampagne „Kampf dem Atomtod“,

ob Bemerkungen über die Vermögensverteilung, ob Kritik an reaktionären Heimatfilmen („Schwarzwaldmädel“), sie werden alle genannt und zitiert. Auf Ludwig Erhard und das Lob der Marktwirtschaft folgen Hans Böckler und die Gründung des DGB, man beachte allerdings wie: Nach 1945 hätten die Gewerkschaften zunächst gemeinsam mit den Unternehmern das Demontage-Programm der Alliierten verhindert und damit die „deutsche Wirtschaftsmacht“ gerettet. Allerdings habe die Währungsreform für die Arbeiter bei steigenden Preisen und „noch nicht“ wachsenden Löhnen ihre „Schattenseite“ gehabt. Nun folgen knapp Bilder und Zitate vom Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949. Ausführlicher wird dann ein Ereignis berichtet, das den DGB als „deutsch“ ausweist: der Ausschnitt aus einer Rede des damaligen DGB-Vorsitzenden H. Böckler anlässlich der Eröffnung der Ruhrfestspiele, wonach sich die Gewerkschaften als „Hüter des deutschen Kulturgutes“ betrachten. Die Redakteure der Sendung haben eine sorgfältige Auswahl getroffen: Die Kritik, die sie zitieren, um den Anschein einer Lobeshymne auf die BRD zu vermeiden, bewegt sich stets im Rahmen von „deutschen Interessen“. Die Ostland-Parolen eines Zimmermann finden so ihre Ergänzung im „trotz alledem: deutsch“.

Quellenhinweis: Ulrich Harbecke, Abenteuer Bundesrepublik, Lübbe-Verlag

Viel Technik für finstere Fantasy

„Eine andere Zeit, eine andere Welt“, so beginnt der Film „Der dunkle Kristall“. Das schmeißt Regisseur Henson, Erfinder der Muppetpuppen, dem Zuschauer als Begründung hin, um sich zu erlauben, einige ewige Werte von der wirklich existierenden Welt abzuheben und diese Werte, einmal selbständig gemacht, in absonderliche Gestalten einzukleiden. Die „Wahrheit“, verkörpert in einem keulenförmigen Riesenkristall, ist verdunkelt durch Uneinigkeit. Wird der abgebrochene Splitter wieder eingefügt, so wird die Welt wieder heil. Die lebenden Geschöpfe, die sich in Gute und Böse aufgrund der Verletzung der Wahrheit gespalten haben, werden auch wieder eins. Als Heiland fungiert ein „Gelfling“, eine Art unschuldiges Kind mit spitzen Ohren. Er wird unterstützt von einer Sorte weiser Hammel, die im Augenblick der Gefahr mit einem Gesang, der bloß aus Harmonie und Brustton der Überzeugung besteht, eingreifen. Ein Riesenaufwand wird getrieben, um diese dürrtigen, teils rassistischen, teils christlich-mystischen Ideen zu transportieren. Komplizierte Marionetten, elektronisch bewegte Puppen, in die Kostüme von Scheusalen eingezwängte Schauspieler einschließlich Zwergen werden gleichzeitig eingesetzt. Der dadurch erzielte Realismus der Darstellung, z.B. bei Szenen, in denen „Menschenversuche“ durchgeführt werden, sowie ekelhaften Freßszenen, soll, eingebettet in die fantastische Handlung, gedankenlos konsumiert werden können.

Kindheit im Warschauer Getto

Das Buch ist enttäuschend. Man kann der Autorin nicht vorwerfen, daß sie aus einem bürgerlichen Elternhaus stammt und eine getreue Schilderung ihrer Erziehung und ihres Aufwachsens als behütete Tochter, der es an nichts fehlte und von der die Realitäten des Lebens ferngehalten wurden, liefert. Man braucht ihr auch nicht böse zu sein, daß sie ihre frühe Begabung fürs Schreiben, die natürlich gefördert wurde, hervorhebt sowie ihre Begeisterung für Bücher und Theater. Aber daß sie sich als Erwachsene, die dieses Erinnerungsbuch schreibt, wenn auch künstlich aus der Perspektive

des kleinen Mädchens, das vieles nicht verstanden hat, sozusagen weigert, politische Wertungen vorzunehmen, obwohl sie doch die Wirkung der nationalsozialistischen Verbrechen auf die jüdische Bevölkerung Polens beschreibt, bietet ihr einen Freiraum, in dem die faschistischen Verbrecher ausgespart werden. Obwohl sie das Zusammentreiben im Warschauer Getto, die Selektionen, die brutalen Methoden, die Juden zu vernichten, das Elend dieses Lebens mit Wahrheit darstellt, fehlt doch ein wichtiges Stück der Wahrheit. Der Widerstandskampf wird fast geleugnet. Kaum findet sich mehr als eine Andeutung, daß überhaupt Kämpfe vorbereitet werden. Geschildert und gewürdigt werden sie nicht. Janina und ihre Familie nehmen daran nicht teil. Mit Sympathie wird dagegen die Familie dargestellt, die mit den Nazis kollaboriert und dem Mädchen eine Zuflucht bietet. Im letzten Moment, den sicheren Tod ihrer Eltern vor Augen, wird sie aus dem Getto herausgeschmuggelt. Janina David ist nach Kriegsende über Frankreich nach Australien emigriert. Sie ist nicht nach Polen zurückgekehrt, sondern lebt heute in London. 1982 wurde „Ein Stück Himmel“, der erste Teil ihrer Lebenserinnerungen, für das Fernsehen bearbeitet und mit Erfolg gesendet. Man hat das ungute Gefühl, daß die westdeutsche Bourgeoisie dieses Stück mit Bedacht ausgewählt hat, weil es ihr nicht schaden kann, wenn die Leiden des jüdischen Volkes dargestellt werden, ohne daß den Verursachern dieser Leiden ein Haar gekrümmt wird.

Janina David, Ein Stück Himmel, Knauer TB 2307, 7,80 DM

Eine sorgfältige bürgerliche Dokumentation

Joseph Wulf hat mit der Dokumentation „Literatur und Dichtung im Dritten Reich“ eine ausführlich und sorgfältig recherchierte Sammlung von Texten veröffentlicht, die zum großen Teil der Öffentlichkeit nicht anders zugänglich sind. Die Dokumentation ist die fünfte einer Reihe über die Kulturpolitik der Faschisten in Deutschland, die zum ersten Mal zwischen Anfang und Mitte der sechziger Jahre in der BRD erschienen sind und jetzt neu aufgelegt wurde. Die ideologische, politische und rassistische Zensur der gesamten Literatur durch die nationalsozialistische Partei und

Regierung vom Regierungsantritt an belegt Wulf ausführlich, angefangen von den ersten faschistischen Razzien in der Berliner „Akademie der Künste“ bis zu den ekelerregenden Bemühungen der Faschisten, eine eigene, umfassende Literatur und Literaturkritik zu schaffen.

Eindeutig weist Wulf nach – und das unterscheidet ihn wohlthuend von vielen anderen bürgerlichen Veröffentlichungen, die in der BRD zu diesem Thema erschienen sind –, daß sich die Faschisten bei ihren Zensurbestrebungen auf zahlreiche, auch international bekannte und zum Teil noch heute lebende und schreibende Schriftsteller und Literaten stützen konnten. Die Bücherverbrennungen, die die brutale Zensur der öffentlichen Bibliotheken, die Bespitzelung der privaten Buchbestände der Arbeiter, Angestellten, Studenten und Professoren einleiteten, wurden geleitet und unterstützt von langjährig tätigen Universitätsprofessoren und Schriftstellern, die keineswegs alle Mitglied der nationalsozialistischen Partei waren. Wulf kommentiert den bedenkenlosen Karrierismus dieser Intellektuellen: „... Offen und in der Schwebe bleibt jedoch immer noch die Frage, wieso auch Menschen mit festen Vorstellungen von Sitte, Anstand, Vornehmheit und vor allem mit Substanz sich so schnell anziehen und mitreißen ließen. Es ist immer ein Vorrecht anständiger Leute gewesen“, schreibt Wilhelm Raabe, „in bedenklichen Zeiten lieber für sich den Narren zu spielen, als in großer Gesellschaft unter den Lumpen mit Lump zu sein.“ Viele waren damals wohl anderer Ansicht. Nützlich ist diese Dokumentation, weil sie zum einen die faschistischen Zensurbemühungen ausführlich darlegt und weil Wulf zudem die Lebensläufe, Pseudonyme und Werke derjenigen Schriftsteller, Universitätsbeamten und Zensoren veröffentlicht, die die faschistische Unterdrückung befördert haben. Verschiedenste dieser literarisch tätigen Leute sind nie Mitglied der nationalsozialistischen Partei geworden und konnten sich sofort nach Ende der faschistischen Herrschaft mit weißer Weste präsentieren, „innere Emigration“ vorgeben, obwohl sie eifrig für ihr eigenes Wohl alles unterstützt und mit betrieben hatten.

Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Ullstein-Buch Nr. 33029, 16,80 DM

Mende-Memoiren

Die ungebrochenen Sehnsüchte nach einem Rittergut im Osten

Ein Dokument für den „geistigen Hintergrund und die moralischen Grundlagen dieser freiheitlichen Demokratie und ihrer entscheidenden und entschiedenen Architekten und Verfechter“ hat Ex-Bundestagspräsident Stücklen die jüngst erschienene Biografie des langjährigen FDP-Vorsitzenden Mende genannt.

Worin besteht die „Rechenschaft“ des Nachkriegspolitikers Mende über seine Zeit als Offizier der faschistischen Wehrmacht, eine Zeit, in der er sich dermaßen großartig geschlagen haben muß, daß er zum Major aufstieg und mit dem EK II, dem EK I, dann dem „Deutschen Kreuz in Gold“ und schließlich dem „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“ ausgezeichnet wurde?

Vor allem darin, daß Mende und alle Offiziere, die er kannte, „guten Glaubens und Gewissens“ für jeden Eroberungs- und Angriffskrieg zu haben waren, solange nur Aussicht auf Erfolg bestand. Mende: „Man war einfach führertreu.“

Schon als Wehrpflichtiger vor dem Einmarsch in Österreich wartete er so fieberhaft auf den Einsatzbefehl für sein Regiment, „um nichts zu versäumen“. Angesichts dieses ersten faschistischen Eroberungscoups erklärt er heute: „Natürlich war es ein stolzer Augenblick, Deutschland und Österreich im Großdeutschen Reich vereinigt zu sehen.“ Die Annexion der Sudetengebiete und die folgende Besetzung der Tschechoslowakei finden ebenso seine Zustimmung. Schließlich wurde „in diesem künstlichen Staatsverband“ das „Selbstbestimmungsrecht“ insbesondere der Deutschen mißachtet, was „zu immer größeren Spannungen“ führte. Mußte da nicht der reichsdeutsche Überfall geradezu „entspannend“ erscheinen? Mende aber muß wieder einmal „neidvoll das Schauspiel in Rundfunk und Presse ... verfolgen“, sein Regiment ist wieder nicht dabei!

Dafür aber hat er gemerkt, daß die faschistische Reichswehr „in jeder Hinsicht eine Elite-Truppe“ ist. Also meldet er sich zur Offiziersausbildung. Schließlich kann der Krieg jeden Tag losgehen, und als oberschlesischer Pferdenarr weiß man doch von den Vorteilen eines Ritterguts als kommende Offiziersprämie!

Es folgt der Überfall auf Polen. Mende als Polenretter zu Lemberg: „Die Polen wollten nicht in die Hände der Sowjets fallen, sondern lieber in deutsche Gefangenschaft gehen.“ Beim „Frankreichfeldzug“ registriert er gleich zu Beginn in Eupen-Malmedy befriedigt, daß „uns die Deutsch-Belgier dieser Kreise natürlich als Befreier mit allen Zeichen ihrer Heimattreue zu Deutschland“ begrüßten. In Frankreich kommt es noch besser, hier „mußte man viel Überzeugungskraft aufbieten, um die Verbrüderung der Soldaten mit der französischen Bevölkerung in Grenzen zu halten“. In Rußland sei die Bevölkerung ebenfalls „keineswegs feindselig“ gewesen, wenigstens zu Anfang nicht: „In vielen Ortschaften kam der Dorfälteste, der „Starost“, mit buntgekleideten Mädchen und überreichte den einmarschierenden Soldaten Brot und Salz zum Zeichen der Unterwerfung.“ Usw. usf. Wir verzichten auf eine eingehende Befassung mit der von Mende neuerlich ausgewalzten These von der „sauberen“ Wehrmacht im Gegensatz zur „schmutzigen SS, SA usw.“. Diese ist so offenkundig verlogen – angefangen vom allseits befolgten „Kommissarbefehl“, der den Offizieren die sofortige Erschießung jedes gefangengenommenen Parteifunktionärs zur militärischen Pflicht machte, bis dahin, daß eine festgelegte „Arbeitsteilung“ zwischen der Wehrmacht und den ihr auf dem Fuße folgenden „Spezialeinheiten“ sowieso für den Erfolg des Feldzugs und für die Aufrechterhaltung der Disziplin unerlässlich war.

Ende 1941 begann Mende zu schwanen, daß es mit dem Rittergut möglicherweise nichts werden könne. Anfang 1944 trifft er mit General von Tresckow zusammen, einem der Verschwörer des „20. Juli 1944“. Mende entwickelt seine „Friedenspläne“: „Wenn man den Krieg nicht mehr gewinnen kann, muß man versuchen, eine Lösung zu finden, die einigermaßen noch zu verantworten ist“, erklärt er dem General. „Ich würde die Front im ganzen Bereich der Sowjetunion zurücknehmen auf die alte Reichsgrenze oder auf die alte Linie, wie sie nach dem Polenfeldzug zwischen Moskau und Berlin vereinbart war. Also entlang des Bug herunter an den San, Räumung aller nach dem 22. Juli 1941 in der Sowjetunion besetzten Gebiete. Nach der planmäßigen Räumung Ausbau einer tiefgestaffelten Verteidigungszone mit

der entsprechenden Bereitstellung beweglicher Reserven. Ich würde auch im Westen das besetzte Frankreich, Holland und Belgien räumen und die Deutsche Wehrmacht in die alte Westwalllinie von 1940 zurücknehmen ... Wir müssen einen Waffenstillstand suchen. Zunächst mit dem Westen ...“

Im Klartext: Rückzug auf das laut Mende „zu verantwortende“ zentraleuropäische Kolonialimperium Deutsches Reich plus Österreich plus Polen plus Tschechoslowakei, sodann Bündnis mit den bisherigen Kriegsgegnern Frankreich, Großbritannien und vor allem den USA, um später mit vereinten Kräften einen neuen Ostlandfeldzug zu starten. Das Konzept des Majors Erich Mende entspricht so ziemlich genau den Bündnissen und Kriegsplänen, die die westdeutsche Finanzbourgeoisie noch heute vertritt. Nur daß sie diese heute von einem glücklicherweise doch bedeutend dezimierten Territorium aus verfolgen muß, verglichen mit den von Mende als „schon immer deutsch“ zur Annexion vorgesehenen Gebieten. Bliebe noch abschließend zu vermerken, wo der Wehrmachtsmajor Mende heute tätig ist: Er ist Vorstandsmitglied im „Verein für das Deutschtum im Ausland“ und ruft zum 17. Juni zu einer „Freiheitskundgebung“ in Westberlin auf.

Erich Mende, Das verdammte Gewissen, Zeuge der Zeit 1921 – 1945, Herbig Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1982.

Carl Schmitt

Legalität und Legitimität unter dem Begriff des Politischen

Die Prognose der Reaktion für die 80er Jahre ist skeptisch bis düster: „Wenig spricht dafür, daß die Lichter gleich ausgehen. Aber sie flackern. Und daß, wo Gefahr ist, das Rettende wachse, wachse wie von selbst, hat nur der Dichter geglaubt“ (1). Ein führender Strategie bundesdeutscher Sicherheit stellt fest: „In der grundsätzlichen Tendenz werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen weiter, und zwar wohl sehr erheblich, zunehmen“ (2). Symptomatisch, daß das Thema „Der Ernstfall“ zum Gegenstand einer Vortragsreihe der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung gewählt wurde (vgl. Politische Berichte 5/83, S. 36). Untersucht man die Flut konservativer Theoriebildung in den letzten Jahren, so fällt darüber hinaus auf, mit welcher Intensität auf den verschiedenen Ebenen ein Rückgriff auf den Staatsrechtler Carl Schmitt stattfindet (3).

Schmitt entwickelt in seiner Verfassungslehre den Unterschied von Legalität und Legitimität (4). „Man kann nicht die Ehe, die Religion, das Privateigentum feierlich unter den Schutz der Verfassung stellen und in ein und derselben Verfassung die legale Methode zu ihrer Beseitigung offerieren.“ Die Verfassung stehe keineswegs zur freien Disposition des souveränen Volkes, sondern enthalte mit den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen eine Wertordnung, die grundsätzlich unveränderlich sei. Diese Ordnung repräsentiere eine Super-Legalität, „die sich nicht nur über die gewöhnlichen, einfachen Gesetze, sondern auch über die geschriebenen Verfassungsgesetze erhebt und ihre Beseitigung durch verfassungsändernde Gesetze ausschließt“. Die Verfassung zerfalle in ein kraft- und substanzloses „funktionalistisches Mehrheitssystem“, das System der Legalität, und in eine Ordnung substanzhafter Werte, das System der Legitimität. Die Verfassung der Weimarer Republik wird von Schmitt attackiert, weil sie die Möglichkeit der legalen Beseitigung der „wahren Heiligtümer des bürgerlichen Rechtsstaates“ biete. Die notwendige „Neugestaltung des deutschen Verfassungswesens“, die Schmitt mit dem Ende der Weimarer Republik fordert, müsse folgende „erste und wichtigste Frage“ beantworten: „Anerkennung substanzhafter Inhalte und Kräfte des deutschen Volkes oder Beibehaltung und Weiterführung der funktionalistischen Wertneutralität mit der Fiktion gleicher Chancen für unterschiedslos alle Inhalte, Ziele und Strömungen“. Und weiter: „Eine Verfassung, die es nicht wagen würde, sich hier zu entscheiden, sondern statt einer substanzhaften Ordnung den kämpfenden Klassen, Richtungen und Zielsetzungen die Illusion geben wollte, daß sie legal auf ihre Rechnung kommen, alle ihr Parteiziel legal erreichen und alle ihren Gegner legal vernichten können, ist heute nicht einmal mehr als ein dilatorischer Formelkompromiß möglich und würde im praktischen Ergebnis auch ihre eigene Legalität und Legitimität zerstören.“ Schmitt liefert so eine theoretische Begründung für die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung der faschistischen Diktatur: „Ein solcher Staat läßt in seinem In-

nen keinerlei staatsfeindliche, staatshemmende oder staatszerspaltende Kräfte aufkommen. Er denkt nicht daran, die neuen Machtmittel seinen eigenen Feinden und Zerstörern zu überliefern und seine Macht unter irgendwelchen Stichwörtern, Liberalismus, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben zu lassen.“ (5)

Im Grundgesetz zog die westdeutsche Bourgeoisie Konsequenzen aus der Schmittschen Kritik an der „funktionalistischen Wertneutralität“ der Weimarer Verfassung. Mit der Schöpfung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wurde bereits in der Verfassung eine existentielle Wertentscheidung für die Untastbarkeit der Bourgeoisieherrschaft getroffen. Der Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird verwandt in Art. 18 (Grundrechtsverwirkung für die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung), Art. 21 Abs. 2 (Parteiverbot) und Art. 91 (Notstandsbefugnisse des Bundes). Die mangelnde juristische Bestimmbarkeit dieses Begriffs ist keine juristische Unzulänglichkeit des Grundgesetzes, sondern strukturell bedingt: Die juristischen Formen der Verfassung enthalten Verhaltensnormen, d.h. sie beschreiben lediglich ein wirkliches oder mögliches Verhalten von Subjekten; existentielle Wertentscheidungen, wie sie Schmitt von der Verfassung fordert, enthalten Wertfestlegungen, die dem juristisch normierten Verhalten vorgelagert sind und es von einer gesellschaftlichen Beziehung zu einem Akt der Wertverwirklichung machen. Ein Beispiel: Die Garantie der freien Meinungsäußerung im Rahmen der allgemeinen Gesetze hat unter einer klassisch bürgerlichen, verhaltensorientierten Verfassung einen anderen Charakter als in einer Verfassung als existentieller Wertentscheidung. Im ersten Fall – so in der Weimarer Republik – ist ein Eingriff in die Meinungsfreiheit nur zulässig, wenn ein allgemeines Gesetz – z.B. die Straftatbestände der Beleidigung, üblen Nachrede, Verleumdung – durch die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungsäußerung verletzt wird; im zweiten Fall steht die Grundrechtsausübung unter dem Vorbehalt der Verwirklichung des existentiellen Verfassungswertes und kann daher bereits eingeschränkt werden, wenn dieser Wert verletzt wird, z.B. wenn die Meinungsäußerung zum Inhalt hat, daß es in der BRD keine wirkliche Meinungsfreiheit gebe (6).

Tatsächlich haben auch Bundesverfassungsgericht und Staatsrechtslehre die These entwickelt, daß es elementare Verfassungsgrundsätze und Grundentscheidungen gibt, die im Grundgesetz eine Wertordnung oder ein Wertsystem begründen (7), das seinem Wesen nach „streitbar“, „abwehrbereit“ oder auch „militant“ ist (8). „Im Einzelfall bedeutet das, daß keiner der Bürger sich auf ein Grundrecht berufen kann, um mit dessen Hilfe die verfassungsmäßige Ordnung zu zerstören.“ (9). „Die Bundesrepublik Deutschland ist im Gegensatz zur Weimarer Republik eine Demokratie, die einen Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes nicht hin nimmt, vielmehr von ihren Bürgern eine Verteidigung dieser Ordnung erwartet und *Feinde dieser Ordnung, auch wenn sie sich formal im Rahmen der Legalität bewegen*, nicht toleriert“ (10). Man versteht jetzt gut die Erklärungen führender CSU-Politiker, ein Verbotsantrag gegen die Grünen werde beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben.

Sah Schmitt in (Individual-)Freiheit und Eigentum die „wahren Heiligtümer des bürgerlichen Rechtsstaates“, so besteht für den führenden Grundrechtskommentator Dürig der „unproblematische Kern der freiheitlichen Demokratie“ im „Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft“. „Gewalt“ und „Willkür“ stellen eine politische Herrschaftsform dar, „wie sie nicht sein soll“, wie sie „drüben“ besteht. So bestimmt sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung von Anfang an anti-kommunistisch, als Kampfinstrument des bürgerlichen Eigentums und der ihm entsprechenden Verkehrsformen bürgerlicher Freiheiten.

Von besonderer aktueller Bedeutung für die westdeutsche Bourgeoisie ist Schmitts „Begriff des Politischen“, 1927 erstmals erschienen. Die Schrift wurde vom deutschen Konservatismus begeistert aufgenommen. Ernst Jünger: „Die Abfuhr, die allem leeren Geschwätz, das Europa erfüllt, auf diesen 30 Seiten erteilt wird, ist so irreparabel, daß man zur Tagesordnung, also, um mit Ihnen zu sprechen, zur Feststellung des konkreten Freund-Feind-Verhältnisses übergehen kann. Ich schätze das Wort zu sehr, um nicht die vollkommene Sicherheit, Kaltblütigkeit und Börsartigkeit Ihres Hiebes zu würdigen, der durch alle Paraden geht“ (11). Und die Lobeshymnen für den bald 95jährigen (12) mehren sich in den letzten Jahren in auffallender Weise (13).

Nach Schmitt ist „die eigentlich politische Unterscheidung die von Freund und Feind. Sie gibt menschlichen Handlungen und

Motiven ihren politischen Sinn; auf sie führen schließlich alle politischen Handlungen und Motive zurück“ (14). Diese Begriffsbestimmung des Politischen löst die politischen Widersprüche vollständig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, was Schmitt ebenso in seiner Verfassungslehre bei der Verkündung substantieller Werte als Kern der Verfassung machte. Der Feind – so Schmitt weiter – sei „in einem besonders intensiven Sinne existentiell ein Anderer und Fremder, mit dem im extremen Falle existentielle Konflikte möglich sind“. Schmitt stellt ausdrücklich klar, daß es dabei nicht um private Gegner oder bloß wirtschaftliche Konkurrenten geht. „Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach, um ihre Existenz kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist also nur der öffentliche Feind.“ Aus dieser Bestimmung des Politischen folgt dann die Aufgabenstellung für den Staat: „Der politische Gegensatz ist der intensivste und äußerste Gegensatz, und jede konkrete Gegensätzlichkeit ist umso politischer, je mehr sie sich dem äußersten Punkte der Freund-Feind-Gruppierung nähert. Das Wesen der politischen Einheit besteht darin, *innerhalb der Einheit diese äußerste Gegensätzlichkeit auszuschließen*. Der Staat, der für die europäische Geschichte der letzten Jahrhunderte die klassische Gestalt der politischen Einheit darstellt, sucht daher alle politischen Entscheidungen bei sich zu konzentrieren und dadurch die innerstaatliche Befriedung herbeizuführen.“

Diese innerstaatliche Befriedung ist notwendig, damit der Staat als „organisierte politische Einheit“ „als Ganzes für sich die Freund-Feind-Entscheidung treffen kann“. Um diesen Zustand zu erreichen, dürften die Parteien nicht weiter über Staat und Volk gesetzt werden: „Dann verliert der Gedanke einer umfassenden, alle innerpolitischen Parteien und Gegensätzlichkeiten relativierenden politischen Einheit (des „Staates“) seine Kraft und die innerstaatlichen Gegensätze erhalten infolgedessen eine stärkere Intensität als der gemeinsame außenpolitische Gegensatz gegen einen anderen Staat.“ Lasse es der Staat soweit kommen, drohe der Bürgerkrieg, der den Staat als Ganzes handlungsunfähig nach außen mache. „Zum Staat als einer wesentlichen politischen Einheit

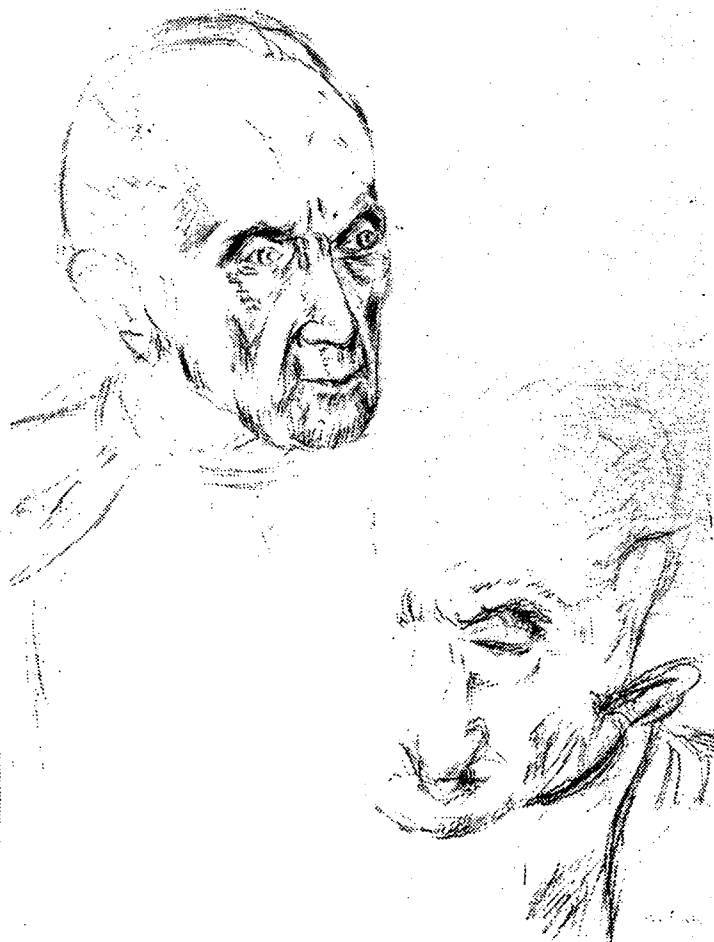
gehört das ius belli (Recht, Krieg zu führen), d.h. die reale Möglichkeit, im gegebenen Fall kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und ihn zu bekämpfen.“ „Die Leistung eines normalen Staates besteht vor allem darin, innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedung herbeizuführen, Ruhe, Sicherheit und Ordnung herzustellen ... In allen Staaten gibt es deshalb in irgendeiner Form schärfere oder mildere Arten der Ächtung, des Bannes, der hors-la-loi (Außer-das-Gesetz)-Setzung, mit einem Wort, der innerstaatlichen Feinderklärung.“

Daß die Polarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD in diesen Schmittschen Kategorien gefaßt werden muß, steht für den Konservatismus außer Frage: „Der Störer wird ideologisch verdeckt oder in direkter Aktion zum Feind des Systems, das in vielen vitalen Details störungsempfindlich ist. Wer systematisch stört, zerstört das System. So wird der Störer – und dies nicht nur der Terrorist – zum Feind der Ordnung. Legalität und Legitimität geraten wieder unter den Begriff des Politischen.“ (15)

Der Störer wird auch beim Namen genannt. Nur ein starker Staat sei noch in der Lage, die durch die „Organisationsmacht Begünstigten“, also die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im Zaum zu halten (16). Angesichts einer stagnierenden Verteilungsmasse könne eine ähnliche Entscheidungssituation wie am Ende der Weimarer Republik auch für den Staat der BRD nicht mehr ausgeschlossen werden. Dann stehe er dort, „wo er nicht pluralistisch, sondern wertsetzend die Richtung zeigen oder die Dinge resignierend dem von Gruppeninteressen bestimmten Lauf überlassen muß. Dieser Kreuzpunkt ist für die BRD in Sichtweite“.

(1) J. Groß, Unsere letzten Jahre, 1980, S. 161; (2) A. Stümper, Landespolizeipräsident Baden-Württemberg, in: Die Polizei, 1/82; (3) so R. Saage, Rückkehr zum starken Staat?, 1983; (4) Schmitt, Legalität und Legitimität, 1932; (5) dgl., Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland, 1933; (6) BVerfGE 28, 50; (7) BVerfGE 5, 85ff.; Maunz-Dürig-Herzog, Grundgesetz, Rdnr. 1ff. zu Art. 1; (8) vgl. i.E. U. Preuß, Legalität und Pluralismus, 1973; (9) OVG Lüneburg, DVBl 72, 958; (10) BVerfGE 28, 48; OVG Lüneburg, a.a.O.; (11) E. Jünger, zit.n. Groß, a.a.O.; (12) Schmitt wurde 1888 geboren, ab 1922 Prof. f. öfftl. Recht, ab 1.5.1933 Mitglied d. NSDAP, später preuß. Staatsrat u. Reichsfachgruppenführer der Reichsfachgruppe Hochschullehrer des Bundes nat. soz. dt. Juristen; (13) vgl. u.a. Groß, a.a.O. S. 140; Kaltenbrunner in: Illusionen der Brüderlichkeit. Die Notwendigkeit, Feinde zu haben, Herder 1980; (14) nachfolgende Zitate aus Schmitt, Der Begriff des Politischen, 1927; (15) R. Altmann zum 90. Geburtstag von Schmitt in: FAZ, 8.7.1978; (16) K.-F. Fromme in FAZ, 27.1.1981

Bleistiftskizzen



Portraitstudien von Altenheimbewohnern – Skizzen aus der Ersatzdienstzeit, thk, Bielefeld, 1982

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT ZUR SOZIALREFORM

Vor der Rentenreform 1956/57 nimmt der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V. Stellung: "Die in den Gesetzentwürfen vorgeschlagene Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die mit der Höhe der Einkommen zusammenhängende Schutzbedürftigkeit bedeutet eine ebenso große Gefahr wie die gewünschte Vollversorgung auf Umlagebasis. Die daraus für eine freiheitliche Wirtschaftsform entstehenden Bedrohungen werden vergrößert durch die beabsichtigte dynamische Gestaltung einer solchen Vollversorgung. Es ist ein Irrglaube, drei Viertel des Volkes oder noch mehr gegen die Schicksale der Währung oder langfristige Bewertungsänderungen immunisieren zu können." (Geschäftsbericht 55/56)

Ein Jahr später bewertet der Verband das Gesetz. Zur "Dynamisierung" der Renten (Anpassung): "Die Automatik der Entwürfe wurde aufgegeben. Am Wege der möglichen gesetzlichen Anpassung liegen so viele Bremsen, daß ... eine von der überragenden Bedeutung statischer Währungsgrundlagen überzeugte Regierung ... unheilvolle Wirkungen auf die Grundlagen der Wirtschaft ... verhüten kann." Zur Frage "Vollversorgung" oder "Grundversorgung": "Wenn der Zwang darauf gerichtet ist, einen angemessenen Grundbedarf sicher zu stellen, bleibt das Wohltuende des sozialen Ausgleichs gewahrt. Steigerungen des Zwangs darüber hinaus sowohl nach dem Volumen der Vorsorge (Vollversorgung statt Grundversorgung) wie auch nach dem Kreis der Zwangsversicherten verursachen eher soziale Spannungen, als daß sie diese beheben." (Geschäftsbericht 1956/57, S. 30 ff)

Die Befreiungsmöglichkeit für die neu in die Versicherung verpflichteten Angestellten wird als "Kompromiß" gewertet: "Daß über 63000 Angestellte im Jahre 1957 von der ihnen eingeräumten Wahlmöglichkeit ... Gebrauch gemacht haben, ist ein eindrucksvolles Bekenntnis dieses Personenkreises zur eigenverantwortlichen Vorsorge in Form der privaten Lebensversicherung ..." (Geschäftsbericht 1957/58, S. 32) Und: "Dieser Volumenzuwachs der deutschen Lebensversicherung, der den Neuzugang im Jahre 1957 auf eine Rekordhöhe brachte, hat zweifellos gezeigt, daß die vertragliche Lebensversicherung für den normalen Vorsorgefall der staatlichen Rentenversicherung erheblich überlegen ist ..." (S. 53)

Jahr	BESTAND AN LEBENSVERSICHER.		LEBENSVERSICHER.		SUMME		ANGELEGT ES		VERMÖGEN	
	Ge- samt MIO.	Ände- rung %	Groß- leben MIO.	Ände- rung %	Anteil Großl. %	je Vers. MRD.	je Gr. DM	je Gr. MRD.	1. Ver- Stand	Änder. %
1950	23.8		4.7			14.7	617	8.7	1855	2.7
1951	25.4	+6.6	4.7	0.6	19.8	16.9	668	9.7	2050	3.3
1952	27.4	+8.2	4.9	3.2	18.7	19.9	725	11.2	2292	3.9
1953	29.3	+6.9	5.2	5.6	17.8	23.1	786	13.1	2531	4.9
1954	32.0	+9.1	5.3	2.9	17.6	28.3	885	15.3	2878	5.8
1955	33.8	+5.7	5.7	7.5	16.6	32.7	967	18.0	3155	6.8
1956	35.9	+6.1	6.1	6.5	16.9	37.7	1050	20.9	3442	7.8
1957	37.6	+4.6	6.6	8.7	16.9	44.5	1185	25.7	3892	9.1
1958	38.8	+3.2	7.1	7.5	17.6	50.4	1299	29.5	4144	10.5
1959	41.4	+6.6	7.6	7.0	18.3	57.7	1395	34.1	4474	12.3
1960	43.4	+4.8	8.2	7.3	18.4	66.2	1525	39.7	4857	14.4
1961	44.8	+3.2	8.8	7.3	19.6	76.7	1711	47.2	5355	16.7
1962	46.2	+3.1	9.4	6.8	20.3	87.4	1891	54.5	5802	19.4
1963	47.3	+2.4	10.1	7.5	21.4	99.2	2098	62.9	6226	22.3
1964	49.1	+3.8	10.9	7.9	22.2	113.1	2301	72.9	6670	25.6
1965	50.5	+2.9	11.9	9.2	23.6	130.9	2591	87.3	7334	29.0
1966	51.7	+2.4	12.8	7.6	24.8	147.6	2855	99.8	7824	33.0
1967	52.7	+1.9	13.7	7.0	26.0	163.3	3101	111.7	8156	37.7
1968	54.0	+2.5	15.0	9.5	27.8	187.9	3482	132.6	8850	42.7
1969	55.4	+2.6	16.5	10.0	29.8	210.1	3794	150.1	9120	47.9
1970	56.2	+1.4	18.0	9.1	32.0	235.3	4190	170.5	9472	53.3
1971	58.5	+4.1	20.8	15.6	35.6	281.9	4819	211.2	10171	60.1
1972	60.2	+2.9	23.0	10.6	38.2	362.3	6016	248.2	10780	68.4
1973	60.4	+0.3	25.5	10.9	42.2	353.3	5848	282.9	11092	76.5
1974	61.3	+1.5	27.0	5.6	44.0	387.6	6328	310.5	11491	86.2
1975	63.9	+4.2	448.4	7016	97.0
1976	64.5	+0.9	497.1	7702	109.2
1977	63.1	-2.2	556.6	8817	123.0
1978	64.5	+2.2	627.3	9720	138.1
1979	65.7	+1.9	708.0	10778	155.0
1980	66.9	+1.8	785.8	11742	173.1
1981	67.0	+0.1	860.9	12849	195.2

Quelle: Jahrbücher des Statistischen Bundesamts

Finanzen der Rentenversicherung (IV) Das Hohelied auf "private Vorsorge"

Für die zunehmend raschere Senkung des Rentenstandards wurde in der Reform 1956/57 die Weiche unter direkter Mitwirkung der Versicherungskapitalisten gestellt. Zusammen mit dem Bundesverband der Bankkapitalisten riefen diese gegenüber der geplanten Reform die "Schutzgemeinschaft des deutschen Sparer" ins Leben. Die Zielsetzungen: 1. Verhinderung der "automatischen Anpassung" der Renten an die Bruttolöhne; 2. Verhinderung der Kapitalbildung in der sozialen Rentenversicherung in Höhe der versicherungstechnisch erforderlichen Deckung für die gesamten Rentenanswartschaften. Ersteres untergrabe die Währung, das zweite den Kapitalmarkt. - Die nebenstehend zitierten Bewertungen der erfolgten Gesetzgebung lassen Befriedigung erkennen: Verhinderung der "automatischen Anpassung"; Durchlöcherung der Versicherungspflicht von den besseren Angestelltengehältern ausgehend;

faktische Begrenzung der Leistungsfähigkeit der ges. Rentenversicherung auf die Entwicklung zur "Grundversorgung" hin statt der beanspruchten "Vollversorgung" infolge "Umlagefinanzierung". - Während die "Geschäftslage" der ges. Rentenversicherung seit Mitte der 60er Jahre erkennbar "abwärts" zeigt, erblüht die Lebensversicherung: 1937 kamen 0,5 Versicherungspolice auf einen Einwohner; 1956 waren 0,67 und bis 1981 steigt diese Quote auf 1,1. - Die Versicherungskapitalisten traten 56/57 für eine im Prinzip aus Steuer zu finanzierende "Staatsbürgergrundrente" in Höhe der Sozialhilfe ein. Biedenkopf (CDU) tischte diesen Plan 1981 wieder auf. Gang der Rentengesetzgebung und Absenkung des Rentenniveaus laufen zunehmend faktisch darauf hinaus, sie müssen in ihrer Zielsetzung als geplante Liquidierung der sozialen Rentenversicherung bekämpft werden.

EINKOMMENSVERTEILUNG UND EINKOMMENSBESTEUERUNG

Jahr		Einkommensklassen in RM					
		bis 1800	bis 4000	bis 12000	bis 25000	bis 50000	über 50000
Deutschl. 1927	a	3,7	6,2	8,0	14,1	21,4	32,2
	b	24,6	23,0	17,5	9,9	8,4	16,6
Frankr. 1928	a	0,3	0,5	1,8	5,6	10,4	21,4
	b	1,9	5,3	13,8	14,9	17,4	46,7
Großbrit. 1919	a	0,5	1,9	10,9	21,9	31,2	45,6
	b	0,5	4,8	12,9	13,7	13,9	54,2
Niederl. 1927	a	0,6	1,4	2,6	3,9	5,5	11,0
	b	5,7	18,8	20,7	10,5	9,5	34,8
USA 1927	a	0,0	0,0	0,1	0,4	1,5	10,1
	b	0,0	0,0	1,2	2,4	5,5	90,9

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1930, S.592 ff.

Unter a ist der Steuerbetrag in % des Einkommens der jeweiligen Einkommensklasse angegeben, unter b der Anteil der einzelnen Klassen am Gesamtaufkommen aus Lohn- und Einkommensteuern.

Steuerlast und Sozialabzüge (II)

Reichsbourgeoisie führend in der Lohnbesteuerung

"Auf die Besteuerung der kleinen Einkommen kann heute nicht verzichtet werden, besonders von einem Staatswesen, das finanziell so Not leidet wie das Reich." (C.v.Tyszka: Die steuerliche Belastung in Deutschland nach und vor dem Kriege, in: Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik 1921) Die deutsche Reichsbourgeoisie hatte den 1. Weltkrieg begonnen und verloren. Milliarden waren als Reparationen an die Siegermächte zu zahlen, und Milliarden erforderte die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus. Zur Beitreibung der Mittel forcierte die Reichsbourgeoisie die Steuerplünderung in einem bislang nicht dagewesenen Umfang:

Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte sie mit der Reichseinkommensteuerreform die Weichen für die direkte Beschlagnahme eines Teils vom Lohn gestellt, sich die zentrale Verfügung darüber gesichert und die Kriegskasse gefüllt; bis dato war die Besteuerung der Einkommen Länder- und Gemeindegewesen, in den Sätzen unterschiedlich und die Masseneinkommen kaum treffend. Mit der Einführung der Reichseinkommensteuer setzte ein Umbau des Steuersystems ein, der in den folgenden Jahrzehnten die weitestgehende Verlagerung des Steueraufkommens auf die Massen erlaubte und das ausbalancierte Wechselspiel von Erhöhungen der direkten bzw. der indirekten Steuern zum ständigen Repertoire reichsdeutscher Finanzpolitik machte. So stieg die steuerliche Belastung durch direkte Steuern pro Kopf der Bevölkerung von 1905 bis 1920 um das Zwanzigfache, wobei die sog. einmaligen

direkten Steuern (d.h. die offiziellen Kriegssteuern) noch nicht eingerechnet sind. Die Hauptmasse dieses Beutezuges fiel von 1918 bis 1920 an; denn die Gründung der Weimarer Republik war begleitet von einer Finanzreform, die die Einkommensteuersätze erneut in die Höhe schraubte. Auch die indirekte Besteuerung stieg drastisch an; z.B. die Kohlesteuer wurde ersonnen und nach dem Krieg nicht wieder aufgehoben. Dagegen blieben alle Erklärungen, die Besitzenden und die Kriegsgewinnler besonders zu besteuern, hohltonende Deklamationen. "...die im Kriege und in der darauf folgenden Periode erzielten Mehrgewinne sind allem Anschein nach steuerlich nur außerordentlich gering erfaßt worden." (Tyszka, a.a.O.)

Das ganze Ausmaß der Steuerplünderung im und nach dem ersten Weltkrieg ist daran zu ersehen, daß die Löhne auf das Elendsniveau gedrückt waren und der Lohnstandard von 1913 nicht wieder erreicht werden konnte. Zwar waren z.B. 1926 40% aller Lohn- und Gehaltsempfänger von der Lohnsteuer befreit, aber allein die Lohnsteuer - nur wenige Jahre zuvor eingeführt - brachte 20% des gesamten Steueraufkommens. Trotz einer unerhörten Verelendung der Massen, trotz der riesenhaften Vernichtung kleiner Sparguthaben und Rentenansprüche in der Inflation 1923 hatte die Reichsbourgeoisie die Ausplünderung der Lohnabhängigen und Kleingewerbetreibenden enorm forciert. Nur ein Bruchteil des von den Massen aufgetragenen Steuertributs ging wieder in den Massenkonsum ein, 1928 z.B. gerade 1 Mrd. RM und davon 416 Mio. DM Zu-

schüsse zur Rentenversicherung, während im selben Haushalt 5,3 Mrd. RM für die Vorbereitung des nächsten Waffenganges mit den imperialistischen Konkurrenten und für die Folgekosten des letzten angesetzt waren.

Ein eindeutiges Bild liefert auch der internationale Vergleich in der Steuerbelastung in den zwanziger Jahren: "Die Einkommensschichtung von Deutschland weicht von der der übrigen behandelten Staaten nicht unerheblich ab. Der Anteil der Klassen über 1800 RM Vorkriegs Kaufkraft an dem Gesamteinkommen bzw. der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist bei Deutschland von allen Staaten - von Frankreich abgesehen - am niedrigsten. Auf die unterste Klasse bis 1800 RM entfallen in Deutschland rund 90 vH der Einkommensbezieher und 70 vH der Einkommen. Das Schwerk Gewicht liegt also ausgesprochen bei den unteren Einkommen ... In Deutschland ruht der Schwerpunkt der Einkommensteuer bei den unteren und mittleren Klassen. In der untersten und auch noch in der Klasse von 1800 bis 4000 RM Vorkriegs Kaufkraft ist das Prozentverhältnis von Steuer zu Einkommen in Deutschland weitaus am höchsten. Der Durchschnittsatz beträgt in diesen Klassen 3,7 bzw. 6,2 vH gegenüber 0,3 bis 0,6 bzw. 0,5 bis 1,9 vH bei den anderen Staaten. In den übrigen Klassen wird Deutschland in der Höhe der Sätze nur von Großbritannien übertroffen. Infolge dieser hohen Durchschnittsätze und der Massierung der Einkommen in den unteren Klassen ist auch der prozentuale Anteil der letzteren an dem Gesamtsteuerbetrag außerordentlich hoch. Die Einkommen bis 4000 RM Vorkriegs Kaufkraft bringen in Deutschland rund 50 vH des Gesamtveranlagungssolls auf." (Wirtschaft und Statistik 1930, S.592 ff.)

Damit war von vornherein auch jede Möglichkeit, durch höhere Versicherungsbeiträge die Sozialversicherungen zu konsolidieren und ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen, zum Scheitern verurteilt. Angesichts einer derartigen Steuerlast auf Hungerlöhne war das unmöglich. Genau das hätte aber geschehen müssen, denn die Reichsbourgeoisie hatte mit der Inflation das Vermögen der Rentenversicherung brutal von 2,3 Mrd. RM auf 375 Mio. RM entwertet, und die Rentenzahlungen waren teilweise auf die Hälfte des Niveaus von 1913 gesunken. Das Kapitaldeckungsprinzip in der Rentenversicherung war faktisch beseitigt, und mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise wurde die Rentenversicherung zahlungsunfähig.

Regierungserklärung

Kohl, Genscher: Wer sich der Wende widersetzt ...



„Die Wende ist da, der Aufschwung noch nicht“, alles würde jetzt von der Bundesregierung abhängen, ob die Kurswende in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik auch vollzogen wird, erklärten verschiedene Konjunkturforschungsinstitute drei Tage vor der Regierungserklärung des Kabinetts Kohl/Genscher. Der Deutsche Industrie- und Handelstag warnte die Bundesregierung, ihren „Vertrauensvorschuß“ nicht zu verspielen.

Schwerbehinderte

Durch die Kapitalistenwirtschaft ruiniert: Regierung will Anerkennung erschweren

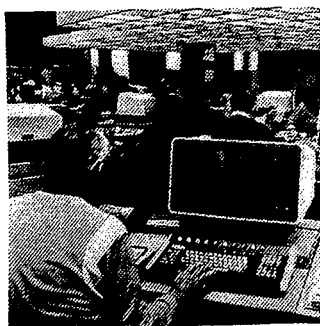
Mehr als 1000 Teilnehmer hatte die erste gemeinsame Kundgebung, die die beiden großen Sozialverbände Reichsbund und VdK zusammen mit anderen Organisationen von Behinderten durchführten. Sie wandten sich u.a. gegen die Pläne der Bundesregierung bei der vorgesehenen Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, weitere Versicherungs- und gesetzliche Leistungen zu

streichen. Aus dem Lager der CDU und CSU ist seit längerem zu vernehmen, daß die Anerkennung der Erwerbsminderung zu großzügig gehandhabt werde: Die wachsende Zahl von Opfern der kapitalistischen Produktion – 1979 waren 3,4 Mio. Behinderte durch die Versorgungsämter erfaßt – soll „verringert“ werden, indem ihnen die Anerkennung verweigert wird.



Druckindustrie

Kapitalisten wollen analytische Arbeitsbewertung



Die von der IG Druck und Papier geforderte neue Lohnstruktur wird von den Kapitalisten strikt als völlig unbrauchbar für die Praxis abgelehnt, stattdessen wollen diese eine Struktur auf Grundlage der analytischen Arbeitsbewertung. Die neue Lohnstruktur soll vor allem die Tarifierung der Übertarife bewirken. Damit soll verhindert werden,

daß die Übertarife durch Anrechnung noch zusätzlich zu den schlechten Lohnabschlüssen gestrichen werden können. Am Beispiel des Süddeutschen Verlags wird gezeigt, welche Probleme die momentane Lohnstruktur beinhaltet, und welche Änderungen sich mit der Durchsetzung der geforderten neuen Struktur ergeben würden.

Israel

Bereiten die Imperialisten die Teilung des Libanon vor?

Der amerikanische Außenminister Shultz hat erklärt, er werde den Nahen Osten nicht eher verlassen, als er eine endgültige „Friedensregelung“ für den Libanon durchgesetzt habe. Die israelischen Zionisten erklären inzwischen, das beste sei eine Teilung des Libanon, der Süden bliebe durch Israel besetzt, Syrien könne den Nordlibanon besetzen. Können die Imperialisten die Vernichtung des Libanon und der PLO durchsetzen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457